

Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

4 2007

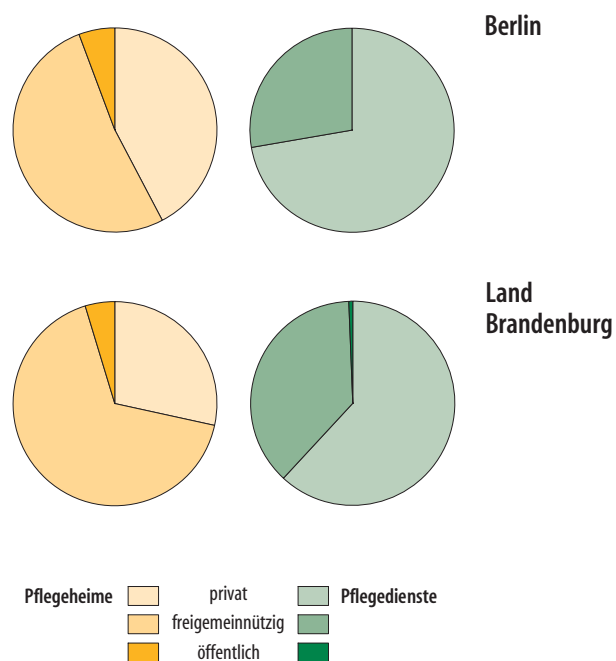
Pflegeeinrichtungen in Berlin und im Land Brandenburg 2005 nach Trägerschaft

Pflegebedürftige Menschen
und Pflegeeinrichtungen im Jahr 2005
im Land Brandenburg und in Berlin

Die Revision 2005
der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen
– Wirkungen auf die Berliner
Ergebnisse von Inlandsprodukt
und Wertschöpfung

Arbeitskosten
in Berlin im Zeitraum 1992 bis 2004

Binnenschifffahrt
im Land Brandenburg im Jahr 2006



Wir über uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin, Cottbus und Frankfurt (Oder).

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung



- nichts vorhanden
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

7


sogenannte „Lange Reihen“ sind die „Hohe Schule der Statistik“ – auch wenn sie für das Land Brandenburg meistens erst ab 1991 vorliegen können. Deshalb werden im vierten Heft der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg des Jahres 2007 gleich mehrere entsprechende Analysen vorgestellt.

Begonnen wird allerdings – auch wegen der aktuellen Diskussionen – mit einer Darstellung zu den pflegebedürftigen Menschen und den Pflegeeinrichtungen. Im Beitrag ist eine Auswertung mit umfangreichen Abbildungen und Tabellen, der in den Jahren 1999 bis 2005 erhobenen Pflegestatistik für Berlin und Brandenburg, vorgenommen worden. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden regelmäßigen Revisionen unterzogen. Die methodischen Neuerungen der 2005-er Revision und deren Wirkung auf die Ergebnisse für Berlin von 1991 bis 2004 beschreibt ein Gastbeitrag.

In der Bundesrepublik erfolgt bereits seit 1957 eine Erhebung der Arbeitskosten. Diese wirtschaftlich bedeutsame Statistik wurde alle vier Jahre durchgeführt und im Jahr 2004 komplett neu gestaltet. Jetzt liegen die so aufbereiteten Daten von 1992 bis 2004 für Berlin vor.

Letztlich ist Brandenburg auch ein an Wasserstraßen reiches Land, in dessen geographischer Mitte Berlin liegt. Deshalb und weil die Binnenschifffahrt ein kostengünstiger, umweltschonender und sicherer Verkehrsträger ist, wird die gleichnamige brandenburgische Statistik 2005 und 2006 unter Einschluss einiger Werte von 1993 bis 2006 vorgestellt.

Potsdam, im Oktober 2007



Prof. Dr. Ulrike Rockmann
Vorstand des
Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst ...

4 ... aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung

30. Juni 2007:

Über 466 000 Ausländer aus 184 Staaten in Berlin gemeldet

Unternehmen

und Arbeitsstätten

II. Quartal 2007:

Wiederum ein Rückgang bei den Gewerbeanzeigen im Land Brandenburg

Verkehr

Juni 2007:

Weniger Getötete bei Straßenverkehrsunfällen im Land Brandenburg

Erwerbstätigenrechnung

2005:

Erwerbstätigkeit als Vollzeitbeschäftigung in Berlin und Brandenburg weiter rückläufig

Erwerbstätigenrechnung

2005:

Regionale Unterschiede bei Erwerbstätigkeit, Arbeitsvolumen und Vollzeitbeschäftigung im Land Brandenburg

Gesundheit

2006:

weniger Betten, mehr Behandlungsfälle und kürzere Krankenhausaufenthalte in den Ländern Berlin und Brandenburg

Insolvenzen

II. Quartal 2007:

Wieder ein Anstieg bei den überschuldeten Privatpersonen in Berlin

10 ... aus Deutschland

Bevölkerung

2006:

Durchschnittlich 1,33 Kinder je Frau geboren

Sozialleistungen

2006:

Große regionale Unterschiede bei der Kindertagesbetreuung

Bildung

Schuljahr 2006/2007:

Latein erlebt Renaissance in Schulen

Wintersemester 2006/2007:

Immer mehr Studierende streben Bachelor oder Master an

Löhne und Gehälter

II. Quartal 2007:

Arbeitskosten +0,9 Prozent, Lohnnebenkosten –0,8 Prozent

Preise

August 2007:

Großhandelspreise um 2,5 Prozent höher gegenüber August 2006

Außenhandel

Juli 2007:

Deutsche Ausfuhren um 11,8 Prozent und Einfuhren um 6,3 Prozent höher gegenüber dem Vorjahr

14 ... aus Europa

Arbeitsmarkt

Juli 2007:

Arbeitslosenquote der Eurozone stabil bei 6,9 Prozent, Quote der EU27 auf 6,8 Prozent gesunken

Handel

Juli 2007:

Absatzvolumen im Einzelhandel in der Eurozone und in der EU27 um 0,1 Prozent gegenüber Vormonat gestiegen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

II. Quartal 2007: BIP in der Eurozone um 0,3 Prozent und in der EU27 um 0,5 Prozent gestiegen

Wirtschaftstrends im Überblick

16 Berlin Juni 2007

Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 18,0 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden lag bei der Beschäftigtenanzahl eine unvermindert fallende Tendenz vor. Der Umsatz war langfristig fast konstant. Für das Bauhauptgewerbe war bei den Beschäftigten und beim baugewerblichen Umsatz ein fallender Trend erkennbar. Beim Berliner Einzelhandel waren die Messzahl der Beschäftigtenanzahlen und des nominalen Umsatzes steigend. Dagegen verzeichneten im Gastgewerbe der nominale Umsatz und die Beschäftigtenanzahl eine fallende Tendenz. Die Berliner Aus- und Einfuhren stiegen weiter kontinuierlich an – die Ausfuhren dabei stärker als die Einfuhren. Sowohl bei der Anzahl der Berliner Gäste, wie auch bei den Übernachtungen, war eine insgesamt sehr positive Tendenz erkennbar. Der Verbraucherpreisindex entwickelt sich weitestgehend konstant-steigend; die Inflationsrate lag bei +1,5 Prozent.

20 Brandenburg Juni 2007

Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug 16,1 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz, der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahlen eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war ein steigender Trend beim Umsatz und beim Auftragseingang vorhanden. Die Beschäftigtenzahl entwickelte sich langfristig verhaltener, aber auch positiv. Im brandenburgischen Einzelhandel stiegen die Beschäftigtenzahlen leicht und der nominale Umsatz fiel kurzfristig gering ab, während im Gastgewerbe der nominale Umsatz eine steigende und die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz zeigten. Die gesamten brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen langfristig stark an, beide ließen erstmals fallende Tendenzen erkennen. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen, hielt der langfristig-steigende Trend an. Im Juni 2007 betrug die Inflationsrate 1,6 Prozent.

Aufsätze

24 Pflegebedürftige Menschen und Pflegeeinrichtungen im Jahr 2005 im Land Brandenburg und in Berlin

Beginnend mit dem Jahr 1999 wird die Pflegestatistik in Deutschland alle zwei Jahre durchgeführt. Nach den zuletzt im Jahr 2005 erhobenen Daten gab es im Land Brandenburg 829 und in Berlin 772 Pflegeeinrichtungen. In beiden Ländern waren mehr ambulante als stationäre Pflegeeinrichtungen vorhanden. Insgesamt erhielten 2005 im Land Brandenburg 2,9 Prozent der Gesamtbevölkerung Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz und in Berlin 2,8 Prozent. In den brandenburgischen Pflegeeinrichtungen übten im gleichen Jahr etwa 20 200 Personen eine Berufstätigkeit aus und in den Berliner Einrichtungen waren es rund 31 800 Personen..

27 Die Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Wirkungen auf die Berliner Ergebnisse von Inlandsprodukt und Wertschöpfung

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in regelmäßigen Abständen Revisionen durchgeführt, in welchen es vor allem um die Einarbeitungen verbesserter Berechnungsgrundlagen und -methoden sowie die Einführung neuer Konzepte, Definitionen und Klassifikationen geht. Die letzte Revision in den Gesamtrechnungen wurde zum Berichtsjahr 2005 umgesetzt. Der Beitrag beschäftigt sich mit den methodischen Neuerungen, die im Rahmen der Revision 2005 eingeführt wurden.

Anschließend werden anhand des Bruttoinlandsproduktes und der Bruttowertschöpfung in Deutschland und Berlin die Wirkungen auf die statistischen Ergebnisse in den Jahren 1991 bis 2004 dargestellt.

34 Arbeitskosten in Berlin im Zeitraum 1992 bis 2004

Die Arbeitskostenerhebung in Deutschland wurde für das Jahr 2004 komplett neu gestaltet. Die vorhandenen Daten der Erhebungen von 1992 bis 2000 sind zur Erhöhung der Aussagekraft und besseren Vergleichbarkeit nach dem veränderten Konzept neu aufbereitet worden. Im Beitrag werden die konzeptionellen Veränderungen der Erhebung ab dem Jahr 2004 und die Ergebnisse für vergleichbare Wirtschaftsbereiche in Berlin für die Jahre 1992 bis 2004 dargelegt.

44 Binnenschifffahrt im Land Brandenburg im Jahr 2006

Die Binnenschifffahrt gilt als kostengünstiger, umweltverträglicher, im Energieverbrauch sparsamer sowie sicherer Verkehrsträger. Mit 33 Tausend Kilometern Länge ist Brandenburg eines der an Wasserstraßen reichsten Bundesländer. Der Binnenschifffahrt stehen davon 1 795 Kilometer schiffbare Wasserstraßen mit Flüssen und Kanälen zur Verfügung.

Die Erfassung der in den brandenburgischen Häfen und an sonstigen Lade- und Löschplätzen ankommenden und abgehenden Schiffe sowie der von ihnen ein- und/ oder ausgeladenen Güter ist eine Aufgabe der amtlichen Binnenschifffahrtsstatistik, die ab dem Berichtsjahr 1993 dazu die Daten liefert.

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg

1. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444
Tel.: 030 9021 - 3434

Preis

Einzelhefte EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2007

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Rubriken

Umschlag-
seite

46 Historisches
Berufs- und Betriebszählung
am 12. Juni 1907

49 Aus der amtlichen Statistik
Methodische und gesetzliche
Änderungen in der amtlichen
Statistik

51 Veröffentlichungen
Berlin
Brandenburg

3 Karte
Pflegebedürftige je 1000
der Bevölkerung in ambulanter
Pflege im Land Brandenburg
am 15. 12. 2005 nach Geschlecht,
Altersgruppen und Pflegestufen

Pflegebedürftige je 1000
der Bevölkerung in ambulanter
Pflege in Berlin am 15. 12. 2005
nach Geschlecht, Altersgruppen
und Pflegestufen

4 Karte
Altersstruktur der Pflege-
bedürftigen in ambulanten Pfl-
gediensten im Land Bran-
denburg am 15. 12. 2005 nach
Geschlecht und Pflegestufen

Altersstruktur der Pflege-
bedürftigen in ambulanten
Pflegediensten in Berlin am
15. 12. 2005 nach Geschlecht
und Pflegestufen

Kurz gefasst



aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung 30. Juni 2007: Über 466 000 Ausländer aus 184 Staaten in Berlin gemeldet

Am 30. Juni 2007 waren 466 300 Bürger anderer Staaten mit Hauptwohnung in Berlin gemeldet, 2 577 oder 0,6 Prozent mehr als vor einem Jahr. Der Anteil der Ausländer an allen melderechtlich registrierten Einwohnern Berlins ist im Vergleich zum Vorjahr mit 13,9 Prozent konstant geblieben.

Die ausländischen Bürger kommen aus insgesamt 184 Staaten. Knapp drei Viertel davon sind Europäer (339 914 oder 72,9 Prozent). Aus asiatischen Staaten stammen 14,5 Prozent, aus Amerika 5,4 Prozent, aus Afrika 3,9 Prozent und vom Fünften Kontinent kommen 0,4 Prozent der ausländischen Bürger.

Aus den 26 Staaten der Europäischen Union (außer Deutschland) waren 139 465 Bürger mit Hauptwohnung gemeldet, 11 317 (8,8 Prozent) mehr als vor einem Jahr. Damit kommen 29,9 Prozent der in Berlin gemeldeten Ausländer aus Staaten der Europäischen Union. Knapp ein Drittel der Unionsbürger sind Polen (44 053 oder 31,6 Prozent). Zahlenmäßig stark vertreten sind auch Italiener (14 274), Franzosen (12 193), Griechen (9 943), Briten (9 659) und Österreicher (8 621). Gegenüber dem Vorjahr hat sich erneut besonders die Zahl der polnischen

Bürger erhöht (+1 164 oder +2,7 Prozent), gefolgt von Bulgaren (+698), Franzosen (+417), Spaniern (+348) und Rumänen (+309).

Unter den Europäern sind türkische Staatsangehörige mit 114 735 Personen (24,6 Prozent aller Ausländer) am stärksten vertreten, ihre Zahl ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 1 930 oder 1,7 Prozent weiter zurückgegangen. Den zweiten Platz nehmen die polnischen Staatsbürger ein, deren Zahl sich binnen Jahresfrist um 1 164 oder 2,7 Prozent erhöht hat. Drittgrößte Gruppe bilden 23 689 Bürger aus Serbien, unter denen sich jedoch auch Bürger des ehemaligen Serbien und Montenegro sowie Bürger des ehemaligen Jugoslawien befinden, die sich noch bei Bestehen dieser Staaten in Berlin angemeldet haben und noch nicht den jeweiligen Nachfolgestaaten zugeordnet sind.

Abgesehen von ausländischen Bürgern aus einigen Ländern der Europäischen Union sind im Vergleich zum 30. Juni 2006 hohe Zuwachsraten für Bürger der Republik Korea (+7,0 Prozent) und der Vereinigten Staaten von Amerika (+4,0 Prozent) und hohe relative Abnahmen für Bürger aus den Staaten Irak (–10,0 Prozent) und Iran (–3,8 Prozent) festzustellen.

Stadtbezirk	Stadtbezirk vor Gebietsreform	Ortsteil	Ein- wohner	Ausländer			
				ins- gesamt	Anteil	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
					%	absolut	%
Mitte	Tiergarten		321 851	92 791	28,8	+1 170	+1,3
			88 010	26 207	29,8	+186	+0,7
		Moabit	69 293	19 982	28,8	+52	+0,3
		Hansaviertel	5 897	1 726	29,3	+38	+2,3
	Wedding	Tiergarten-Süd	12 821	4 494	35,1	+92	+2,1
			155 035	52 626	33,9	+817	+1,6
		Wedding	74 582	23 738	31,8	+184	+0,8
		Gesundbrunnen	80 454	28 888	35,9	+635	+2,2
Friedrichshain- Kreuzberg		259 797	60 150	23,2	+540	+0,9	
	Kreuzberg	Kreuzberg	147 803	46 184	31,2	−312	−0,7
Charlottenburg- Wilmerdorf							
	Charlottenburg		172 666	35 689	20,7	+606	+1,7
		Charlottenburg	117 875	28 167	23,9	+463	+1,7
Tempelhof- Schöneberg							
	Schöneberg		142 343	31 704	22,3	−154	−0,5
		Schöneberg	115 774	28 427	24,6	−152	−0,5
Neukölln			301 935	67 822	22,5	+533	+0,8
		Neukölln	148 497	52 076	35,1	+367	+0,7
	Berlin		3 344 465	466 300	13,9	+2 577	+0,6

**Ausländeranteile über
20 Prozent in Stadtbezirken
und Ortsteilen von Berlin
am 30. Juni 2007**

Unternehmen und Arbeitsstätten

II. Quartal 2007: Wiederum ein Rückgang bei den Gewerbeanzeigen im Land Brandenburg

Im Land Brandenburg wurden im zweiten Quartal 2007 knapp 5 800 Gewerbe bei den Gewerbeämtern angemeldet, das Vorjahresergebnis wurde damit um 18,5 Prozent verfehlt. Bei den Gewerbeabmeldungen wurde dagegen ein leichter Anstieg von 0,5 Prozent auf fast 4 900 Fälle registriert.

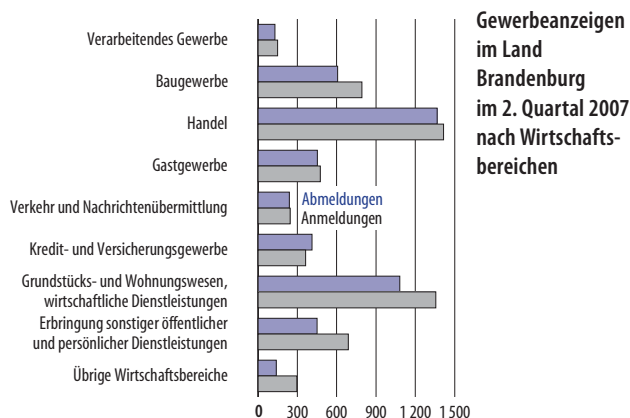
Die meisten Bewegungen in den

Monaten April bis Juni 2007 wies – mit einem Anteil von 26,1 Prozent aller Gewerbeanzeigen – der Wirtschaftsbereich „Handel“ auf. Es wurden 1 420 Anmeldungen (24,5 Prozent aller Gewerbeanmeldungen) und 1 370 Abmeldungen (28 Prozent aller Gewerbeabmeldungen) ermittelt. Über ein Fünftel der Anzeigen (22,9 Prozent aller Gewerbeanzeigen) wurde im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen“ gezählt, auch hier überwogen die Anmeldungen (1 360 An- und 1 080 Abmeldungen). Im „Baugewerbe“ lag der Anteil der Anmeldungen bei 13,7 Prozent, und bei den Abmeldungen wurden 12,5 Prozent erreicht.

Im Wirtschaftsbereich „Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen“ lag der Anteil an den insgesamt angemeldeten sowie an den abgemeldeten Betrieben bei 11,9 bzw. 9,2 Prozent.

Ein Drittel der 4 700 Einzelunterunternehmen im zweiten Quartal 2007 wurden von Frauen angemeldet. Bei den 3 900 abgemeldeten Einzelunternehmen lag der „Frauenanteil“ mit 35,9 Prozent etwas höher.

Gut 83,2 Prozent der angemeldeten Betriebe wurden neu gegründet und 80,2 Prozent der abgemeldeten Firmen aufgelöst. Fast ein Zehntel der Anmeldungen (564 Betriebe) beruhte auf einem Zuzug ins Land Brandenburg, 578 Betriebe haben ihren Betriebssitz in ein anderes Bundesland verlagert.



Verkehr

Juni 2007: Weniger Getötete bei Straßenverkehrsunfällen im Land Brandenburg

Im Monat Juni 2007 registrierte die Polizei auf brandenburgischen Straßen 7 250 Straßenverkehrsunfälle, das sind 4,4 Prozent mehr als im Juni 2006. Bei 1 018 (+0,4 Prozent) Unfällen mit Personenschaden wurden 22 Personen (–9 Personen) getötet sowie

310 (–9,6 Prozent) schwer und 936 (+0,8 Prozent) leicht verletzt. Die schwer wiegenden Unfälle mit Sachschaden stiegen gegenüber dem Vorjahr um 31,0 Prozent und die sonstigen Sachschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung

um 44,2 Prozent. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden betrug 5 954, im Vergleich zum Vorjahresmonat ist das eine Zunahme um 4,1 Prozent.

Im 1. Halbjahr 2007 erfasste die Polizei des Landes Brandenburg insgesamt 41 285 Straßenverkehrsunfälle, 0,7 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bei 4 762 (+7,2 Prozent) Unfällen mit Personenschaden verunglückten 6 029 Personen (+6,1 Prozent), davon wurden 5 908 verletzt (+6,1 Prozent) und 121 getötet (+2,5 Prozent).

Unfälle und deren Folgen	Juni			Januar bis Juni		
	2006	2007	Veränderung in %	2006	2007	Veränderung in %
Unfälle insgesamt.....	6 942	7 250	+4,4	41 558	41 285	–0,7
Unfälle mit Personenschaden.....	1 014	1 018	+0,4	4 441	4 762	+7,2
Unfälle mit reinem Sachschaden.....	5 928	6 232	+5,1	37 117	36 523	–1,6
davon						
Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden ¹	155	203	+31,0	1 406	1 278	–9,1
Sonstige Sachschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung.....	52	75	+44,2	281	331	+17,8
Sonstige Sachschadensunfälle.....	5 721	5 954	+4,1	35 430	34 914	–1,5
Verunglückte insgesamt.....	1 303	1 268	–2,7	5 685	6 029	+6,1
davon						
Getötete.....	31	22	–29,0	118	121	+2,5
Verletzte.....	1 272	1 246	–2,0	5 567	5 908	+6,1

¹ im engeren Sinne

Straßenverkehrs- unfälle und dabei verunglückte Personen im Land Brandenburg im Juni 2007

Erwerbstätigenrechnung 2005: Erwerbstätigkeit als Vollzeitbeschäftigung in Berlin und Brandenburg weiter rückläufig

In Berlin und Brandenburg verringerte sich im Jahr 2005 die Zahl der Personen, die eine Erwerbstätigkeit in Vollzeit ausübten. In Brandenburg fiel der Rückgang gegenüber dem Vorjahr mit 1,4 Prozent stärker aus als in Berlin mit 0,8 Prozent. In beiden Ländern setzte sich der nach dem Jahr 2000 zu verzeichnende Trend des Abbaus von Beschäftigungsverhältnissen in Vollzeit zugunsten der Ausweitung von Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungen fort. Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in Vollzeit verlief 2005 weiterhin unterhalb der Gesamtzahl, so dass ihr Anteil weiter schrumpfte. Von den insgesamt 1 543 600 erwerbstätigen Personen in Berlin 2005 waren 1 326 900 bzw. 86,0 Prozent vollzeitbeschäftigt. Der Anteil dieses Personenkreises an allen Erwerbstätigen machte im Jahr 2000 noch 88,7 Prozent aus. In Brandenburg befanden sich 2005 von den 1 008 700 Erwerbstätigen 873 600 bzw. 86,6 Prozent in einer Vollzeitbeschäftigung. 2000 waren es noch 90,5 Prozent.

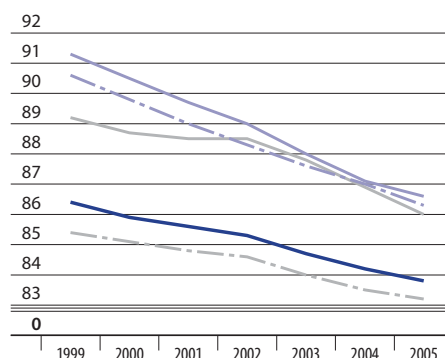
Diese Angaben sind das Ergebnis der aktuellen Berechnung der Erwerbstätigkeit in Vollbeschäftigten-Einheiten – der Vollzeitäquivalente (VZÄ) – durch den Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Sie stellen eine Ergänzung der seit Herbst 2006 veröffentlichten Erwerbstätigenzahlen und geleisteten Arbeitszeit bis zum Jahr 2005 dar. Die Berechnung der Personenzahl der Erwerbstätigen in VZÄ berücksichtigt den unterschiedlichen zeitlichen Arbeitsumfang der Erwerbstätigen bezogen auf Vollbeschäftigten-Einheiten.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Vollzeit, die in VZÄ ausgedrückt werden, entwickelte sich 2005 in allen Bundesländern ungünstiger als die Gesamtzahl der Erwerbstätigen, so dass durchweg die Vollzeit-Beschäftigungen von den Beschäftigungen mit geringerem Zeitumfang weiter zurückgedrängt wurden. Im Durchschnitt aller Länder

kamen 2005 auf 100 Erwerbstätige 83,8 VZÄ (2004: 84,2 VZÄ). In den neuen Ländern waren es 86,3 VZÄ, deutlich mehr als in den alten Ländern (83,2 VZÄ). In der Reihe der Länder weist Thüringen mit 86,7 den höchsten und Rheinland-Pfalz mit 81,7 den niedrigsten Wert aus.

Unterschiede in Niveau und Entwicklung des zeitlichen Einsatzes der Erwerbstätigen bestehen nicht nur auf regionaler Ebene, sondern auch zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Im Produzierenden Gewerbe hat sich an der typischen Beschäftigungsform der Vollzeitbeschäftigung wenig verändert, dagegen weitete sich in den Dienstleistungsbereichen die Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung zunehmend aus.

So waren die Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2005 im Durchschnitt aller Länder am meisten von Erwerbstätigen in Vollzeit besetzt, nämlich zu 93,2 Prozent. Die Werte in Berlin und Brandenburg lagen mit 94,8 Prozent und 93,9 Prozent noch höher. Dagegen waren im Bereich des Handels, Gastgewerbes und Verkehrs bundesweit nur 79,4 Prozent der Erwerbstätigen vollzeitbeschäftigt. Der Vergleichswert lag in Berlin bei 82,1 Prozent und in Brandenburg bei 82,8 Prozent.



**Vollzeitäquivalente
je 100 Erwerbstätige
nach ausgewählten
Regionen
1999 bis 2005**

Wirtschaftsbereich	Berlin			Brandenburg		
	Personen	VZÄ ¹	VZÄ je 1 000	Persoen	VZÄ	VZÄ je 1 000
	1 000		Personen	1 000		Personen
Insgesamt.....	1 543,6	1 326,9	86,0	1 008,7	873,6	86,6
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei.....	5,6	4,8	85,5	37,5	33,2	88,6
Produzierendes Gewerbe.....	218,8	204,7	93,5	226,8	212,1	93,6
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe).....	146,4	138,8	94,8	135,2	126,9	93,9
Baugewerbe.....	72,4	65,9	91,1	91,6	85,2	93,0
Dienstleistungsbereiche.....	1 319,2	1 117,5	84,7	744,4	628,2	84,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr.....	359,3	295,0	82,1	252,9	209,3	82,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen.....	341,5	294,9	86,3	135,2	113,6	84,0
Öffentliche und private Dienstleister.....	618,3	527,6	85,3	356,3	305,3	85,7

**Erwerbstätige
in Berlin und
Brandenburg
im Jahr 2005 nach
Wirtschaftsbereichen**

¹ Vollzeitäquivalent

Erwerbstätigenrechnung**2005: Regionale Unterschiede bei Erwerbstätigkeit, Arbeitsvolumen und Vollzeitbeschäftigung im Land Brandenburg**

Im Jahr 2005 war die Erwerbstätigkeit im Land Brandenburg noch rückläufig. Landesweit gingen rund 8 000 Arbeitsplätze verloren (–0,8 Prozent), so dass die Zahl der Erwerbstätigen auf 1 008 700 Personen sank. Von der rückläufigen Entwicklung waren die meisten Landkreise und außer der

Landeshauptstadt alle kreisfreien Städte betroffen.

Mit der abnehmenden Zahl erwerbstätiger Personen sank auch der Umfang der insgesamt geleisteten Arbeitszeit, das Arbeitsvolumen, jedoch mit –0,4 Prozent nicht so stark wie die Erwerbstätigenzahl. Das Resultat war ein Anstieg der durchschnittlich auf einem Arbeitsplatz im Land Brandenburg geleisteten Jahresarbeitszeit um 0,3 Prozent bzw. 5 Stunden auf 1 518 Stunden. Bisher hatte sich aber in diesem Jahrzehnt die Pro-Kopf-Arbeitszeit jährlich verringert. Der Landeswert lag nur etwas höher als der Durchschnitt in den neuen Bundesländern (1 509 Stunden), aber deutlich über dem der alten Bundesländer (1 422 Stunden) jeweils ohne Berlin.

Regional traten im Land Brandenburg zum Teil große Abweichungen aufgrund von Unterschieden in Niveau, Struktur und Dynamik von Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen auf. So ergaben die Rechnungen für die Landkreise Spree-Neiße und Uckermark die höchste Zunahme der jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit eines Erwerbstätigen, immerhin über 20 Stunden (+1,5 Prozent). Dagegen lag die größte Abnahme um 9 Stunden (–0,6 Prozent) in der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel.

Im Vergleich zu den 1 518 geleisteten Arbeitsstunden eines Erwerbstätigen im Landesdurchschnitt wurde in allen kreisfreien Städten des Landes weniger gearbeitet, bedingt insbesondere durch die hohe Dominanz der Dienstleistungsbereiche, in denen die Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung weit verbreitet ist. Am längsten wurde im Kreis Ostprignitz-Ruppin mit 1 564 Stunden, am wenigsten dagegen im Kreis Spree-Neiße mit 1 492 Stunden, gearbeitet.

Vom Rückgang der Erwerbstätigkeit (–0,8 Prozent) war vor allem die Gruppe der in Vollzeit Beschäftigten betroffen. Die Erwerbstätigenzahl, ausgedrückt in Vollbeschäftigten-Einheiten, die Vollzeitäquivalente, sank 2005 landesweit um 1,4 Prozent.

Durch den stärkeren Rückgang der Vollzeitbeschäftigten sank deren Anteil an allen Erwerbstätigen insgesamt im Land Brandenburg auf 86,6 Prozent (2004: 87,1 Prozent). Deutschlandweit kamen auf 100 Erwerbstätige 83,8 Vollzeitäquivalente; in den alten Bundesländern waren es 83,2 und in den neuen Bundesländern 86,3 jeweils ohne Berlin.

Die Vollzeitbeschäftigung hat in den Regionen Brandenburgs ein unterschiedliches Gewicht. Auch hierbei lagen 2005 alle kreisfreien Städte unter dem Landesdurchschnitt. An der Spitze der Landkreise mit dem höchsten Gewicht der Vollzeitbeschäftigung befand sich mit einem Anteil von 88,7 Prozent der Landkreis Ostprignitz-Ruppin, gefolgt vom Landkreis Spree-Neiße (88,3 Prozent). Den untersten Platz in der Skala der Landkreise nahm mit 83,5 Vollzeitäquivalenten je 100 Erwerbstätigen der Landkreis Havelland ein.

Indikatoren der Erwerbstätigkeit im Land Brandenburg 2005 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Erwerbstätige		Geleistete Arbeitsstunden		Vollzeitäquivalente	
	1 000	Veränderung zum Vorjahr in %	Mio. Stunden	Veränderung zum Vorjahr in %	1 000	Veränderung zum Vorjahr in %
Kreisfreie Städte						
Brandenburg an der Havel	35,1	–2,4	52,2	–3,0	30,2	–3,9
Cottbus.....	67,5	–3,4	101	–3,2	58,2	–4,1
Frankfurt (Oder).....	41,2	–2,5	60,7	–2,6	35,1	–3,6
Potsdam.....	99,3	+1,4	148,6	+1,5	85,8	+0,7
Landkreise						
Barnim.....	61,3	–0,1	91,9	+0,0	52,2	–1,2
Dahme-Spreewald.....	63,7	+3,3	96,8	+3,3	55	+2,6
Elbe-Elster.....	44,0	+1,1	67,4	+1,6	38,5	+1,1
Havelland.....	48,3	–0,2	71,5	–0,6	40,3	–1,7
Märkisch-Oderland.....	63,9	–0,7	96,4	–1,2	54,5	–2,4
Oberhavel.....	64,3	–1,4	99,3	–0,4	56,4	–1,4
Oberspreewald-Lausitz.....	46,7	–1,4	69,9	–1,1	40,0	–2,0
Oder-Spree.....	67,6	–2,0	104,8	–0,9	59,8	–1,8
Ostprignitz-Ruppin.....	42,3	–3,6	66,1	–2,4	37,5	–3,4
Potsdam-Mittelmark.....	72,0	+0,9	110,4	+0,9	62,6	+0,2
Prignitz.....	33,5	–0,7	50,8	–1,1	28,7	–2,2
Spree-Neisse.....	45,7	–1,2	70,4	+0,3	40,3	–0,6
Teltow-Fläming.....	63,3	–0,8	97,6	–0,9	55,8	–1,5
Uckermark.....	49,0	–3,0	75,1	–1,5	42,8	–2,4
Brandenburg.....	1 008,7	–0,8	1 530,9	–0,4	873,6	–1,4
Kreisfreie Städte.....	243,0	–1,2	362,5	–1,2	209,2	–2,1
Landkreise.....	765,7	–0,6	1 168,4	–0,2	664,4	–1,1

Gesundheit

2006: weniger Betten, mehr Behandlungsfälle und kürzere Krankenhausaufenthalte in den Ländern Berlin und Brandenburg

Zum Jahresende 2006 gab es in Berlin 71 Krankenhäuser mit 19 859 vollstationären Betten. Das waren 491 Betten bzw. 2,4 Prozent weniger als 2005.

Berechnet auf 10 000 Einwohner standen damit 58 Betten zur Verfügung. Berlin weist seit 2001 eine geringere Versorgungsquote aus als im Durchschnitt der Bundesrepublik (2005 : 63,5 Betten je 10 000 Einwohner).

Dagegen stieg die Zahl der Behandlungsfälle gegenüber dem Vorjahr um 2 649 (0,4 Prozent) auf 694 518 Fälle an. Im Ergebnis des Bettenabbaus und der gestiegenen Patientenzahlen verkürzte sich die Dauer der Krankenhausaufenthalte um durchschnittlich 0,2 Tage auf 8,4 Tage. Die Berechnungs- und Belegungstage sind 2006 auf ihren niedrigsten Stand gesunken.

Im Land Brandenburg standen Ende 2006 in 47 Krankenhäusern durchschnittlich 15 320 Betten zur vollstationären Behandlung zur Verfügung, 104 Betten bzw. 0,7 Prozent weniger als 2005.

Mit 60 Betten je 10 000 Brandenburger gab es keine Veränderungen gegenüber 2005. Brandenburg weist seit 2001 eine geringere Versorgungsquote mit Krankenhausbetten aus als im Durchschnitt der Bundesrepublik (2005 : 63,5 Betten je 10 000 Einwohner). Die Zahl der Behandlungsfälle ging gegenüber dem Vorjahr um 2 882 (0,6 Prozent) auf 514 918 Fälle zurück. Die Krankenhausaufenthalte verkürzten sich durchschnittlich um ein Prozent auf 8,6 Tage. Als Ergebnis des Bettenabbaus, der gesunkenen Behandlungszahlen und der Verkürzung der Verweildauer erreichten die Bettenauslastung und die Berechnungs- und Belegungstage im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren ihren niedrigsten Stand.

Jahr	Kranken- häuser	Aufgestellte Betten		Fallzahl		Durchschnittliche		Berechnungs-/ Belegungstage in 1 000
		absolut	je 10 000 Einwohner	absolut ¹	je 10 000 Einwohner	Verweil- dauer in Tagen	Betten- auslastung in %	
Berlin								
2000...	76	23 287	68,8	697 609	2 061,4	10,2	83,1	7 085
2001...	70	22 620	66,8	690 244	2 039,0	9,7	81,1	6 696
2002...	67	21 404	63,1	694 028	2 047,1	9,3	82,6	6 457
2003...	69	20 991	61,9	691 115	2 037,8	9,0	81,2	6 221
2004...	71	20 531	60,6	691 224	2 040,5	8,8	80,7	6 065
2005...	71	20 350	60,0	691.869	2 039,8	8,6	80,6	5 984
2006...	71	19 859	58,4	694 518	2 042,8	8,4	80,7	5 848
Land Brandenburg								
2000...	54	16 288	62,6	492 835	1 895,1	10,0	83,1	4 920
2001...	53	16 134	62,1	504 258	1 942,0	9,6	81,1	4 842
2002...	51	16 058	62,1	515 929	1 994,7	9,3	82,6	4 819
2003...	49	15 664	60,8	519 341	2 016,0	9,0	81,2	4 687
2004...	47	15 534	60,5	508 267	1 978,3	8,8	80,7	4 497
2005...	47	15 424	60,2	517 800	2 020,7	8,7	80,6	4 498
2006...	47	15 320	60,0	514 918	2 017,1	8,6	79,2	4 447

Ausgewählte Ergebnisse der Krankenhausstatistik in den Ländern Berlin und Brandenburg 2000 bis 2006

¹ nach Novellierung der Krankenhausstatistikverordnung einschließlich Stundenfälle

Insolvenzen II. Quartal 2007: Wieder ein Anstieg bei den überschuldeten Privatpersonen in Berlin

In den Berliner Amtsgerichten wurden im zweiten Quartal 2007 gegen mehr als 1 900 „übrige Schuldner“ (Gesellschafter, ehemals selbstständig Tätige, Verbraucher und Nachlässe) Verfahren eingeleitet, ihre voraussichtlichen Schulden beliefen sich auf 369,5 Millionen EUR.

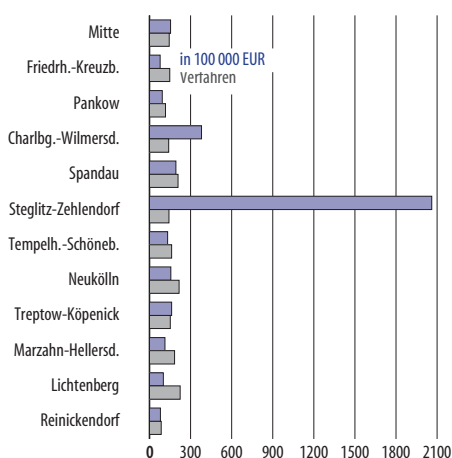
Gegenüber dem Vorjahresquartal wurde ein Verfahrensanstieg von 18,6 Prozent verzeichnet; die Forderungssumme verdoppelte sich sogar. 1 845 Verfahren konnten eröffnet werden, hier hoffen die Gläubiger auf einen teilweisen Ausgleich ihrer noch offenen Rechnungen. Bei 43 Verfahren wurde der Antrag „mangels Masse abgewiesen“, die Gläubiger bleiben somit auf ihren Forderungen sitzen. In 25 Fällen konnten sich Gläubiger und Schuldner unter richterlicher Aufsicht auf einen Schuldenbereinigungsplan einigen und somit der Schuldenfalle entkommen.

Die Zahl der bankrotten ehemals selbstständig Tätigen stieg um 2,7 Prozent auf 383 Personen. Ihre unbezahlten Verbindlichkeiten vervielfachten sich jedoch auf 287,1 Millionen EUR, das sind fast 750 000 EUR Schulden je Person. Dieser deutliche Schuldenanstieg wurde im Stadtbezirk Steglitz-Zehlendorf festgestellt. Hier wurden zwar nur 29 ehemals selbstständig Tätige gezählt, allerdings beliefen sich ihre Verbindlichkeiten auf 197,6 Millionen EUR (Anteil: 7,6 bzw. 68,8 Prozent). In Charlottenburg-Wilmersdorf meldeten sich 68 ehemals selbstständig Tätige mit Verbindlichkeiten von 30,1 Millionen EUR (Anteil: 17,8 bzw. 10,5 Prozent). 47 Personen mit insgesamt 8,0 Millionen EUR Schulden (Anteil: 12,3 bzw. 2,8 Prozent) wurden in Neukölln gezählt.

1 463 Berliner mussten im zweiten Quartal 2007 bei den Amtsgerichten mit insgesamt 68,1 Millionen EUR

Schulden eine Verbraucherinsolvenz beantragen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sind das 271 Menschen mehr, bei den voraussichtlichen Forderungen gab es einen Rückgang von 12,9 Prozent. Die durchschnittlichen Schulden der Verbraucher reduzierten sich gegenüber dem Vorjahresquartal um 19 000 EUR auf rund 46 500 EUR.

Die meisten Verbraucherinsolvenzen wurden im Stadtbezirk Lichtenberg mit 201 Verfahren und 7,0 Millionen EUR Schulden (Anteil: 13,7 bzw. 10,3 Prozent) registriert, gefolgt von Spandau mit 166 Verfahren und 8,9 Millionen EUR Schulden (Anteil: 11,3 bzw. 13,1 Prozent) und Neukölln mit 166 Verfahren und 7,4 Millionen EUR Schulden (Anteil: 11,3 bzw. 10,9 Prozent). Werden die Forderungen auf die Anzahl der Verfahren bezogen, ergibt sich folgende Rangfolge: Charlottenburg-Wilmersdorf mit 89 300 EUR, Steglitz-Zehlendorf mit 64 900 EUR und Tempelhof-Schöneberg mit 55 800 EUR.



Insolvenzverfahren
in Berlin 2005
nach Bezirken

Bezirk	Übrige Schuldner					
	insgesamt		darunter			
			ehemals selbstständig Tätige		Verbraucher	
	Anzahl	Forderungen in Mio. EUR	Anzahl	Forderungen in Mio. EUR	Anzahl	Forderungen in Mio. EUR
Mitte	144	15,4	38	8,2	99	3,5
Friedrh.-Kreuzb.	147	7,6	18	2,8	127	4,7
Pankow	116	9,3	24	3,7	89	4,2
Charlbg.-Wilmersd.	139	38,0	68	30,1	60	5,4
Spandau	207	19,3	36	9,4	166	8,9
Steglitz-Zehlend.	142	206,2	29	197,6	104	6,7
Tempelh.-Schöneb.	161	13,2	33	5,3	122	6,8
Neukölln	216	15,5	47	8,0	166	7,4
Treptow-Köpenick ..	151	16,0	18	8,7	122	6,2
Marzahn-Hellersd. ..	182	11,1	21	5,6	160	5,4
Lichtenberg	223	10,0	18	2,6	201	7,0
Reinickendorf	85	7,9	33	5,1	47	1,8
Berlin	1 913	369,5	383	287,1	1 463	68,1

Insolvenzen
ausgewählter
Schuldnergruppen
in Berlin
im 2. Quartal 2007
nach Bezirken



aus Deutschland

Bevölkerung 2006: Durchschnittlich 1,33 Kinder je Frau geboren

In Deutschland kamen im Jahr 2006 rund 672 700 Kinder zur Welt, das waren etwa 13 100 weniger als 2005. Damit ging gleichzeitig die durchschnittliche Kinderzahl je Frau leicht von 1,34 auf 1,33 zurück.

Die Unterschiede zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands haben sich weiter verringert, wobei die Kinderzahl im früheren Bundesgebiet abnahm und in den neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin) konstant blieb. In den alten Ländern kamen im Jahr 2006 durchschnittlich 1,34 Kinder je Frau zur Welt, in den neuen Ländern 1,30. Im Jahr 2005 waren es im Westen Deutschlands 1,36 und im Osten ebenfalls 1,30.

Im Westen setzte sich damit die Abnahme der letzten Jahre fort, die nur 2004 unterbrochen wurde. Die durchschnittliche Kinderzahl erreichte 2006 damit wieder den niedrigeren Stand von Mitte der 1990er Jahre. Im Osten Deutschlands blieb sie 2006 auf dem Niveau, das 2004 erreicht wurde. Zuvor war die durchschnittliche Kinderzahl dort nach ihrem Tief Anfang der 1990er Jahre deutlich angestiegen.

In den neuen Ländern ist das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder um knapp zwei Jahre niedriger als im früheren Bundesgebiet.

Bei der Berechnung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau werden alle Kinder berücksichtigt, die im Laufe eines Jahres geboren werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Eltern miteinander verheiratet sind oder nicht. Auch die Frage, ob es sich um das erste, zweite oder ein weiteres Kind der Frau handelt, ist bei dieser Berechnung unerheblich.

Diese durchschnittliche Kinderzahl, die auch als zusammengefasste Geburtenziffer bezeichnet wird, wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr.

Wie viele Kinder ein Frauenjahrgang, auch bezeichnet als Angehörige einer Kohorte, tatsächlich im Durchschnitt geboren hat, kann erst festgestellt werden, wenn die Frauen am Ende des gebärfähigen Alters sind, das zurzeit mit 49 Jahren definiert wird. Zur endgültigen Kinderzahl der Frauen, die jetzt 30 oder 20 Jahre alt sind, können somit heute nur Schätzungen abgegeben werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²	Neue Länder ³
1990...	1,45	1,45	1,52
1995...	1,25	1,34	0,84
2000...	1,38	1,41	1,21
2001...	1,35	1,38	1,23
2002...	1,34	1,37	1,24
2003...	1,34	1,36	1,26
2004...	1,36	1,37	1,31
2005...	1,34	1,36	1,30
2006...	1,33	1,34	1,30

Zusammengefasste Geburtenziffer¹ in Deutschland 1990 bis 2006 nach Ländergruppen

¹ Zahl der Kinder, die eine Frau im Alter von 15 Jahren im Verlauf ihres weiteren Lebens bekommen würde, wenn sie sich hinsichtlich ihres Geburtenverhaltens so verhalten würde wie alle betrachteten Frauen von 15 bis 49 Jahren des entsprechenden Berichts

² Ab 2001 ohne Berlin-West

³ Ab 2001 ohne Berlin-Ost

Sozialleistungen**2006: Große regionale Unterschiede bei der Kindertagesbetreuung**

2006 deutlich höher als in den übrigen Bundesländern. Insgesamt nahmen in Ostdeutschland die Eltern von fast 117 000 Kindern unter drei Jahren Angebote der Kindertagesbetreuung als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und Betreuung in Anspruch. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe (Betreuungsquote) belief sich somit auf durchschnittlich 39,7 Prozent. In den alten Bundesländern (ohne Berlin) lag die Betreuungsquote hingegen bei 8,0 Prozent; in Berlin betrug die Quote 37,8 Prozent.

Die höchsten Betreuungsquoten im Kreisvergleich finden sich allesamt in den ostdeutschen Bundesländern. Der höchste Wert ergab sich für den ehemaligen Saalkreis mit 57,7 Prozent; gefolgt vom Kreis Schönebeck (55,8 Prozent) und Jerichower Land (55,5 Prozent). Die für das Jahr 2013 angestrebte Betreuungsquote von 35 Prozent wurde insgesamt in 84 Kreisen Ostdeutschlands

erreicht. In den alten Ländern wiesen die Universitätsstädte Heidelberg (23,3 Prozent) und Freiburg im Breisgau (22,7 Prozent) die höchsten Quoten auf.

Die niedrigsten Betreuungsquoten wiesen zum Erhebungsstichtag 15. März 2006 der Kreis Nienburg/Weser mit 1,0 Prozent, gefolgt von Cloppenburg (1,1 Prozent) und dem Ostallgäu sowie Straubing-Bogen (jeweils 1,8 Prozent) auf.

Dies geht aus der gemeinsamen Veröffentlichung „Kindertagesbetreuung regional 2006“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hervor, die einen Überblick über die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung als Ergänzung zur Erziehung und Betreuung durch die Eltern gibt. Verglichen werden alle 439 Kreise Deutschlands. Die Publikation erschien im September 2007 und ist kostenlos im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/publikationen erhältlich. Sie stellt neben den Betreuungsquoten der Kinder unter drei Jahren auch Daten zur Tagesbetreuung der Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren zur Verfügung.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bildung**Schuljahr 2006/2007: Latein erlebt Renaissance in Schulen**

Im Schuljahr 2006/2007 erhielten von den rund 9,3 Millionen Schülerinnen und Schülern (ohne Vorschulen) in Deutschland 80 Prozent Fremdsprachenunterricht in Englisch, 19 Prozent in Französisch und 9 Prozent in Latein. Diese Reihenfolge der Fremdsprachen ist seit Jahren unverändert. Gegenüber dem Schuljahr 2000/2001 ist die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Englischunterricht um 14,9 Prozent, derjenigen am Französischunterricht um 7,8 Prozent und derjenigen am Lateinunterricht um 30,7 Prozent gestiegen.

Die Zunahme bei Englisch und Französisch ist insbesondere auf die zwischenzeitliche Einführung von Fremdsprachenunterricht im Primarbereich zurückzuführen. Latein wird nahezu ausschließlich (rund 95 Prozent) in Gymnasien unterrichtet. Im Schuljahr 2006/2007 lernte dort nahezu jeder dritte Schüler diese Fremdsprache, vor sechs Jahren war es noch jeder vierte.

Dabei gab es zwischen den Ländern deutliche Unterschiede: Die Spanne des Anteils der Lateinschülerinnen und -schüler in Gymnasien reichte von 13 Prozent in Bremen und 15 Prozent im Saarland und in Sachsen-Anhalt bis zu 39 Prozent in Nordrhein-Westfalen und 47 Prozent in Bayern.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bildung**Wintersemester 2006/2007: Immer mehr Studierende streben Bachelor oder Master an**

Im Wintersemester 2006/2007 strebten 329 800 Studierende in Deutschland einen Bachelor- und 55 700 Studierende einen Masterabschluss an. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Studierenden in Bachelorstudiengängen um 63 Prozent und in Masterstudiengängen um 20 Prozent gestiegen. Insgesamt waren im Wintersemester 2006/2007 an deutschen Hochschulen 1,98 Millionen Studierende eingeschrieben, das waren 0,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Bis 2010 sollen Bachelor- und darauf aufbauende Masterstudiengänge flächendeckend eingeführt werden, um das Ziel des Bologna-Prozesses – die Vereinheitlichung von Studienstrukturen in Europa – zu erreichen. Zwar hat sich in den vergangenen fünf Jahren der Anteil der Ba-

chelor- und Masterstudierenden an allen Studierenden verzehnfacht, jedoch betrug er 2006 erst gut 19 Prozent. Mit einem Anteil von 46 Prozent waren die meisten Studierenden weiterhin in Diplomstudiengängen eingeschrieben. 11 Prozent der Studierenden wollten einen Lehramts- und 20 Prozent einen Fachhochschulabschluss erreichen.

Besonders hoch war im Wintersemester 2006/2007 der Anteil der Studierenden, die einen Bachelor oder Master anstrebten, in Sprach- und Kulturwissenschaften allgemein (65 Prozent), in Agrarwissenschaften, Lebensmittel- und Getränketechnologie (44 Prozent), in Ingenieurwesen allgemein (40 Prozent), in Bibliothekswissenschaft, Dokumentation, Publizistik (36 Prozent) und in Informatik (35 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Löhne und Gehälter
II. Quartal 2007:
Arbeitskosten +0,9 Prozent,
Lohnnebenkosten
–0,8 Prozent

Die Arbeitskosten für Arbeitgeber erhöhten sich im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im zweiten Quartal 2007 kalenderbereinigt um 0,9 Prozent im Vergleich zum zweiten Quartal 2006. Im Vergleich zum ersten Quartal 2007 stiegen die Arbeitskosten saison- und kalenderbereinigt um 0,7 Prozent.

Die beiden Hauptkomponenten der Arbeitskosten entwickelten sich unterschiedlich: Während die Kosten für Bruttolöhne und -gehälter im zweiten Quartal 2007 gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,4 Prozent wuchsen, wurden die Arbeitgeber bei den Lohnnebenkosten im gleichen Zeitraum um 0,8 Prozent entlastet. Hier spiegelt sich die Entwicklung der Beitragssätze zu den Sozialversicherungen wider. Die zu Jahresbeginn gestiegenen Beitragssätze der Arbeitgeber zur gesetzlichen Krankenversicherung (von 6,7 Prozent auf 7,0 Prozent) sowie zur Rentenversicherung (von 9,75 Prozent auf 9,95 Prozent) wurden durch die Senkung des Beitragssatzes der Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung (von 3,25 Prozent auf 2,1 Prozent) überkompensiert.

Die Ergebnisse des Arbeitskostenindex wurden nach Vorliegen zusätzlich verfügbarer Datenquellen rückwirkend bis zum ersten Quartal 2003 überarbeitet. Die kalenderbereinigte Wachstumsrate der Arbeitskosten für das erste Quartal 2007 im Vergleich zum ersten Quartal 2006 blieb durch die Revision unverändert (+0,4 Prozent). Die Veränderungsrate der Bruttolöhne und -gehälter wurde von +0,4 Prozent auf +0,7 Prozent, die Veränderungsrate der Lohnnebenkosten von +0,8 Prozent auf –0,7 Prozent revidiert.

Für die Jahre 2005 sowie 2006 weisen die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde nach Revision ein höheres Wachstum auf. Im Jahr 2005 wurde die kalenderbereinigte Veränderungsrate zum Vorjahr von +0,2 Prozent auf +0,4 Prozent, 2006 von +0,9 Prozent auf +1,3 Prozent korrigiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Arbeitskostenindex misst die Entwicklung der Arbeitskosten je geleistete Stunde in der jeweiligen Landeswährung. Die Zeitreihen von Staaten außerhalb des Euro-Währungsgebiets sind daher nicht währungs-bereinigt.

Jahr ----- Quartal	Index der Arbeits- kosten insgesamt	Index der Bruttolöhne und -gehälter	Index der Lohn- neben- kosten
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
2000.....	+3,1	+2,6	+4,6
2001.....	+2,3	+2,6	+1,3
2002.....	+2,2	+2,3	+1,7
2003.....	+2,2	+2,3	+2,1
2004.....	+0,8	+1,3	–0,7
2005.....	+0,4	+0,6	–0,4
2006.....	+1,3	+1,2	+1,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in % ¹			
2006			
I. Quartal	+0,9	+0,9	+0,8
II. Quartal	+1,3	+1,6	+0,5
III. Quartal	+1,6	+1,3	+2,5
IV. Quartal	+1,4	+1,1	+2,2
2007			
I. Quartal	+ 0,4	+ 0,7	–0,7
II. Quartal	+ 0,9	+ 1,4	–0,8
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % ²			
2006			
I. Quartal	+0,7	+0,5	+1,2
II. Quartal	+0,3	+0,4	–0,0
III. Quartal	+0,3	+0,1	+0,9
IV. Quartal	+0,2	+0,2	+0,1
2007			
I. Quartal	–0,3	±0,0	–1,5
II. Quartal	+0,7	+1,0	–0,2

1 Kalenderbereinigt, BV 4.1

2 Kalender- und saisonbereinigt, BV 4.1

**Indizes der
Arbeitskosten
im Produzierenden
Gewerbe und
Dienstleistungs-
bereich in
Deutschland 2006
und II. Quartal
2007**

Preise
August 2007:
Großhandelspreise
um 2,5 Prozent höher
gegenüber
August 2006

Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag im August 2007 um 2,5 Prozent über dem Vorjahresstand. Im Juli und im Juni 2007 hatte die Jahresveränderungsrate +2,6 Prozent beziehungsweise +1,9 Prozent betragen.

Besonders stark stiegen gegenüber August 2006 unter anderem die Preise im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln (+52,7 Prozent). Auch im Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten wurde mehr bezahlt als im Vorjahr (+14,0 Prozent). Im Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, Nicht-Eisen-Metallen und deren Halbzeug waren im Vorjahresvergleich Preissteigerungen von 5,2 Prozent zu beobachten. Dagegen waren Produkte im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen im Vorjahresvergleich um 4,7 Prozent billiger. Auch Büromaschinen und -einrichtungen kosteten im Großhandel weniger als im August 2006 (-11,6 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat stieg der Großhandelspreisindex im August 2007 um 0,5 Prozent. Produkte im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln wurden um 15,1 Prozent teurer verkauft als einen Monat zuvor, nachdem sie sich bereits im Juli 2007 gegenüber dem Vormonat um 6,8 Prozent verteuert hatten. Die Preise für Mehl und Getreideprodukte stiegen auf Großhandelsebene im gleichen Zeitraum um 2,5 Prozent. Der Preisanstieg zum Vormonat im Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten setzte sich auch im August 2007 fort (+5,0 Prozent, nach 2,1 Prozent im Juli und +2,7 Prozent im Juni 2007).

Dagegen verbilligten sich feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse auf Großhandelsebene im August 2007 gegenüber dem Vormonat um 0,9 Prozent, nachdem sie im Zeitraum von Januar bis Juli 2007 um 10,0 Prozent teurer geworden waren. Im Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, Nicht-Eisen-Metallen und deren Halbzeug wurden die Waren im August 2007 ebenfalls zu niedrigeren Preisen verkauft (-0,4 Prozent). Bereits im Juli war hier ein Preisrückgang von 0,2 Prozent zu verzeichnen.

Außenhandel
Juli 2007:
Deutsche Ausfuhren
um 11,8 Prozent und
Einfuhren um 6,3 Prozent
höher gegenüber
dem Vorjahr

Nach vorläufiger Ergebnisse wurden im Juli 2007 von Deutschland Waren im Wert von 81,5 Milliarden EUR ausgeführt und Waren im Wert von 63,6 Milliarden EUR eingeführt. Die deutschen Ausfuhren waren damit im Juli 2007 um 11,8 Prozent und die Einfuhren um 6,3 Prozent höher als im Juli 2006. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren gegenüber Juni 2007 um 0,1 Prozent und die Einfuhren um 2,4 Prozent ab.

Die Außenhandelsbilanz schloss im Juli 2007 mit einem Überschuss von 17,9 Milliarden EUR ab. Im Juli 2006 hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz 13,0 Milliarden EUR betragen. Kalender- und saisonbereinigt lag im Juli 2007 der Außenhandelsbilanzüberschuss bei 16,4 Milliarden EUR.

Zusammen mit den Salden für Dienstleistungen (-3,2 Milliarden EUR), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+3,6 Milliarden EUR), laufende Übertragungen (-3,0 Milliarden EUR) sowie Ergänzungen zum Außenhandel (-1,2 Milliarden EUR) schloss – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – die Leistungsbilanz im Juli 2007 mit einem Überschuss von 14,1 Milliarden EUR ab. Im Juli 2006 hatte die deutsche Leistungsbilanz einen Aktivsaldo von 7,3 Milliarden EUR ausgewiesen.

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden im Juli 2007 Waren im Wert von 52,2 Milliarden EUR versandt und Waren im Wert von 41,7 Milliarden EUR von dort bezogen. Gegenüber Juli 2006 stiegen die Versendungen in die EU-Länder um 13,5 Prozent und die Eingänge aus diesen Ländern um 8,3 Prozent. In die Länder der Eurozone wurden im Juli 2007 Waren im Wert von 34,5 Milliarden EUR (+12,2 Prozent) geliefert und Waren im Wert von 28,8 Milliarden EUR (+8,3 Prozent) aus diesen Ländern bezogen. In die EU-Länder, die nicht der Eurozone angehören, wurden im Juli 2007 Waren im Wert von 17,7 Milliarden EUR (+16,2 Prozent) geliefert und Waren im Wert von 12,9 Milliarden EUR (+8,4 Prozent) von dort bezogen.

In die Länder außerhalb der Europäischen Union (Drittländer) wurden im Juli 2007 Waren im Wert von 29,3 Milliarden EUR exportiert und Waren im Wert von 21,9 Milliarden EUR aus diesen Ländern importiert. Gegenüber Juli 2006 stiegen die Exporte in die Drittländer um 8,9 Prozent und die Importe von dort um 2,6 Prozent.

Ausfuhr – Einfuhr	Juli 2007	Januar bis Juli 2007	Veränderung gegenüber	
			Juli 2006	Januar bis Juli 2006
	Mrd. EUR		%	
Ausfuhr insgesamt...	81,5	559,8	+11,8	+11,3
davon				
EU-Länder.....	52,2	366,5	+13,5	+12,7
Eurozone.....	34,5	244,2	+12,2	+11,3
Nicht Eurozone....	17,7	122,3	+16,2	+15,7
Drittländer.....	29,3	193,4	+8,9	+8,7
Einfuhr insgesamt....	63,6	444,4	+6,3	+7,4
davon				
EU-Länder.....	41,7	291,8	+8,3	+11,1
Eurozone.....	28,8	202,8	+8,3	+10,8
Nicht Eurozone....	12,9	89	+8,4	+11,8
Drittländer	21,9	152,6	+2,6	+0,9

Quelle: Statistisches Bundesamt

Aus- und Einfuhr
von und nach
Deutschland
im Juli 2007
nach Länder-
gruppen



aus Europa

Arbeitsmarkt Juli 2007: Arbeitslosenquote der Eurozone stabil bei 6,9 Prozent, Quote der EU27 auf 6,8 Prozent gesunken

In der Eurozone lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Juli 2007 bei 6,9 Prozent unverändert gegenüber Juni. Im Juli 2006 betrug sie 7,8 Prozent. In den 27 Mitgliedstaaten (EU27) lag die Arbeitslosenquote im Juli 2007 bei 6,8 Prozent gegenüber 6,9 Prozent im Juni. Im Juli 2006 hatte sie 7,9 Prozent betragen.

Die niedrigsten Quoten verzeichneten im Juli 2007 Dänemark (3,2 Prozent), die Niederlande (3,4 Prozent), Zypern (4,1 Prozent) und Österreich (4,3 Prozent). Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten die Slowakei (10,6 Prozent) und Polen (9,7 Prozent).

Dreißig Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang ihrer Arbeitslosenquote, vier einen Anstieg. Die stärksten relativen Rückgänge wurden in Bulgarien (von 9,4 Prozent auf 6,6 Prozent) und Polen (von 13,6 Prozent auf 9,7 Prozent) beobachtet. Den stärksten relativen Anstieg verzeichneten Portugal (von 7,5 Prozent auf 8,2 Prozent) und Irland (von 4,4 Prozent auf 4,7 Prozent).

Vergleicht man den Juli 2006 mit dem Juli 2007, so sank die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 6,7 Prozent auf 5,8 Prozent und in der EU27 von

7,1 Prozent auf 6,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Frauen verringerte sich in der Eurozone von 9,2 Prozent auf 8,3 Prozent und in der EU27 von 8,8 Prozent auf 7,8 Prozent.

Die Arbeitslosenquote für die unter 25-Jährigen lag im Juli 2007 in der Eurozone bei 15,2 Prozent und in der EU27 bei 15,4 Prozent. Im Juli 2006 hatte sie 16,3 Prozent bzw. 17,3 Prozent betragen. Die niedrigsten Quoten für die unter 25-Jährigen verzeichneten Dänemark (6,2 Prozent), die Niederlande (7,2 Prozent) und Österreich (8,2 Prozent), die höchsten Griechenland (24,6 Prozent im ersten Quartal 2007), Frankreich (21,9 Prozent), Italien (20,2 Prozent im ersten Quartal 2007) und Polen (20,0 Prozent).

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) schätzt, dass im Juli 2007 in den 27 Mitgliedstaaten insgesamt 16,0 Millionen Männer und Frauen, davon in der Eurozone 10,4 Millionen, arbeitslos waren. Im Juli 2006 waren in den 27 Mitgliedstaaten insgesamt 18,3 Millionen Männer und Frauen arbeitslos, davon in der Eurozone 11,6 Millionen.

Im Vergleich dazu lag die Arbeitslosenquote in den USA im Juli 2007 bei 4,6 Prozent, in Japan im Juni 2007 bei 3,7 Prozent.

Quelle: Eurostat

Handel Juli 2007: Absatzvolumen im Einzelhandel in der Eurozone und in der EU27 um 0,1 Prozent gegenüber Vormonat gestiegen

Nach Schätzungen von Eurostat ist im Juli 2007 ist das Absatzvolumen des Einzelhandels gegenüber Juni 2007 in der Eurozone und in der EU27 um 0,1 Prozent gestiegen. Im Juni¹ hatte der Einzelhandelsindex in beiden Gebieten um 0,6 Prozent zugenommen. Gegenüber demselben Monat des Vorjahres stieg der Einzelhandelsindex im Juli 2007 um 0,5 Prozent in der Eurozone und 2,2 Prozent in der EU27.

Die monatlichen Veränderungen zeigen folgendes Bild: Der Absatz von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren stieg im Juli 2007 gegenüber Juni 2007 in der Eurozone um 0,2 Prozent, während er in der EU27 um 0,2 Prozent fiel. Der Nicht-Nahrungsmittelsektor nahm in der Eurozone um 0,1 Prozent ab, während er in der EU27 um 0,2 Prozent zunahm. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, erhöhte sich das gesamte Einzelhandelsvolumen in sechs Mitgliedstaaten, war in

zehn rückläufig und blieb in Spanien stabil. Die stärksten Zuwächse wurden in Dänemark, Lettland, Schweden und dem Vereinigten Königreich (je +0,8 Prozent) verzeichnet. Die höchsten Rückgänge verzeichneten Belgien (-3,5 Prozent), Litauen (-2,8 Prozent) und Österreich (-1,6 Prozent).

Die jährliche Veränderungen ergeben: Der Absatz von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren fiel im Juli 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in der Eurozone um 1,7 Prozent und in der EU27 um 1,1 Prozent. Der Nicht-Nahrungsmittelsektor legte um 2,0 Prozent bzw. 4,6 Prozent zu. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, erhöhte sich das gesamte Einzelhandelsvolumen in dreizehn Mitgliedstaaten und war in vier rückläufig. Die stärksten Zuwächse wurden in Lettland (+24,0 Prozent), Polen (+12,5 Prozent) und Litauen (+10,8 Prozent) verzeichnet. Die höchsten Rückgänge verzeichneten Belgien (-5,2 Prozent) und Deutschland (-1,6 Prozent).

¹ Die Daten der vorangegangenen Monate wurden gegenüber den in der Pressemitteilung 109/2007 vom 3. August 2007 veröffentlichten Daten revidiert. Darin waren für Juni 2007 folgende Zahlen veröffentlicht worden: gegenüber dem Vormonat +0,4 Prozent für die Eurozone und +0,5 Prozent für die EU27, gegenüber dem Vorjahresmonat +0,9 Pro-

zent für die Eurozone und +2,2 Prozent für die EU27. Deutschland hat seine nationalen Zeitreihen von Januar 2006 ab überarbeitet, was zu einem Bruch zwischen Dezember 2005 und Januar 2006 führt. Weitere Informationen finden sich auf der Webseite des Statistischen Bundesamtes Deutschland: www.destatis.de/presse/deutsch/pm2007/

p1220171.htm. Um Konsistenz zeitlich sowie gegenüber den anderen Mitgliedstaaten herzustellen und ordnungsgemäße Zeitreihen für die Eurozone und die EU zu erhalten, hat Eurostat zur Aufhebung des Bruchs das Niveau der Zeitreihe für Deutschland angepasst.

**Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen****II. Quartal 2007:
BIP in der Eurozone
um 0,3 Prozent und
in der EU27 um
0,5 Prozent gestiegen**

Nach Schätzungen von Eurostat ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Eurozone im zweiten Quartal 2007 um 0,3 Prozent und das der 27 Mitgliedstaaten um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal gestiegen. Im ersten Quartal 2007 betrug die Wachstumsrate +0,7 Prozent sowohl in der Eurozone als auch in der EU27. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2006 ist das saisonbereinigte BIP in der Eurozone um 2,5 Prozent und in der EU27 um 2,8 Prozent gestiegen, nach +3,2 Prozent bzw. +3,3 Prozent im Vorquartal.

Im zweiten Quartal 2007 stiegen die Konsumausgaben der privaten Haushalte in der Eurozone um 0,5 Prozent und in der EU27 um 0,6 Prozent (nach 0,0 Prozent bzw. +0,2 Prozent im Vorquartal). Die Investitionen sanken

in der Eurozone wie in der EU27 um 0,2 Prozent (nach +2,0 Prozent bzw. +1,9 Prozent). Die Exporte erhöhten sich in der Eurozone um 1,1 Prozent und in der EU27 um 0,7 Prozent (nach 0,8 Prozent in beiden Gebieten). Die Importe stiegen um 0,6 Prozent in der Eurozone und um 0,4 Prozent in der EU27 (nach +0,9 Prozent bzw. +1,0 Prozent).

Im Vergleich zu Europa verzeichnete das BIP in den Vereinigten Staaten im zweiten Quartal 2007 einen Zuwachs von 1,0 Prozent, nach +0,2 Prozent im ersten Quartal. In Japan stieg das BIP im zweiten Quartal um 0,1 Prozent, nach +0,8 Prozent im Vorquartal. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2006 ist das BIP der Vereinigten Staaten um 1,9 Prozent gestiegen (nach +1,5 Prozent im Vorquartal) und dasjenige Japans um 2,3 Prozent (nach +2,6 Prozent).

Quelle: Eurostat

**Vierteljährliche Wachstums-
raten des BIP-Volumen
in den Ländern
der Europäischen Union
2006 und 2007
(auf Grundlage
saisonbereinigter¹ Daten)**

Region — Mitgliedstaaten	Veränderung gegenüber dem Vorquartal				Veränderung gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres			
	2006		2007		2006		2007	
	Quartal							
	3.	4.	1.	2.	3.	4.	1.	2.
	%							
Eurozone.....	+0,6	+0,9	+0,7	+0,3	+2,8	+3,3	+3,2	+2,5
Mitgliedstaaten insgesamt...	+0,6	+0,9	+0,7	+0,5	+3,1	+3,5	+3,3	+2,8
Belgien	+0,8	+0,7	+0,7	+0,6	+3,3	+3,0	+2,9	+2,9
Bulgarien ²	+6,7	+5,7	+6,2	...
Tschechische Republik	+1,4	+1,5	+1,5	...	+6,4	+6,1	+6,2	...
Dänemark	+0,2	+0,5	+0,3	−0,4	+2,9	+3,7	+2,7	+0,6
Deutschland	+0,7	+1,0	+0,5	+0,3	+3,2	+3,9	+3,6	+2,5
Estland	+2,7	+1,9	+2,3	+1,0	+11,0	+11,2	+9,8	+7,3
Irland	+3,2	−1,6	+4,7	...	+8,1	+4,8	+7,2	...
Griechenland	+2,2	−0,4	+3,2	−0,9	+4,5	+4,4	+4,6	+4,1
Spanien	+0,9	+1,1	+1,0	+0,9	+3,9	+4,0	+4,1	+4,0
Frankreich	+0,1	+0,4	+0,5	+0,3	+2,1	+2,1	+1,9	+1,3
Italien	+0,3	+1,1	+0,3	+0,1	+1,6	+2,8	+2,3	+1,8
Zypern	+0,6	+1,0	+1,2	+0,8	+3,6	+3,7	+4,0	+3,8
Lettland ²	+3,4	+2,4	+2,6	...	+11,9	+11,7	+11,2	+11,3
Litauen	+1,3	+1,9	+2,3	+2,0	+6,9	+7,0	+8,0	+7,7
Luxemburg	+1,5	+1,8	+1,6	...	+6,0	+6,1	+6,2	...
Ungarn	+0,7	+0,5	+0,4	+0,2	+3,9	+3,1	+2,6	+1,8
Malta	+4,2	−0,7	+0,9	...	+3,4	+3,3	+4,5	...
Niederlande ²	+0,5	+0,7	+0,7	+0,2	+2,8	+2,7	+2,5	+2,4
Österreich	+0,9	+0,8	+0,9	+1,0	+3,1	+3,2	+3,5	+3,7
Polen	+1,7	+1,8	+1,6	+1,7	+6,2	+6,9	+6,8	+6,9
Portugal	+0,2	+0,3	+0,7	+0,4	+1,5	+1,6	+2,0	+1,6
Rumänien ²	+8,3	+7,7	+6,0	...
Slowenien	+1,5	+1,5	+2,2	...	+5,9	+6,0	+7,5	...
Slowakei ²	+2,3	+2,3	+2,4	+2,4	+9,8	+9,6	+9,0	+9,4
Finnland	+0,8	+2,4	+0,9	...	+4,0	+6,8	+5,4	...
Schweden	+0,7	+0,9	+0,7	+1,0	+4,2	+4,3	+3,4	+3,3
Vereinigtes Königreich	+0,7	+0,8	+0,7	+0,8	+3,0	+3,1	+3,0	+3,0
EFTA								
Island	−0,7	+1,2	−0,9	...	+1,1	+2,6	+0,1	...
Norwegen	+1,6	+0,4	+0,8	+0,9	+2,9	+2,9	+3,1	+3,7
Schweiz ²	+0,8	+0,5	+0,7	+0,7	+3,3	+2,9	+2,7	+2,8
nachrichtlich:								
Hauptwirtschaftspartner								
Vereinigte Staaten	+0,3	+0,5	+0,2	+1,0	+2,4	+2,6	+1,5	+1,9
Japan	+0,1	+1,3	+0,8	+0,1	+1,5	+2,4	+2,6	+2,3

¹ Die Saisonbereinigung umfasst für die folgenden Mitgliedstaaten auch eine Arbeitstagkorrektur: Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Litauen, Ungarn, die Niederlande, Österreich, Polen, Slowenien, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

² Prozentuale Veränderung gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres anhand nicht-saisonbereinigter Daten berechnet.

Jürgen Hübner

Wirtschaftstrends im Überblick



Berlin Juni 2007

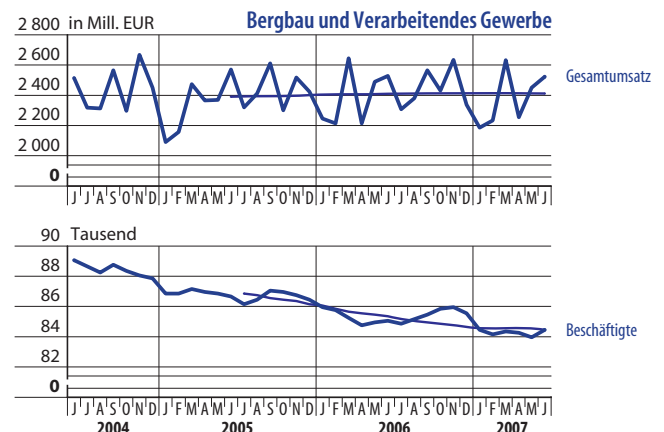
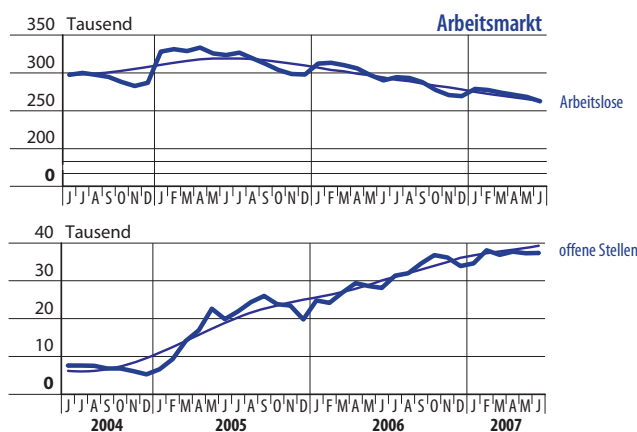
Die Anzahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich vom Juni 2006 bis zum Juni 2007 um 9,4 Prozent; das waren 27 260 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 18,0 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden lag bei der Beschäftigtenanzahl eine unvermindert fallende Tendenz vor. Der Umsatz war – bei starken monatlichen Schwankungen – langfristig fast konstant. Der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewerbes hatte eine stark steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war bei den Beschäftigten und beim baugewerblichen Umsatz ein fallender Trend erkennbar, beim Umsatz

stärker als bei der Beschäftigtenanzahl. Beim Berliner Einzelhandel waren die Messzahlen der Beschäftigtenanzahlen und des nominalen Umsatzes steigend. Dagegen verzeichneten im Gastgewerbe der nominale Umsatz und die Beschäftigtenanzahl eine fallende Tendenz. Die Berliner Aus- und Einfuhren stiegen weiter kontinuierlich, etwa um 10 Prozent, an – die Ausfuhren dabei stärker als die Einfuhren. Sowohl bei der Anzahl der Berliner Gäste, wie auch bei den Übernachtungen, war eine insgesamt sehr positive Tendenz erkennbar, mit Veränderungsraten von über 10 Prozent. Der Verbraucherpreisindex entwickelt sich weitestgehend konstant steigend; die Inflationsrate lag bei +1,5 Prozent – das sind 0,1 Prozentpunkte über den langfristigen Vergleichswerten.

In Berlin wurden Ende Juni 2007 mit 262 841 **Arbeitslosen** rund 2,0 Prozent weniger als im Vormonat, dem Mai 2007, registriert. Im Vergleich zum Juni 2006 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 9,4 Prozent ab, das entspricht 27 260 Personen. Die Arbeitslosenquote Berlins betrug auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen 18,0 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 15,6 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,9 und 1,6 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 8,2 Prozentpunkte und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 6,8 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt; aber auch 1,7 und 1,1 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeut-

schen einschließlich der Berliner Werte. Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die fallende Tendenz weiter fortgesetzt. Die Trend-Konjunktur-Komponente fällt seit der Mitte des Jahres 2005 fast linear. Die gemeldeten **offenen Stellen** erhöhten sich seit dem Juni des vorigen Jahres um 9 319 oder um 33,2 Prozent. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7. Der steigende Trend bei den offenen Stellen hielt – wie aus der Grafik ersichtlich – seit dem Herbst 2004 unvermindert an.

Die im Monat Juni 2007 im **Verarbeitenden Gewerbe** sowie im **Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** berichtspflichtigen 354 Berliner Betriebe – mit mehr als 50 Beschäftigten – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 2 523,4 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 4,9 Millionen EUR unterboten; es verminderte sich um 0,2 Prozent. Im ersten Halbjahr 2007 konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 14,3 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 2006 bedeutete dies eine Verminderung des Gesamtumsatzes von 0,4 Prozent. Im Juni 2007 wurden im Ausland (außerhalb Berlins) 892 Millionen EUR abgesetzt, das waren 35,4 Prozent des Gesamtumsatzes dieses Wirtschaftszweiges. Der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewebes zeigte eine durchgängig positive Entwicklung, die bei Veränderungsraten von durchschnittlich gut 10 Prozent stabil und langfristig war. Im Vergleich zum Juni 2006 betrug der Zuwachs 12,0 Prozent, beim Vergleich der ersten 6 Monate 2007 mit 2006 waren es +12,3 Prozent und im Ein-Jahres-Vergleich +10,9 Prozent. Bei



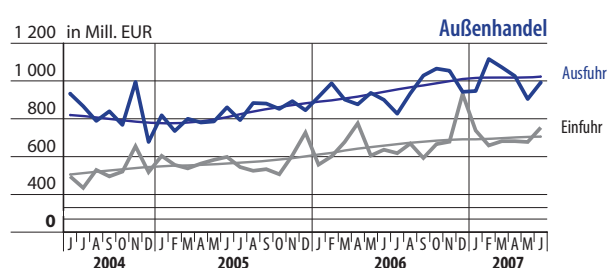
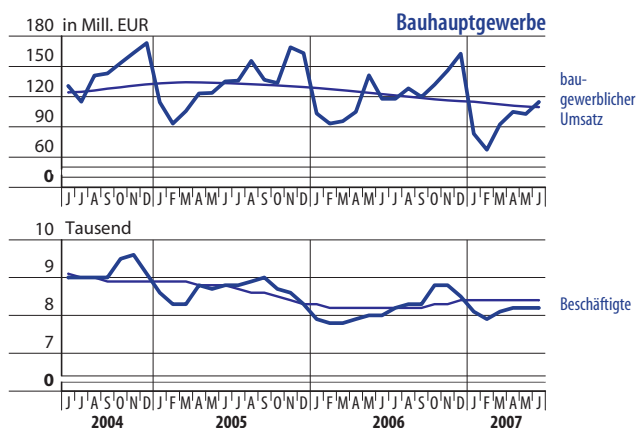
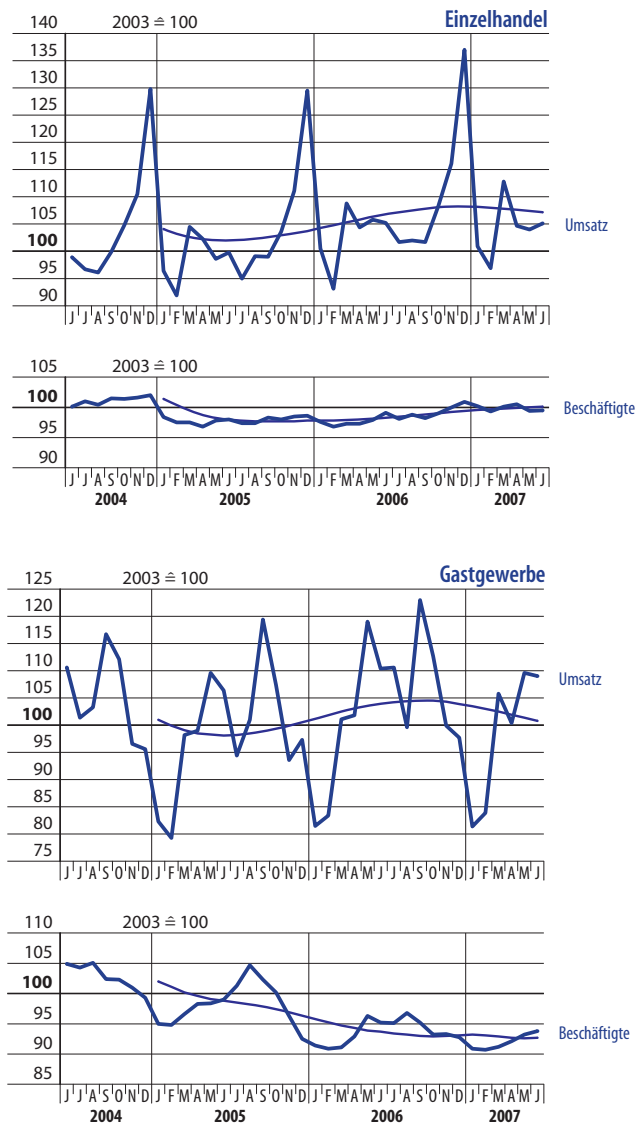
der Beschäftigtenanzahl dieses Bereiches setzte sich der fallende Trend leicht abgeschwächt fort. Im Juni 2007 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 84 627 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem Mai 2007 – nahm die Zahl der Beschäftigten um 512 Personen zu. Im Vergleich zum Juni 2006 waren es – 0,7 Prozent oder 610 Personen weniger. Da der Gesamtumsatz jedoch geringer als die Beschäftigtenanzahl fiel, stieg die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) wieder etwas an; auf 29 817,91 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vorjahresmonat +0,5 Prozent und im Vergleich der 6-Monats- und der 12-Monatszeiträume +0,8 beziehungsweise +1,3 Prozent. Die längerfristigen Trend-Konjunktur-Komponenten sind aus der Grafik deutlich ersichtlich – der Umsatz ganz leicht steigend, die Beschäftigtenanzahl fallend.

Das Berliner **Bauhauptgewerbe** zeigte bei den Beschäftigten einen steigenden und beim Baugewerblichen Umsatz einen deutlich fallenden Trend. Die in diesem Wirtschaftszweig beschäftigten 8,2 Tausend Beschäftigten erzielten im Juni 2007 einen baugewerblichen Umsatz von 114,8 Millionen EUR. Dieser lag damit um 2,6 Prozent unter dem Wert vom Juni 2006. Im Vergleich der Jahreszeiträume - Juli 2006 bis Juni 2007 zum Juli 2005 bis Juni 2006 - ist ein Abfall um 11,5 Prozent aufgetreten. Die Beschäftigtenanzahl erhöhte sich im Vergleich zum Juni 2006 um 2,0 Prozent; im 6-monatigen und im 12-monatigen Zeitraum waren es 2,6 Prozent mehr beziehungsweise 0,3 Prozent weniger. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen im Umsatz und bei den Beschäftigten, den Sondereffekt durch den Wegfall der Eigenheimzulage am Ende des Jahres 2005 sowie den durch die niedrigen Temperaturen Anfang 2006 bedingten Einfluss. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes fällt, während die der Beschäftigten leicht steigt.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Importwert der Berliner Wirtschaft im Juni 2007 ein Volumen von 991,8 Millionen EUR und lag damit um 10,1 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Im Vergleich der letzten 12 Monate waren es +11,6 Prozent. Im gleichen Monat betrug das Exportvolumen 753,2 Millionen EUR. In der Grafik war für den Export (Spezialhandel) ein sehr stabiler Aufwärtstrend zu beobachten, der sich ab dem Ende des Jahres 2006 leicht abschwächte. Beim Import war bei der Trend-Konjunktur-Komponente eine leicht schwächere Entwicklung feststellbar. Betont sei, dass

eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Im Berliner **Einzelhandel** war bei den Messzahlen des nominalen Umsatzes und der Beschäftigtenanzahl, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, ein langfristig steigender Trend erkennbar, der jedoch



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Bei den **Insolvenzen** wurde ebenfalls – wie bei den Gewerbean- und -abmeldungen – ein Wechsel in der Darstellungsform vorgenommen. Neben den beantragten Insolvenzen werden als darunter Position die Unternehmensinsolvenzen dargestellt. Für die beantragten Insolvenzen und für die Unternehmensinsolvenzen lagen langfristig entgegengesetzte Tendenzen vor. Bei den Unternehmensinsolvenzen war ein fallender Trend erkennbar. Sie sind langfristig und stabil bei etwa 120 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzen war demgegenüber eine kontinuierlich ansteigende Tendenz zu beobachten, die stark durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt wurde. Im Monat Juni 2007 erhöhten sich die beantragten Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat um 15,5 Prozent auf 723 Fälle. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Unternehmensinsolvenzen „nur“ 118 Fälle. Beim Vergleich der Ein-Jahreszeiträume wurde der Rückgang

der Insolvenzfälle der Unternehmen deutlich; es ergaben sich für den ganzjährigen Vergleichszeitraum 2,2 Prozent weniger. Die beantragten Insolvenzen nahmen im gleichen Zeitraum jedoch um 21,7 Prozent zu.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Juni 2007 – bezogen auf das Jahr 2000 – bei 110,5. Es zeigte sich ein langfristig konstant-steigender Trend, der gering von den einzelnen Monatswerten abwich. Für die Inflationsrate, die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen Juni 2007 und Juni 2006, ergab sich damit der Wert von +1,5 Prozent. Die Änderungsrate befand sich seit August 2006 unter 2,0 Prozent, wobei sie sich im Zeitraum vom Januar 2001 bis zur Gegenwart zwischen –0,1 bis +2,6 Prozent bewegte.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im Juni 2007

(Basis: Originalwerte, Stand vom 21. 9. 2007)

Merkmal	Einheit	Juni 2007		Januar 2007 bis Juni 2007		Juli 2006 bis Juni 2007	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose.....	Anzahl	262 841	–9,4	272 126	–10,8	277 098	–9,8
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsindex ²	2000 Δ 100	123,0	+12,0	114,8	+12,3	112,2	+10,9
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	2 523,4	–0,2	2 380,3	–0,4	2 411,4	+0,0
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	892,1	+2,9	814,0	+4,2	798,2	+3,3
Beschäftigte.....	1 000	84,6	–0,7	84,4	–1,2	85,0	–1,3
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	101,1	–16,3	119,9	+18,8	113,2	+14,1
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	114,8	–2,6	94,2	–13,8	114,3	–11,5
Beschäftigte.....	1 000	8,2	+2,0	8,1	+2,6	8,3	–0,3
Außenhandel							
Einfuhr.....	Mill. EUR	991,8	+10,1	1 009,7	+9,8	992,6	+11,6
Ausfuhr.....	Mill. EUR	753,2	+18,4	698,5	+8,7	695,7	+14,3
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal.....	2003 Δ 100	105,1	–0,1	104,1	+1,1	107,6	+2,9
Beschäftigte.....	2003 Δ 100	99,5	+0,4	99,8	+2,2	99,5	+1,7
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal.....	2003 Δ 100	109,0	–1,3	98,4	–1,2	102,8	+1,9
Beschäftigte.....	2003 Δ 100	93,8	–1,5	92,0	–1,1	93,2	–3,2
Tourismus							
Gästekünfte.....	1 000	686,7	+21,1	599,9	+10,4	618,1	+10,0
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 572,8	+25,6	1 344,7	+11,5	1 395,2	+10,4
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen	Anzahl	1 930	+4,2	1 047,3	–16,4	979,3	–4,5
darunter							
Saldo Betriebsgründungen- und -aufgaben.....		192	–5,4	137,8	–5,4	115,5	–9,5
Beantragte Insolvenzen.....	Anzahl	723	+15,5	792,8	+17,5	764,0	+21,7
darunter							
Unternehmensinsolvenzen.....	Anzahl	118	+6,3	124,0	+10,9	121,2	–2,2
Verbraucherpreisindex.....	2000 Δ 100	110,5	+1,5	109,9	+1,4	109,5	+1,4

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig



Brandenburg Juni 2007

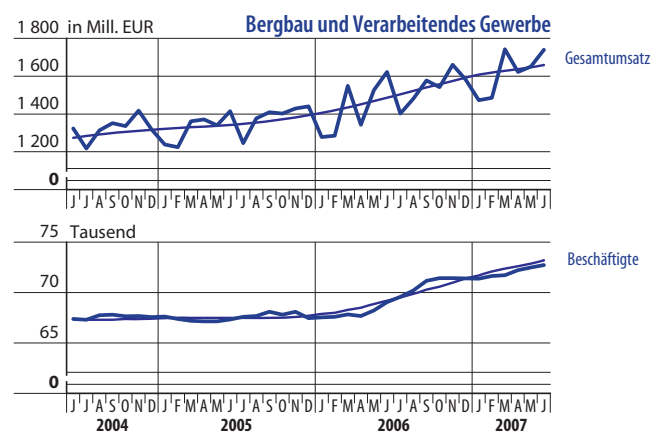
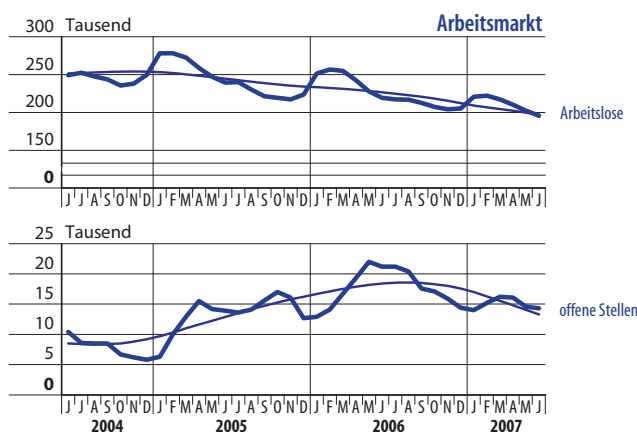
Die Zahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich im Juni 2007 im Vergleich zum Juni 2006 um 10,8 Prozent oder 23 671 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 16,1 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz, der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahlen eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war ein steigender Trend beim Umsatz und beim Auftragseingang vorhanden. Die Beschäftigtenzahl entwickelte sich langfristig verhaltener, aber – bis auf den Vergleich zum Vorjahresmonat – auch positiv. Im brandenburgischen Einzelhandel stiegen die Beschäftigtenzahlen leicht und der nominale Umsatz fiel kurzfristig gering ab. Während im Gastgewerbe der nominale Umsatz eine steigende und die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz zeigten. Die gesamten

brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen langfristig stark an, zeigten aber im Vergleich zum aktuellen Vorjahresmonat erstmals fallende Tendenzen an. Die Einfuhren entwickelten sich insgesamt schwächer als die Ausfuhren. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen, hielt der langfristig steigende Trend – der durch sehr starke saisonalen Schwankungen überlagert wurde – an. Der Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen ist stark fallend. Während die beantragten Insolvenzen, durch steigende Privatinsolvenzen bestimmt, insgesamt ansteigen, fallen die Unternehmensinsolvenzen stark. Der Verbraucherpreisindex schwankte mit geringer Abweichung um die BV4.1-Trend-Konjunktur-Komponente. Die Inflationsrate – die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat – liegt seit dem September des Jahres 2006 unter 2,0 Prozent; im Juni 2007 betrug sie 1,6 Prozent.

Vorjahresmonat 2,2 beziehungsweise 2,0 Prozentpunkte weniger. Damit lag die brandenburgische Arbeitslosenquote auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 6,3 Prozentpunkte beziehungsweise auf der Basis der zivilen Erwerbspersonen 5,7 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber jeweils 0,2 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen (einschließlich der Berliner) Arbeitslosenquoten. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2005 fast linear fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Die gemeldeten offenen Stellen waren seit dem Juni des vorigen Jahres um 6 959 Stellen oder um 32,8 Prozent niedriger, seit Mitte 2006 ist die dazugehörige Trend-Konjunktur-Komponente wieder fallend. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 13,7; es ist damit seit dem April 2007 wieder leicht im Steigen begriffen. Im Juni dieses Jahres waren 7 288 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum Juni 2006 ergab das ein Minus von 16,8 Prozent.

Mit dem Beginn des Jahres 2007 werden im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden nur noch Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten – bis dahin waren es Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten – erhoben. Die erforderliche Rückrechnung ist für die wichtigsten Kennziffern im Zeitraum bis 2000 erfolgt, der Auftragseingangsindex liegt jedoch noch nicht vor. Die im Monat Juni 2007 berichtspflichtigen 408 brandenburgischen Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 739,7 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 116,6 Millionen EUR oder 7,2 Prozent

Im Land Brandenburg wurden Ende Juni des Jahre 2007 mit 195 667 Arbeitslosen rund 3,4 Prozent weniger als im Vormonat, dem Mai 2007, registriert. Im Vergleich zum Juni 2006 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 10,8 Prozent, das entspricht 23 671 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Brandenburgs betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 16,1 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 14,5 Prozent. Das waren gegenüber dem

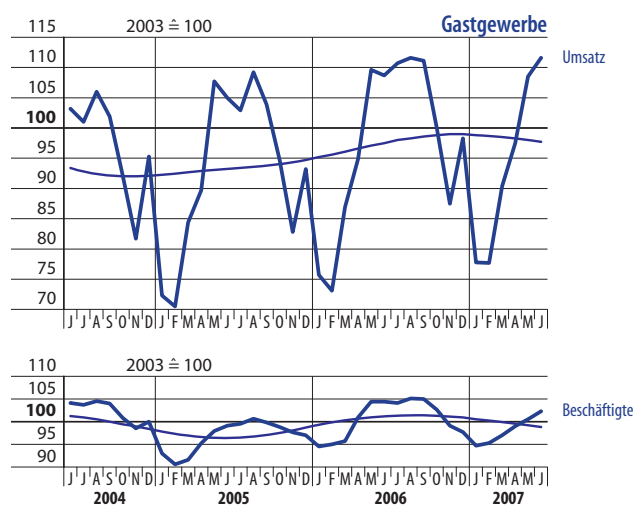
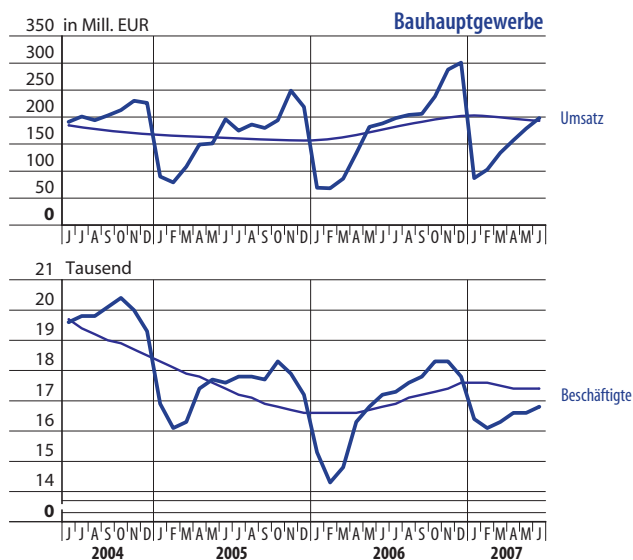
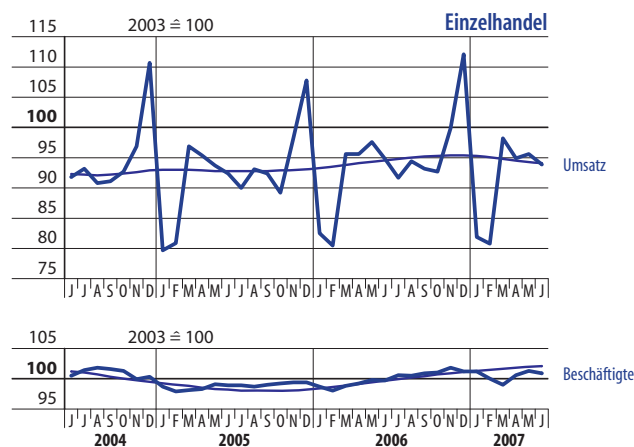


überboten. Im Zeitraum eines Jahres – von Juli 2006 bis Juni 2007 konnten die brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 19,0 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 12,1 Prozent. Der langfristige Trend des Gesamtumsatzes in diesem wichtigen brandenburgischen Wirtschaftszweig war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte – sehr stark steigend. Bei der Beschäftigtenzahl dieses Bereiches war seit Januar 2006 eine dem Umsatz fast proportionale Entwicklungstendenz erkennbar. Im Juni 2007 waren im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben mit 50 oder mehr Beschäftigten 72 727 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem Mai 2007 – stieg die Zahl der Beschäftigten um 0,3 Prozent oder 323 Personen. Gegenüber dem Juni 2006 betrug der Anstieg der Beschäftigtenzahl dagegen 5,2 Prozent. Beim Vergleich der ersten sechs Monate des Jahres 2007 mit denen des Jahres 2006 sind es +5,9 Prozent. Damit zieht der kontinuierlich steigende Umsatz seit dem Beginn des Jahres 2006 auch deutlich steigende Beschäftigtenzahlen nach sich. Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) stieg weiter an – auf 23 920 EUR pro Beschäftigten oder gegen über dem Juni 2006 um +1,8 Prozent. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten folgte diesem Trend. Sie lag im Vergleich zum Juni 2006 um insgesamt 7,7 Prozent höher.

In der konjunkturellen Entwicklung des brandenburgischen **Bauhauptgewerbes** sind keine eindeutigen Trends erkennbar. Zwar signalisieren die Umsatz-, die Auftragseingang- und die Beschäftigtenwerte eine positive Entwicklung, bei der Trend-Konjunktur-Komponente in der Grafik ist dies aber nicht deutlich erkennbar. Die 334 im Juni 2007 berichtspflichtigen Betriebe erreichten mit 16 766 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 198,5 Millionen EUR; der Umsatz lag damit um 5,5 Prozent über dem Wert vom Juni 2006. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen und den diesen Schwankungen folgenden Umsatz- und Beschäftigtentrend. Im Juni 2007 erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller

Frühindikator der Umsatzentwicklung – ein Niveau von rund 190,1 Millionen EUR. Es lag damit um 18,5 Prozent über den Angaben des Juni 2006. Die Entwicklung des Auftragseinganges in den letzten sechs Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei +25,0 Prozent und die in den letzten 12 Monaten bei +19,4 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im brandenburgischen Bauhauptgewerbe erhöhte sich im Vergleich des ersten Halbjahres 2007 zum gleichen Zeitraum des Jahres 2006 um 4,4 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat (Juni 2007 zu Juni 2006) waren es allerdings 392 Beschäftigte oder 2,3 Prozent weniger.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Exportwert der brandenburgischen Wirtschaft im Juni 2007 ein Volumen von 803,7 Millionen EUR und lag damit um 4,2 Prozent unter dem Ergebnis des Juni 2006. Beim Vergleich der Halbjahres- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 31,9 oder 34,4 Prozent. Insgesamt wurden im Zeitraum von Juli 2006 bis Juni 2007 Waren im Wert von 10,1 Milliarden EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen 844,8 Millionen EUR, bei einem Minus von 11,6 Prozent gegenüber dem Juni 2006. In den letzten zwölf Monaten wurden Waren im Wert von 11,2 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert. In der Grafik deutet sich sowohl beim Import als auch beim Export nach langer stabilen Entwicklung eine zeitlich etwas versetzte Trendwende an. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

des brandenburgischen Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

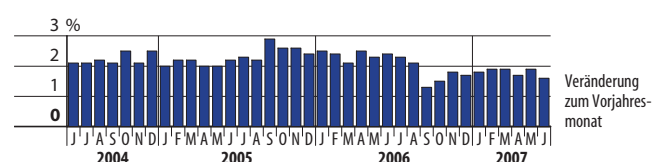
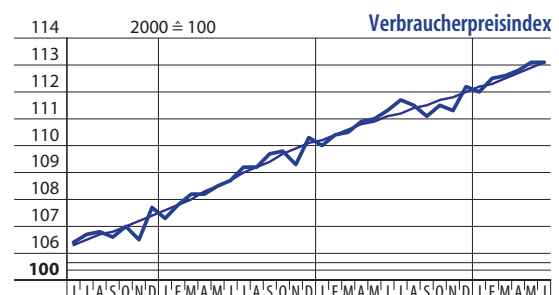
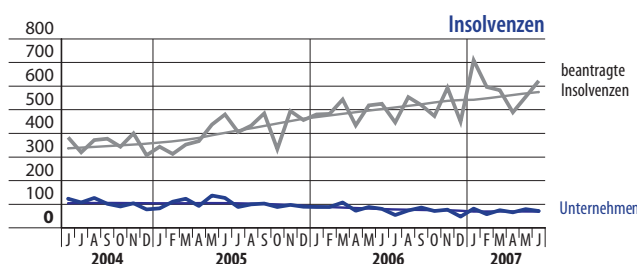
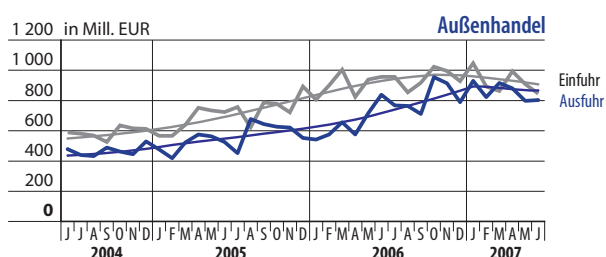
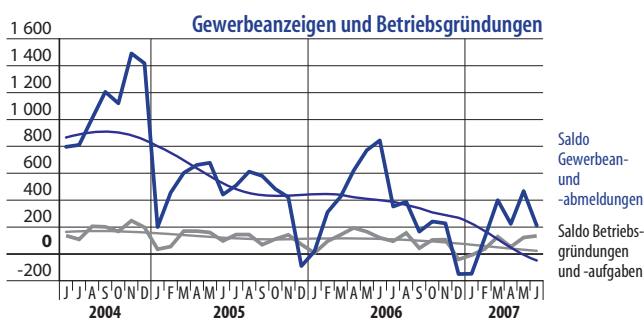
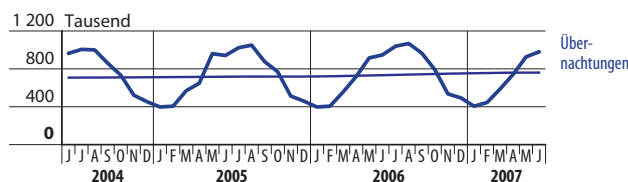
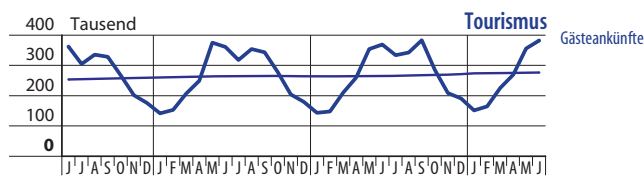
Beim nominalen Umsatz- und bei der Beschäftigten-Messzahl im brandenburgischen Einzelhandel war in den letzten zwei Jahren, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, ein leicht steigender Trend erkennbar. Die Veränderung der Umsatz-Messzahl vom Januar bis Juni 2006 zum Vorjahreszeitraum betrug – 0,2 Prozent und beim Vergleich des gesamten letzten Einjahres-Zeitraumes (Juli 2006 bis Juni 2007) zum gleichen Vorjahreszeitraum (Juli 2005 bis Juni 2006) ergab sich ein Plus von 1,1 Prozent. Die analogen Beschäftigten-Kennziffern lauten: + 1,6 Prozent für Januar bis Juni 2007 zum Januar bis Juni 2006 und + 1,8 Prozent

für den Vergleich des entsprechenden 12-monatigen Zeitraumes. Die Trend-Konjunktur-Komponente war bei der Beschäftigtenmesszahl leicht steigend, während sie bei der Umsatzmesszahl leicht fallend war.

Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** trat beim Umsatz im Vergleich des Zeitraumes Januar bis Juni 2006 zum gleichen Zeitraum 2006 eine Veränderung von + 2,7 Prozent auf, und im Vergleich der 12-monatigen Zeiträume war ein Zuwachs von 4,1 Prozent feststellbar. Die Messzahl der Beschäftigten fiel im Vergleich zum analogen Halbjahreszeitraum um 1,0 Prozent, im Ein-Jahresvergleich stieg sie um 1,2 Prozent. Die Trendfunktionen des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten sind wieder leicht fallend, bei den Beschäftigten etwas stärker als bei den Umsatzmesszahlen.

Im Juni 2007 betrug die Zahl der Gästeankünfte in der **Tourismusbranche** 382,7 Tausend; gegenüber dem Juni 2006 waren es 13,2 Tausend oder 3,6 Prozent mehr. Beim Vergleich des einjährigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 4,1 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen stieg ebenfalls an – im Vergleich zum Juni 2006 um 3,7 Prozent und im Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume um 4,2 Prozent. Im Durchschnitt entfielen im Juni 2007 auf jeden Gast 2,6 Übernachtungen; im Mittel des Jahres 2006 waren es 2,7 Übernachtungen. Insgesamt ist bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen – bei einer sehr stark saisonal geprägten Entwicklung, die sich über die einzelnen Jahre verfestigte – langfristig ein kontinuierlich-leicht-steigender Trend erkennbar, wobei auch die Verweildauer leicht ansteigt.

Bei den **Gewerbeanmeldungen** erfolgte eine methodische Veränderung der Darstellung. Es werden zukünftig die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen- und -aufgaben dargestellt. Insgesamt ist bei beiden Kennziffern langfristig eine deutlich fallende Tendenz erkennbar. Im Juni 2007 betrug der Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen + 212 Gewerbeanmeldungen, gegenüber dem Juni 2006 waren es 74,9 Prozent weniger. Der Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben nahm langfristig ebenfalls ab, wobei der wenig aussagefähige Ein-Monatsvergleich des Juni 2007 zum Juni 2006 deutlich positiv war. Er lag im Juni 2007 bei einem Plus von 135 Anmeldungen oder + 12,5 Prozent. Beim Vergleichen des Sechs-Monats- und des 12-Monats-Zeitraumes bleibt der stark fallende Trend erhalten, mit – 35,2 beziehungsweise – 51,0 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

zeigte bei beiden Kennzahlen ebenfalls eine fallende Tendenz, bei dem Saldo des Gewerbes deutlich stärker als bei den Betrieben.

Bei den **Insolvenzen** erfolgte ebenfalls eine methodische Veränderung in der Darstellung. Zukünftig werden die beantragten Insolvenzverfahren und die Regelin-solvenzen der Unternehmen dargestellt. Es lagen für die insgesamt beantragten Insolvenzen und Unterneh-mensinsolvenzen gegensätzliche Tendenzen vor. Bei den Regelin-solvenzen der Unternehmen war ein deutlich fallender Trend erkennbar, sie sind langfristig und stabil bei weit unter 100 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat Juni 2007 stiegen die beantragten Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahresmonat um 18,7 Prozent auf 623 Fälle an. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den

Regelin-solvenzen der Unternehmen 72 Fälle, das waren –11,1 Prozent. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume entwickelte sich der Rückgang der Regelin-solvenzen der Unternehmen ähnlich; es ergaben sich – für den Ver-gleichszeitraum – beachtliche 23,0 Prozent weniger, bei den beantragten Insolvenzverfahren waren es dagegen 17,9 Prozent mehr.

Der Verbraucherpreisindex, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Juni 2007, bezogen auf das Jahr 2000, bei 113,1. Es zeigte sich ein langfristig konstanter Trend, der nur unwesentlich von den einzel-nen Monatswerten abwich. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Juni 2007 und dem Juni 2006, ergab sich damit ein Wert von +1,6 Prozent. Seit dem September 2006 liegt die Inflationsrate in Brandenburg stabil unter 2,0 Prozent.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im Juni 2007

(Basis: Originalwerte, Stand vom 17. 9. 2007)

Merkmal	Einheit	Juni 2007		Januar 2007 bis Juni 2007		Juli 2006 bis Juni 2007	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	195 667	– 10,8	211 477	– 12,7	211 039	– 9,7
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsisindex ²	2000 \triangle 100
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 739,7	+ 7,2	1 618,8	+ 12,9	1 579,9	+ 12,1
Auslandsumsatz	Mill. EUR	460,8	– 0,5	432,0	+ 15,3	413,0	+ 16,9
Beschäftigte	1 000	72,7	+ 5,3	72,0	+ 5,9	71,5	+ 5,2
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang	Mill. EUR	190,1	+ 18,5	144,6	+ 25,0	154,2	+ 19,4
Gesamtumsatz	Mill. EUR	198,5	+ 5,5	143,2	+ 18,3	191,1	+ 18,9
Beschäftigte	1 000	16,8	– 2,3	16,5	+4,4	17,2	+ 2,3
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal	Mill. EUR	93,9	– 0,9	90,9	– 0,2	94,1	+ 1,1
Beschäftigte	Mill. EUR	100,9	+ 1,2	100,5	+ 1,5	100,8	+ 1,7
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal	2003 \triangle 100	111,6	+ 2,7	93,9	+ 2,7	98,6	+ 4,1
Beschäftigte	2003 \triangle 100	102,3	– 2,0	98,1	– 1,0	100,2	+ 1,2
Außenhandel							
Ausfuhr	2003 \triangle 100	803,7	– 4,2	858,6	+ 31,9	837,9	+ 34,4
Einfuhr	2003 \triangle 100	844,8	– 11,6	925,2	+ 2,2	935,6	+ 12,4
Tourismus							
Gästeankünfte	1 000	382,7	+ 3,6	258,1	+ 4,3	274,4	+ 4,1
Gästeübernachtungen	1 000	980,8	+ 3,7	681,9	+ 3,9	749,1	+ 4,2
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und abmeldungen ..	Anzahl	212	– 74,9	212,3	– 57,4	208,4	– 54,6
darunter							
Saldo Betriebsan- und abmeldungen	Anzahl	135	+ 12,5	78,2	– 35,2	77,6	– 51,0
Beantragte Insolvenzen	Anzahl	623	+ 18,7	592,7	+ 19,2	549,3	+ 17,9
darunter							
Unternehmensinsolvenzen	Anzahl	72	– 11,1	72,0	– 18,2	70,3	– 23,0
Verbraucherpreisindex	2000 \triangle 100	113,1	+ 1,6	112,7	+ 1,8	112,1	+ 1,8

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, zur Zeit nicht darstellbar - wegen methodischer Umstellung

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Christel-Beate Seifert

Pflegebedürftige Menschen und Pflegeeinrichtungen im Jahr 2005 im Land Brandenburg und in Berlin



Vorbemerkungen

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur sozialen Pflegeversicherung wird, beginnend im Jahr 1999, alle zwei Jahre die Pflegestatistik durchgeführt. Sie liefert Informationen über die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste und Pflegeheime) sowie die betreuten Pflegebedürftigen und das zuständige Personal.

Beginnend mit dem Jahr 1999 wird die Pflegestatistik in Deutschland alle zwei Jahre durchgeführt. Nach den zuletzt im Jahr 2005 erhobenen Daten gab es im Land Brandenburg 829 und in Berlin 772 Pflegeeinrichtungen, die mit den Pflegekassen einen gültigen Pflegevertrag abgeschlossen hatten. In beiden Ländern waren dies mehr ambulante als stationäre Pflegeeinrichtungen. Insgesamt erhielten 2005 im Land Brandenburg 2,9 Prozent der Gesamtbevölkerung Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz; in Berlin waren es 2,8 Prozent. In den brandenburgischen Pflegeeinrichtungen übten im gleichen Jahr ca. 20 200 Personen eine Berufstätigkeit aus; in Berliner Einrichtungen waren es rund 31 800 Personen. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten erbrachte ausschließlich ambulante und stationäre Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI).

Die Pflegestatistik erfasst u.a. Art und Träger der Einrichtung, Zahl und Art der Pflegeplätze, Geschlecht, Alter und Grad der Pflegebedürftigkeit der zu pflegenden Personen, außerdem Empfänger und Empfängerinnen von Pflegegeld bei häuslicher Pflege.

Für die gesamte Pflegestatistik ist ausschließlich der Leistungsbereich des SGB XI relevant, d.h. nur die Pflegebedürftigen, die Leistungen auf dieser Grundlage erhalten und nur das Personal, welches diese Leistungen erbringt, werden registriert.

Pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes sind Personen,

die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung voraussichtlich für mindestens sechs Monate der Hilfe bedürfen.

Die Feststellung der Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung zu einer der drei Pflegestufen

- Pflegestufe I
erheblich Pflegebedürftige
- Pflegestufe II
Schwerpflegebedürftige
- Pflegestufe III
Schwerstpflegebedürftige
(einschließlich Härtefälle)
obliegt dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung in Zusammenarbeit mit den Pflegekassen.

Übersicht der Leistungen der Pflegeversicherung

Für die Betreuung der pflegebedürftigen Menschen standen am Jahresende 2005 im Land Brandenburg 829 Pflegeeinrichtungen, die mit den Pflegekassen einen gültigen Versorgungsvertrag abgeschlossen hatten, zur Verfügung, davon 509 Pflegedienste und 320 Pflegeheime.

In Berlin waren es 772 Einrichtungen, 422 ambulante und 350 stationäre Pflegeeinrichtungen (Titelseite).

Die Pflegedienste befanden sich in beiden Ländern fast vollständig in privater und freigemeinnütziger Trägerschaft. Nur drei Einrichtungen im Land Brandenburg wurden durch öffentliche Träger betrieben.

Im stationären Bereich zeigte sich ein deutliches Übergewicht der freigemeinnützigen Träger, gefolgt von privaten Einrichtungen, wobei der Anteil privater Heime in Berlin entschieden höher war als in Brandenburg.

Fünfzehn öffentlich geführten Pflegeheimen in Brandenburg standen 20 in Berlin gegenüber.

Am Jahresende 2005 erhielten im Land Brandenburg 74 600 Personen Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz. Das waren gegenüber dem Jahresende 1999, dem ersten Erhebungsjahr zur Pflegestatistik, 15,9 Prozent Pflegebedürftige mehr.

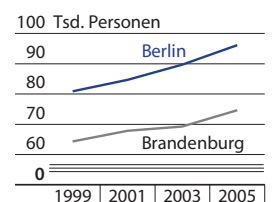
In Berlin lag die Zahl der Leistungsempfänger bei 96 134, das waren 18,9 Prozent bzw. 15 263 Personen mehr als noch am Jahresende 1999.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren dies im Land Brandenburg 2,9 Prozent und in Berlin 2,8 Prozent (Abbildungen 1 und 2).

Obwohl die Anzahl pflegebedürftiger Personen – auch bedingt durch die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung – kontinuierlich steigt, änderten sich die Anteile der zugewiesenen Pflegestufen in beiden Ländern nur unwesentlich.

Die Anzahl der sogenannten Härtefälle, die der Pflegestufe III zugeordnet sind, hat sich in Brandenburg mehr als verdoppelt, in Berlin sogar mehr als verdreifacht.

Abb. 1 Pflegebedürftige im Land Brandenburg und Berlin 1999 bis 2005



Mehr als zwei Drittel aller auf pflegerische Unterstützung Angewiesenen waren in beiden Ländern die Frauen, jeweils 3,9 Prozent der entsprechenden weiblichen Bevölkerung.

In beiden Ländern waren am Jahresende 2005 vier Fünftel der auf Pflege angewiesenen Personen 65 Jahre und älter; 30 Prozent in Brandenburg waren über 85 Jahre alt und in Berlin sogar 35 Prozent in dieser Altersgruppe.

Eine Berufstätigkeit in Pflegeeinrichtungen übten in Brandenburg ca. 20 200 Personen aus, in Berlin waren es ca. 31 800 Personen.

Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten erbrachte ausschließlich ambulante und stationäre Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI). (Tabelle 1)

Ambulante Pflegeeinrichtungen – Pflegedienste

Die Pflegedienste betreuten am Jahresende 2005 im Land Brandenburg 20 639 bedürftige Personen, in Berlin waren es 22 895 Einwohner, darunter in beiden Ländern zu fast drei Viertel Frauen, insbesondere im höheren Alter (Tabelle 2).

Die Pflegequoten (Pflegebedürftige je 1 000 der Bevölkerung) betrugen 8,1 (weiblich 11,6) im Land Brandenburg und 6,7 (weiblich 9,7) in Berlin (Tabelle 2, 3. und 4. Umschlagseite).

7 713 Beschäftigte in den brandenburgischen Pflegediensten und 14 574 in Berliner ambulanten Pflegeeinrichtungen, überwiegend weibliches Personal, betreuten die auf Hilfe und Pflege angewiesenen Personen.

Etwa ein Drittel der Beschäftigten in beiden Ländern übte die Tätigkeit als Vollzeitjob aus, der überwiegende Teil war teilzeitbeschäftigt, wobei dieser Anteil in Berlin höher war als in Brandenburg.

Nur wenige hatten ein Beschäftigungsverhältnis als Praktikant/-in, Schüler/-in, Auszubildende/-r, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr oder Zivildienstleistender.

Die meisten Pflegedienste boten neben den Leistungen nach SGB XI auch Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII und Hilfen nach SGB V – das sind häusliche Krankenpflege oder Haushaltshilfe – an, was in Berlin offensichtlich häufiger genutzt wurde als in Brandenburg (Abbildung 3).

Stationäre Pflegeeinrichtungen – Pflegeheime

Das Angebot an stationären Pflegeeinrichtungen umfasste Ende 2005 in:

	Brandenburg	Berlin
Pflegeheime für ältere Menschen	301	317
Pflegeheime für Behinderte	10	4
Pflegeheime für psychisch Kranke	6	20
Pflegeheime für Schwerkranke und Sterbende (z. B. Hospiz)	3	9

Die meisten Pflegeheime boten vollstationäre Dauerpflege an, in Brandenburg 274 Heime (86 Prozent) und in Berlin 279 (78 Prozent). Die restlichen Heime waren auf Kurzzeit- und/oder Tages-/Nachtpflege spezialisiert, wobei diese Pflegeangebote teilweise auch in den erstgenannten Heimen vorgehalten wurden.

Abb. 2 Pflegebedürftige im Land Brandenburg und Berlin 1999 und 2005 nach Pflegestufen

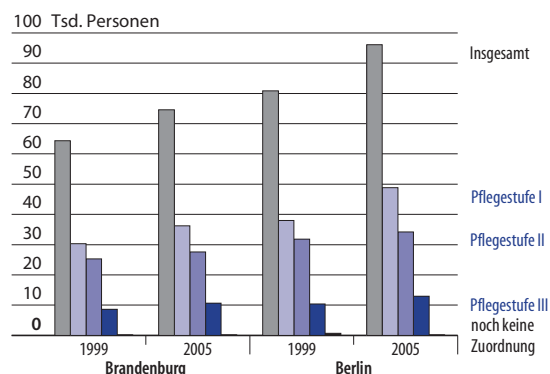
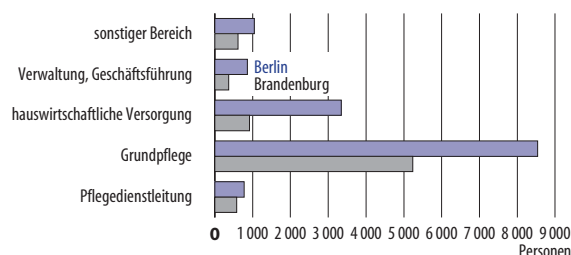


Abb. 3 Beschäftigte in Pflegediensten im Land Brandenburg und Berlin 2005 nach Tätigkeitsbereichen



Tab. 1 Anteil pflegebedürftiger Personen im Land Brandenburg und Berlin 1999 und 2005 nach Leistungsarten

Leistungsart	Brandenburg		Berlin	
	1999	2005	1999	2005
	%			
Ambulante Pflege.....	24,0	27,7	22,8	23,8
Stationäre Pflege.....	24,4	27,9	29,2	27,9
Pflegegeld ohne Kombinationsleistungen ...	51,6	45,4	48,0	48,3
Insgesamt	100	100	100	100

Tab. 2 Pflegebedürftige in Pflegediensten im Land Brandenburg und Berlin 2005 nach Altersgruppen, Pflegestufen und Geschlecht

Im Alter von ... Jahren	Pflegebedürftige					
	Brandenburg			Berlin		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Pflegestufe						
unter 15	39	23	16	15	11	4
15 bis unter 60 ...	1 360	742	618	1 950	1 029	921
60 bis unter 85 ...	12 476	3 692	8 784	12 201	3 666	8 535
85 bis unter 90 ...	3 567	669	2 898	4 008	649	3 359
90 bis unter 95 ...	2 479	427	2 052	3 457	471	2 986
95 und älter	718	133	585	1 264	153	1 111
Insgesamt	20 639	5 686	14 953	22 895	5 979	16 916
davon						
Pflegestufe I	10 241	2 625	7 616	11 558	2 839	8 719
Pflegestufe II ...	7 706	2 131	5 575	8 705	2 247	6 458
Pflegestufe III ...	2 692	930	1 762	2 632	893	1 739
darunter Härtefälle ...	38	18	20	90	46	44

Abb. 4 **Pflegebedürftige und verfügbare Plätze im Land Brandenburg und Berlin im Jahr 2005**

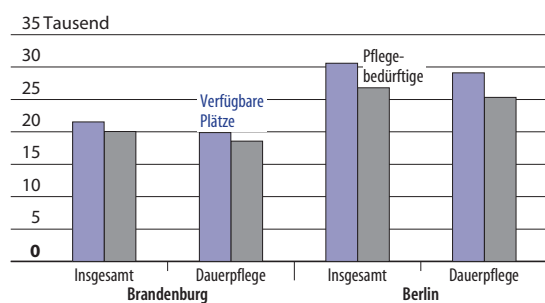
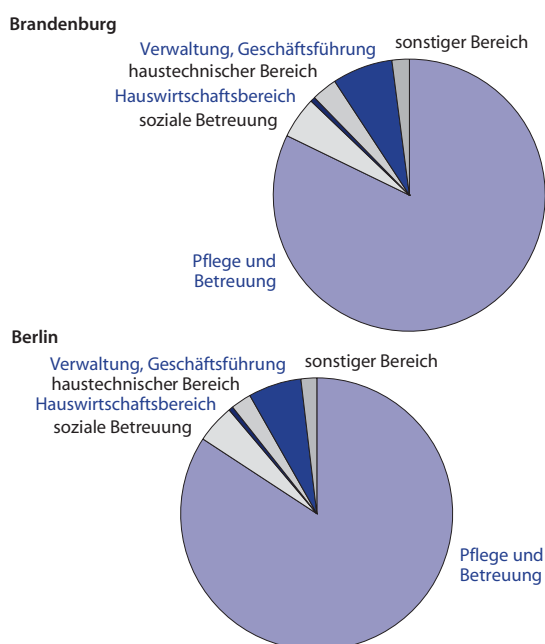


Abb. 5 **Beschäftigte in Pflegeheimen im Land Brandenburg und Berlin 2005 nach Tätigkeitsbereichen**



Tab. 3 **Pflegebedürftige in Stationären Pflegeeinrichtungen im Land Brandenburg und Berlin 2005 nach Altersgruppen, Pflegestufen und Geschlecht**

Im Alter von ... Jahren	Pflegebedürftige					
	Brandenburg			Berlin		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
unter 15	1	–	1	4	1	3
15 bis unter 60 ...	978	633	345	1 315	801	514
60 bis unter 85 ...	10 385	3 234	7 151	11 733	3 779	7 954
85 bis unter 90 ...	3 650	493	3 157	5 100	673	4 427
90 bis unter 95 ...	3 671	397	3 274	5 837	542	5 295
95 und älter	1 383	124	1 259	2 825	209	2 616
Insgesamt	20 068	4 881	15 187	26 814	6 005	20 809
davon						
Pflegestufe I	5 564	1 532	4 032	8 222	2 080	6 142
Pflegestufe II ...	9 345	2 123	7 222	11 450	2 395	9 055
Pflegestufe III ...	5 006	1 166	3 840	6 955	1 463	5 492
darunter Härtefälle	421	152	269	786	240	546
Noch keine Zurodnung....	153	60	93	187	67	120

Insgesamt standen in Brandenburg 21 540 Pflegeplätze zur Verfügung, darunter 92 Prozent für vollstationäre Dauerpflege. In Berlin wurden 30 599 verfügbare Plätze gemeldet, 95 Prozent für vollstationäre Dauerpflege. Die Plätze im Dauerpflegebereich befanden sich überwiegend in 1-Bett- und 2-Bettzimmern.

Die Auslastung der vollstationären Plätze für Dauerpflege lag in Brandenburg bei 93,5 Prozent und in Berlin bei 86,9 Prozent (Abb. 4).

Auch in den Pflegeheimen wurden zu drei Viertel weibliche Pflegebedürftige betreut, wobei die Anteile der älteren Frauen noch höher lagen als bei der Betreuung durch Pflegedienste (Tabelle 3).

Zur Betreuung der hauptsächlich älteren Menschen in den Heimen standen in Brandenburg 12 497 Personen und in Berlin 17 178 Beschäftigte zur Verfügung (Abbildung 5). Der Anteil vollbeschäftigter Personen war in Berlin mit 53 Prozent deutlich höher als in Brandenburg (36 Prozent).

Bezogen auf den Berufsabschluss stand zur Erfüllung der Pflege- und Betreuungsaufgaben in den Pflegeheimen in beiden Ländern überwiegend Fachpersonal zur Verfügung. Die Anteile von Beschäftigten mit sonstigem oder ohne Berufsabschluss betrugen in Brandenburg 42 Prozent und in Berlin 33 Prozent. (Im ambulanten Bereich lagen diese bei 21 bzw. 31 Prozent.)

Pflegegeld

Am Jahresende 2005 erhielten 36 424 Brandenburger Pflegegeld, 39,8 Prozent Männer und 60,2 Prozent Frauen. Darunter griffen 2 531 Personen auf die Möglichkeit der Kombination von Geld- und Sachleistungen zurück, d. h. Geldleistung und ambulante oder stationäre Hilfe.

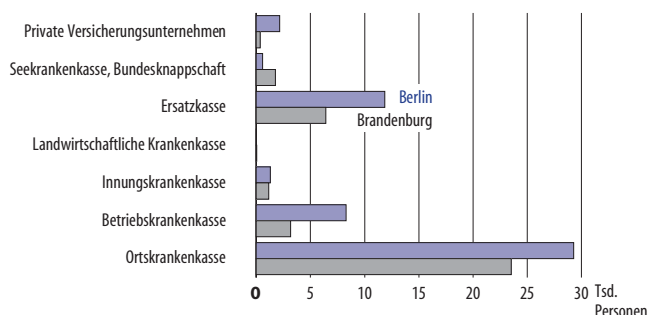
In Berlin nahmen 53 503 Pflegebedürftige diese Leistung entgegen, 36,6 Prozent Männer und 63,4 Prozent Frauen. Die Kombination der Leistungsarten nutzten 7 078 Berliner Männer und Frauen.

Die Pflegebedürftigen, die in Brandenburg und Berlin ausschließlich Pflegegeld in Anspruch nahmen, wurden grundsätzlich von Familienangehörigen oder Bekannten und Nachbarn in ihrer oder deren Umgebung betreut und gepflegt.

Bei diesen Leistungsempfängern lagen die Frauenanteile sowohl in Brandenburg als auch in Berlin niedriger als die Anteile bei der ambulanten und stationären Pflege.

Pflegegeld wurde in beiden Ländern zu ca. 90 Prozent für Leistungsempfänger der Pflegestufen I und II gezahlt.

Abb. 6 **Pflegegeldempfänger/-innen im Land Brandenburg und Berlin am 31. 12. 2005 nach Leistungsträgern**



Sven Hollenberg

Die Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Wirkungen auf die Berliner Ergebnisse von Inlandsprodukt und Wertschöpfung



Methodische Neuerungen

Im Mittelpunkt der Revision 2005 stehen drei markante Neuheiten, welche auch insbesondere für die regionalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Folgen haben:

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in regelmäßigen Abständen Revisionen durchgeführt, in welchen es vor allem um die Einarbeitungen verbesserter Berechnungsgrundlagen und -methoden sowie die Einführung neuer Konzepte, Definitionen und Klassifikationen geht. Die letzte Revision in den Gesamtrechnungen wurde zum Berichtsjahr 2005 umgesetzt. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich eingangs mit den methodischen Neuerungen, die im Rahmen der Revision 2005 eingeführt wurden. Darauf folgend werden anhand des Bruttoinlandsproduktes und der Bruttowertschöpfung in Deutschland und Berlin, in den Jahren 1991 bis 2004, die Wirkungen auf die statistischen Ergebnisse dargestellt.

- Übergang von Festpreisbasis auf eine jährlich wechselnde Vorjahrespreisbasis für die preisbereinigten Ergebnisse,
- Neubehandlung der Berechnung und Aufteilung der unterstellten Bankgebühr (FISIM),
- Nutzung neuer Ausgangsstatistiken, insbesondere der Dienstleistungsstatistik.

Des Weiteren wurden zwar nur auf nationaler Ebene aber, mit Konsequenzen für die Regionalrechnung, die Anwendung hedonischer Preisindizes für bestimmte Waren sowie die Einführung einer vierteljährlichen Schnellkostenstrukturerhebung umgesetzt.

Preisbereinigung auf Vorjahrespreisbasis

Mit Entscheidung 98/715/EG¹ der Europäischen Kommission vom 30. November 1998 wurde verbindlich definiert: „Die auf der elementaren Aggregationsebene abgeleiteten Volumenmaße werden mit Gewichten aggregiert, die

aus dem Vorjahr abgeleitet werden.“² Der Wechsel zur Vorjahrespreisbasis in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgt dabei konzeptionell den Empfehlungen des internationalen System of National Accounts (SNA).

Bisher wurde die Deflationierung der nominalen Größen mittels eines Preisindex durchgeführt, welcher auf ein bestimmtes Basisjahr festgelegt war. Dieses wechselte im Rhythmus der regelmäßig stattfindenden Revisionen, meist alle fünf Jahre. Kritisiert wird am bisherigen Konzept vor allem, dass die Preisrelationen aus einem Basisjahr für die Folgejahre immer weniger Relevanz besitzen.³ Aus diesem Grund

ist sie für eine Rückrechnung in die Vergangenheit ökonomisch recht zweifelhaft. Nicht nur, dass die Annahme fester Preise sehr hypothetische Ergebnisse erzeugt, sie führt bei Wechsel des Basisjahres auch zu einer Veränderung wichtiger Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Vergangenheit. So bringt der Wechsel beispielsweise neue reale Veränderungsdaten mit sich, die allein auf den Verschiebungen der Preisrelationen gegenüber dem alten Basisjahr beruhen.⁴

Seit der Revision 2005 werden die nominalen Ergebnisse des Berichtsjahres rechnerisch mittels Preisindizes deflationiert, die auf den Jahresdurchschnitt des Vorjahres normiert sind.⁵ Über die einzelnen Jahre wird so eine Sequenz von Jahresergebnissen in konstanten Preisen des Vorjahres ermittelt. Daraus können Messzahlen und Veränderungsraten berechnet werden. Durch Verkettung, im englischen „Chaining“, der Messzahlen lässt sich eine vergleichbare Zeitreihe ermitteln. Grundlage dieser ist die Normierung auf ein frei wählbares Basisjahr, welches gleich 100 gesetzt wird. Mithilfe der so genannten Kettenindizes ist eine Vergleichbarkeit in den Zeitreihen möglich. Bei Multiplikation der Kettenindizes mit dem absoluten Wert aus dem normierten Basisjahr erscheinen als Ergebnis verkettete Absolutwerte.

Problematisch bei der Rechnung mit Vorjahrespreisen sind vor allem folgende Punkte:

- Durch die ständige Aktualisierung der Preis- und Mengeneinflüsse sind Vergleiche verschiedener Berichtsjahre nicht aussagekräftig.⁶
- Die verketteten Absolutwerte der Teilaggregate sind nicht mehr zu einer sinnvollen Größe summierbar.⁷ Das heißt, die Summe der verketteten Teilaggregate ist ungleich der Höhe des entsprechenden verketteten Aggregates.
- Das Basisjahr ist frei wählbar. Dies kann unter anderem zum Missverständnis beim Vergleich verschiedener Volkswirtschaften führen.

Aufgrund der angeführten Probleme mit den Absolutwerten werden, um mögliche Irritationen oder Fehlinterpretationen zu vermeiden, vom Statistischen Bundesamt und den jeweiligen Landesämtern bei den Volumenangaben ausschließlich Kettenindizes veröffentlicht. Daneben stehen Veränderungsraten sowie Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt im Mittelpunkt.

Am Regionalisierungsverfahren zur Deflationierung ändert sich, trotz der konzeptionellen Änderungen durch die Revision 2005, nichts. Es werden weiterhin, über die Top-down-Methode, die Bundeswerte auf die Regionen geschlüsselt.⁸

¹ zur Klarstellung von Anhang A der Verordnung EG Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 hinsichtlich der Grundsätze zur Preis- und Volumenmessung (ABl. EG Nr. L 3405.33).

² Entscheidung 98/715/EG der Europäischen Kommission, Anhang I, Grundsatz 3 Vgl. Braakmann/ Hartmann/ Rätz/ Strohm (2005), Seite 429

³ vgl. [1] S. 429

⁴ vgl. [9] S. 31

⁵ vgl. [1] S. 18

⁶ vgl. [7] S. 18

⁷ vgl. [1] S. 430

⁸ vgl. [9] S. 31

FISIM als Bankdienstleistungsentgelt

Durch die Verordnung (EG) Nr. 1889/2002 vom 23. Oktober 2002 (ABl. EG Nr. L 286 S.11) beschloss der Europäische Rat eine methodische Änderung hinsichtlich der Behandlung der unterstellten Bankgebühr innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Europäischen Union. Ziel sollte eine wesentlich bessere Methodik gegenüber dem ESVG 1995 sein, um einen genaueren Vergleich der Höhe des Bruttoinlandsproduktes innerhalb der EU zu ermöglichen. Hintergrund ist die Frage nach der Messung des Produktionswertes von Bankdienstleistungen sowie deren Verwendung. Problematisch ist, dass für Dienstleistungen im Bankgeschäft, speziell bei Krediten und Einlagen, keine expliziten Preise existieren oder gezahlt werden.⁹

Bisher ist bei den Kreditinstituten als Produktionswert im Einlagen- und Kreditgeschäft die Zinsmarge zwischen Soll- und Habenzins angesetzt worden (ohne Zinsen auf eigene Mittel). Da eine Zuordnung auf die jeweiligen Verbraucher in den Wirtschaftszweigen aufgrund von fehlenden Informationen nicht möglich war, wurde dieser Wert einer fiktiven Einheit zugerechnet. Um Doppelerfassung zu vermeiden, musste die Marge als Vorleistung von der gesamten unbereinigten Bruttowertschöpfung subtrahiert werden.¹⁰ Die Betrachtung der gesamten Bankdienstleistung aus dem Kredit- und Einlagengeschäft als Vorleistung führte zu einem niedrigeren Ausweis des Bruttoinlandsproduktes und daraus folgender Aggregate. Grund ist, dass ein Teil dieser Dienstleistung in den letzten Konsum einfließt, speziell in den Konsum der privaten Haushalte und daher als nicht als Vorleistung betrachtet werden kann.¹¹ Entsprechend war das bisherige Bruttoinlandsprodukt untererfasst.

Neu ist die Berechnung des Produktionswertes sowie dessen Aufteilung nach Verwendern. Der zentrale Punkt der FISIM¹² ist die Annahme eines reinen Zinssatzes, folgend Referenzrate genannt, welcher frei von Dienstleistungs- und Risikozuschlägen ist.¹³ Diese Rate ist für Einleger und Kreditnehmer gleich hoch (Abbildung 1).

Allgemein lassen sich für die FISIM gegenüber der unterstellten Bankgebühr drei wesentliche Änderungen¹⁴ aufzeigen:

- FISIM wird nur in den Teilsektoren „Kreditinstitute“ und „sonstigen Finanzinstituten“ – je ohne Investmentfonds – produziert. Der Produktionswert der Zentralbank wird als Summe der administrativen Kosten berechnet. Bisher wurde er analog zum Produktionswert der Banken bestimmt.
- FISIM entsteht nur in Zusammenhang mit Krediten und Einlagen (Sichteinlagen und Sonstige Einlagen). Bisher waren zusätzlich von Banken gehaltene Wertpapierbestände (Aktiv) und Bankschuldverschreibungen (Passiv) enthalten.¹⁵
- FISIM ergibt sich aus der Differenz zwischen den tatsächlichen und den zum Referenzzins bestimmten Zinsen.¹⁶

1. Kredite:

Produktionswert = Kreditzins – Referenzzins

2. Einlagen:

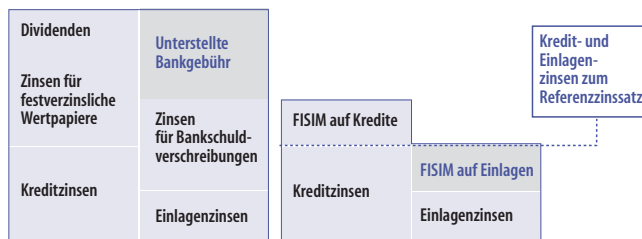
Produktionswert = Referenzzins – Einlagenzins

Der entstandene Produktionswert wird in der Entstehungsrechnung direkt den finanziellen Kapitalgesellschaften als Dienstleistungsentgelt zugerechnet. Der Anteil an der FISIM, der von produzierenden Wirtschaftseinheiten verbraucht wird, stellt eine Vorleistung dar und wird den einzelnen Verwendungsaggregaten als solche zugeschrieben. Daraus resultierend ändert sich die an der Bruttowertschöpfung gemessene Wirtschaftsstruktur.¹⁷ Der verbleibende Teil der FISIM, welcher nicht als Vorleistung anzusehen ist, erhöht genau um diesen Betrag das Bruttoinlandsprodukt und damit auch die Einkommen. In der Verwendungsrechnung schlägt sich diese Erhöhung als Konsum der Bankdienstleistung durch die privaten Haushalte nieder.

Unproblematisch ist diese Methodik allerdings nicht. So fehlen weiterhin Informationen über die wirkliche Inanspruchnahme der Bankdienstleistung nach Bundesländern; das heißt, es gibt auch künftig keine geeignete Methode, die FISIM zu regionalisieren. Letztendlich wird sie mittels der Koordinierung regionalisiert, da keine anderen Quellen der Zuordnung zur Verfügung stehen.

Ebenso fehlen genauere Informationen über die Verteilung auf die Vorleistungen in den Wirtschaftszweigen. Der durch das Bundesamt angewendete Schlüssel bezieht sich auf die Produktionswerte. Die Unterstellung, dass Kredite und Einlagen proportional zu den Produktionswerten in Anspruch genommen werden, ist dabei sehr fraglich. Leider verfügt das Bundesamt aber über keine aussagekräftigen Statistiken.¹⁸

Abb. 1 Berechnung: Unterstellte Bankgebühr und FISIM



Annahme: Kreditbestand = Einlagenbestand

9 vgl. [1] S. 435

10 Ergebnis war die bereinigte Bruttowertschöpfung; mit der Revision 2005 und Einführung der neuen Methodik fallen diese Begriffe weg.

11 vgl. [10] S. 36

12 Um die Änderung der Methodik auch sprachlich hervorzuheben, wird nun anstelle von „Unterstellter Bankgebühr“ von „FISIM“ gesprochen; dies steht für: Financial Intermediation Services Indirectly Measured; (deutsch: Finanzservicelieferung, indirekte Messung.)

13 vgl. [4] S. 5

14 vgl. [3] S. 711 f.

15 Da zwischen altem und neuem Konzept ein Unterschied der Höhe des Betrages vorliegt, wird jetzt von Total FISIM (Wert nach neuem Konzept) und Global FISIM (Wert nach altem Konzept) gesprochen (vgl. [4] S. 7)

16 vgl. [3] S. 711

17 vgl. [10] S. 36

18 vgl. [10] S. 36

Tertiärisierung der Wirtschaft erfordert Dienstleistungsstatistiken

Die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Europäischen Rates vom 20. Dezember 1996 (ABl. EG Nr. 14 vom 17.01.1997, S. 1–24) regelt die Einführung einer „Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich“, welche amtliches Zahlenmaterial als Grundlage für Analysen des Strukturwandels in den Wirtschaftszweigen liefern und zur Verbesserung der Gesamtrechnungen beitragen soll. Für den bisher statistisch wenig beachteten Dienstleistungsbereich, insbesondere in den Bereichen „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sowie „Vermietung, Verpachtung und unternehmensbezogene Dienstleistungen“, ergeben sich neue Erkenntnisse, wie beispielsweise Strukturinformationen über die Kostenarten der Unternehmen.¹⁹ In dieser Statistik werden Daten von rechtlich selbstständigen Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit erhoben. Der Erhebungsinhalt lässt sich dabei in vier Komplexe zerlegen:²⁰

- Angaben zur Kennzeichnung des Unternehmens oder der Einrichtung zur freiberuflichen Tätigkeit,
- Tätige Personen sowie Löhne und Gehälter,
- Umsätze, Vorleistungen sowie Steuern und Subventionen,
- Investitionen.

Allerdings bringt diese Statistik bislang noch nicht den erhofften Nutzen. So findet sie beispielsweise in der Erwerbstätigenrechnung nur geringen Einsatz und dient lediglich für Strukturinformationen. Im Bereich „Verkehr der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ ersetzt die Dienstleistungsstatistik die bisher angewendete Umsatzsteuerstatistik.

Ergebnisse in jeweiligen Preisen

Dieser Abschnitt beschäftigt sich vor allem mit einem Vergleich der Bruttowertschöpfung vor und nach Revision 2005, in der Tiefe A17 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), für Deutschland, also auch für Berlin, in den Jahren 1991 bis 2004. Aufgrund von fehlenden oder sehr ungenauen Informationen gestaltet es sich allerdings sehr schwierig, die genauen konzept- und datenbedingten Änderungen zu quantifizieren. Aus diesem Grund wird oftmals nur auf die Ursachen hingewiesen, ohne diese speziell abzugrenzen. Insbesondere für die Regionalrechnung, hier für Berlin, gibt es keine klare Aussage über revisionsbedingte Änderungen. Ausnahme auf nationaler Ebene bildet das Jahr 2000. Hier wurden durch das Statistische Bundesamt²¹ die entsprechenden Differenzen für Deutschland in daten- und konzeptbedingte Änderung aufgeteilt, allerdings nur auf Ebene der A6. Dieses Zahlenmaterial wird mit in die Betrachtung einbezogen. Auf regionaler Ebene liegen solche Daten, aufgrund der von den Bundesergebnissen abgeleiteten Rechenverfahren, nicht vor.

Die folgende Gegenüberstellung der Ergebnisse dient hauptsächlich der Darstellung von revisionsbedingten Änderungen insgesamt. Die sich ergebenden Differenzen resultieren aus Ursachenbündeln, sodass Rückschlüsse auf einzelne Faktoren nicht möglich sind.

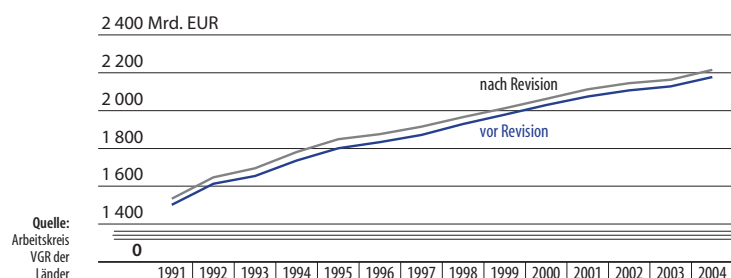
Zur Erinnerung: Änderungen durch die Revision 2005, welche die Bruttowertschöpfung und daraus folgend das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen betreffen, sind vor allem die Neubehandlung der FISIM, die neue Dienstleistungsstatistik und die Schnellkostenstrukturerhebung.

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Ein Vergleich der aggregierten Bruttowertschöpfung vor und nach Revision ist sicherlich lohnend. Zu beachten ist, dass bisher die unterstellte Bankgebühr einem fiktiven Bereich zugerechnet wurde und am Schluss – aufgrund fehlender Informationen über den Verbrauch in den Wirtschaftszweigen – global von der gesamten Bruttowertschöpfung abgezogen werden musste. Dadurch entstand die Differenz von unbereinigter Wertschöpfung und bereinigter. Da mit der Revision der Vorleistungsverbrauch in Form von Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen direkt den Wirtschaftszweigen zugerechnet wird, fällt die Trennung in bereinigte und unbereinigte Bruttowertschöpfung weg. Da für einen sinnvollen Vergleich die Größen auf einem vergleichbaren Niveau sein sollten, ergibt sich kein Nutzen aus einer Gegenüberstellung von unbereinigter Bruttowertschöpfung vor Revision und der Wertschöpfung nach Revision. Daher kann für eine erste Betrachtung der aggregierten Werte nur die bereinigte Bruttowertschöpfung herangezogen werden. Da allerdings der Saldo aus Gütersteuern und -subventionen nahezu unverändert geblieben ist, variiert zwar die Höhe zwischen Bruttoinlandsprodukt und der Wertschöpfung, doch die Entwicklung und die Differenzen zu den Vorrevisionswerten sind jeweils annähernd gleich (Abbildung 2).

Es zeigt sich für das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland über den gesamten Zeitraum ein höheres Niveau als zuvor. Hierbei spielt insbesondere die Neubehandlung der unterstellten Bankgebühr eine Rolle. Da diese nun nicht mehr pauschal als Vorleistung abgezogen wird, erhöht sich folglich die Bruttowertschöpfung insgesamt und damit auch das Bruttoinlandsprodukt. Dieser Anstieg resultiert aus der Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen durch die Privaten Haushalte, welche in die letzte Verwendung eingehen.

Abb. 2 **Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in Deutschland 1991 bis 2004 vor und nach der Revision**

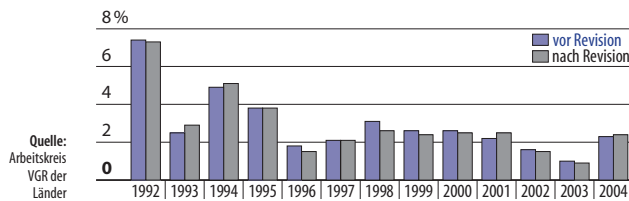


19 vgl. [7] S. 19

20 vgl. [12] S. 5

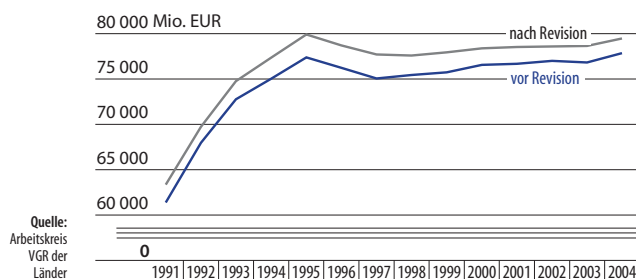
21 vgl. [1] S. 38 ff.

Abb. 3 Veränderungsrates des Bruttoinlandsproduktes in jeweiligen Preisen in Deutschland 1992 bis 2004 vor und nach der Revision



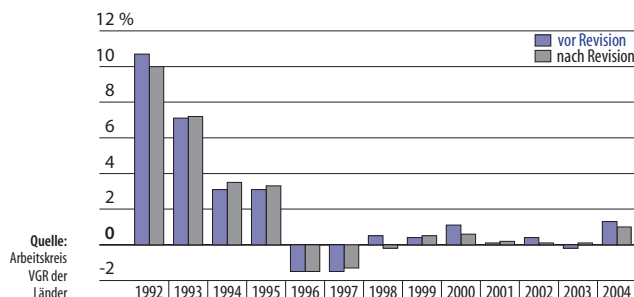
Quelle:
Arbeitskreis
VGR der
Länder

Abb. 4 Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in Berlin 1991 bis 2004 vor und nach der Revision



Quelle:
Arbeitskreis
VGR der
Länder

Abb. 5 Veränderungsrate des Bruttoinlandsproduktes in jeweiligen Preisen in Berlin 1992 bis 2004 vor und nach der Revision



Quelle:
Arbeitskreis
VGR der
Länder

Die Nachrevisionsergebnisse liegen mit 1,6 Prozent bis 2,6 Prozent über den bisherigen Werten. Würde die FISIM isoliert betrachtet, läge der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes zwischen 1,2 Prozent und 2,2 Prozent.²²

Bei Betrachtung der Veränderungsrates des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland (Abbildung 3) zeigt sich ein nahezu identischer Verlauf. Das Wachstum nach Revision weicht mit –0,5 Prozentpunkten bis 0,4 Prozentpunkten von dem bisherigen ab. Folglich führte die Revision 2005 zwar zu Veränderungen des Niveaus, aber die Entwicklung blieb innerhalb der betrachteten Zeitreihe nahezu erhalten.

Wie aus Abbildung 4 sichtbar wird, lag das Berliner Bruttoinlandsprodukt nach Revision ebenfalls im gesamten betrachteten Zeitraum über dem Vorrevisionswert. Dabei liegt die Abweichung zwischen 1 587,21 Millionen EUR und 2 653,17 Millionen EUR, was einer relativen Änderung von 2,1 Prozent bis 3,5 Prozent entspricht, also etwas mehr als im gesamten Bundesgebiet.

Auch für Berlin zeigen sich nahezu unveränderte Veränderungsrates des nominalen Bruttoinlandsproduktes. Die Abweichungen bewegen sich im Rahmen von –0,7 Prozentpunkten bis hin zu 0,3 Prozentpunkten (Abbildung 5).

Die Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen

Aufgrund der bereits angeführten fehlenden Informationen kann die FISIM als Vorleistung nicht den jeweiligen Wirtschaftsbereichen der Wertschöpfung zugeordnet werden. Da aber vermutlich fast jede produzierende Einheit Bankdienstleistungen für ihren Produktionsprozess in Anspruch nimmt, wird die Vorleistung entsprechend erhöht und die Bruttowertschöpfung in entsprechender Höhe gemindert. Durch die weiteren Faktoren der Revision kann diese Senkung des Niveaus der Wertschöpfung verstärkt oder auch aufgehoben werden. Die Minderung ist in jedem Falle in den Abweichungen enthalten. Im Folgendem sollen die Wirtschaftszweige mit den größten Änderungen durch die Revision aufgezeigt werden.

Produzierendes Gewerbe

Mit Differenzen zwischen –1,33 und 0,05 Milliarden EUR ist im Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (C) nur eine sehr verhaltene Wirkung erkennbar. Dagegen zeigt sich im Verarbeitenden Gewerbe (D) mit einer Spanne von –6,34 Milliarden EUR bis hin zu 2,98 Milliarden EUR mehr Bewegung. In beiden Bereichen schlägt sich unter anderem eine neu eingeführte jährliche Strukturerhebung für kleine Unternehmen nieder. Hierfür wurden neue Merkmale, wie beispielsweise der Gesamtumsatz, Bruttoinvestitionen oder der Materialaufwand, verwendet. In Folge zeigten sich bisher zu hoch angesetzte Produktionswerte und Vorleistungen. Allerdings hat die Statistik erst ab den Jahren 2001 und 2002 einen Einfluss auf die Bruttowertschöpfung. Neben der neuen Erhebung wurden auch die Zuschlagsätze für Schwarzarbeit sowie für den Eigenverbrauch aktualisiert.

Für Deutschland zeigt sich im aggregierten Bereich „Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe“ im Jahr 2000 eine datenbedingte Änderung in Höhe von 8,16 Milliarden EUR, konzeptbedingt 6,12 Milliarden EUR. Für das Baugewerbe liegt der datenbedingte Wert bei 0,64 Milliarden EUR sowie der konzeptbedingte bei –1,99 Milliarden EUR.

Da insbesondere (C) nur einen geringfügigen Teil der gesamten Bruttowertschöpfung in Berlin ausmacht, ist die Änderungen mit –0,98 Millionen EUR bis hin zu 12,18 Millionen EUR verschwindend gering. Für das Verarbeitende Gewerbe zeigen sich dagegen bedeutendere Schwankungen. Diese liegen zwischen –150,87 Millionen EUR und 599,48 Millionen EUR.

Handel, Gastgewerbe und Verkehr

Hier wird differenziert zwischen den einzelnen Bereichen „Handel“; „Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ (G), „Gastgewerbe“ (H) sowie „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (I).

²² vgl. [6] S. 469

Der Bereich (G) zeigt dabei Abweichungen im Rahmen von –1,31 Milliarden EUR bis hin zu 7,25 Milliarden EUR. Insbesondere durch eine neue Jahresehebung in der Handelsvermittlung konnten neue Informationen über Vorleistungen und Handelswaren gewonnen werden. Infolgedessen stiegen die Produktionswerte deutlich an.

Das Gastgewerbe verzeichnet mit Differenzen zwischen –0,72 Milliarden EUR und 8,13 Milliarden EUR eine markant höhere Bruttowertschöpfung als vor der Revision. Einer der Gründe findet sich in der Anhebung des Zuschlages für Untererfassung.

Für den Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sieht es dagegen anders aus: Die Spanne der Änderungen liegt mit –1,01 Milliarden EUR bis –15,68 Milliarden EUR deutlich unter den bisherigen Werten. Hier greift vor allem die neue Dienstleistungsstatistik. Die hier entnommenen Daten zu den Vorleistungsquoten sorgen für große Korrekturen. In der Revision 2005 wurde auch die 1999 durchgeführte Teilung der Deutschen Bahn AG beachtet. Auch wenn sie für den gesamten Bereich „Verkehr“ wertschöpfungsneutral verlief, so zeigen sich in tieferer Gliederung entsprechende Veränderungen.

Für den aggregierten Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ ergaben sich im Jahr 2000 in Höhe von 7,97 Milliarden EUR datenbedingte und mit einer Summe von –4,15 Milliarden EUR konzeptbedingte Änderungen.

In Berlin ist die Bruttowertschöpfung für (G) mit Ausnahme des Jahres 2004 (–284,44 Millionen EUR) immer größer als vor der Revision 2005. Dabei wird mit 221,66 Millionen EUR der höchste Anstieg erreicht.

Im Gastgewerbe reichen die Änderungen von –13,66 Millionen EUR bis hin zu 829,48 Millionen EUR. Wie auf Bundesebene nimmt im Laufe der Zeitreihe die positive Differenz weiter zu.

Für den Berliner Bereich (I) lässt sich in den Jahren 1991 bis 1997 eine höhere Bruttowertschöpfung ausweisen. Diese liegt bis zu 396,47 Millionen EUR über den bisherigen Werten. Ab 1998 bis 2004 sank der Wert nach Revision unter das Vorrevisionsniveau, wobei die tiefste Abweichung bei 697,45 Millionen EUR liegt.

Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister

Im Mittelpunkt stehen die Bereiche „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ (J) sowie „Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ (K). Da die FISIM als Dienstleistungsprodukt der Kreditinstitute ausschließlich in (J) entsteht, wird die Differenz aus FISIM und unterstellter Bankgebühr zusätzlich dargestellt.

Abb. 6 Revisionsbedingte Differenz der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen im Kredit- und Versicherungsgewerbe und FISIM¹ in Deutschland 1991 bis 2004

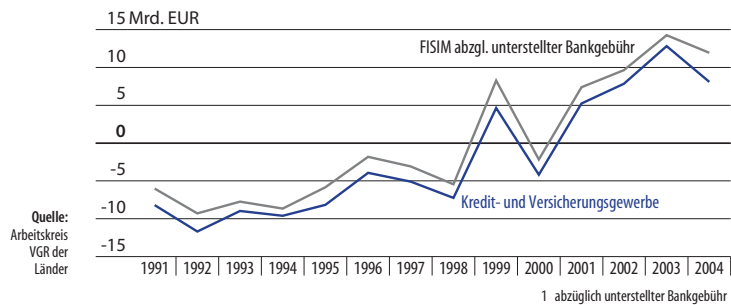
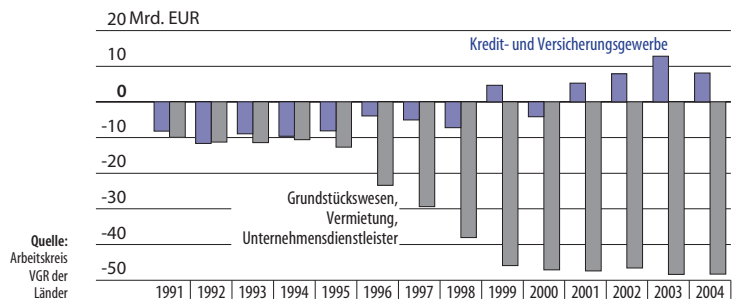


Abb. 7 Revisionsbedingte Differenz der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister in Deutschland 1991 bis 2004



Der Vergleich der Differenz aus neuer und alter Bankgebühr mit den Abweichungen von Kredit- und Versicherungsgewerbe zeigt nur geringe Unterschiede (Abbildung 6). Eine negative Differenz bedeutet dabei, dass der Wert der Bankgebühr nach Revision niedriger ist als zuvor und damit der Produktionswert in diesem Wirtschaftszweig ebenfalls geringer ausfällt. Daraus resultiert ein geringeres Niveau der Bruttowertschöpfung. Folglich sind die Änderungen beim Kredit- und Versicherungsgewerbe vermutlich im großen Maß auf die Unterschiede im Niveau der Bankgebühr zurückzuführen. Daneben wird nun der Wertschöpfungsanteil der Deutschen Bundesbank nach dem Kostenansatz berechnet. Des Weiteren werden jetzt die geringfügig Beschäftigten im Kreditgewerbe beim Arbeitnehmerentgelt berücksichtigt (Abbildung 6).

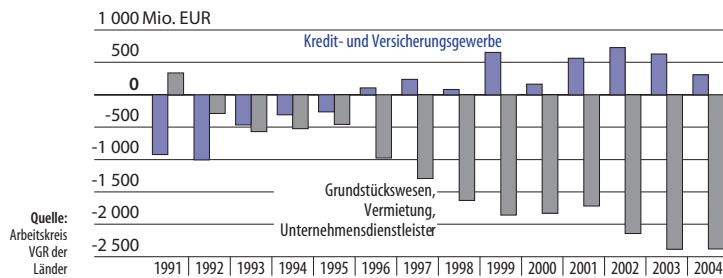
Für (K) zeigen sich die größten Abweichungen auf diesem Aggregationsniveau. Der Saldo bewegt sich zwischen –9,95 Milliarden EUR und –48,29 Milliarden EUR. Hier schlagen vor allem die neuen Ergebnisse aus dem Mikrozensus durch. Da bisher die Zahl der leer stehenden Wohnungen²³ unterschätzt²⁴ wurde, ist der Produktionswert deutlich nach unten korrigiert worden, was zu Abbildung 7 einer drastischen Senkung der Bruttowertschöpfung führte (Abbildung 7).

In den regionalen Gesamtrechnungen liegen bisher keine Angaben über die FISIM-Anteile vor. Wie bereits angeführt, wird sie implizit über die Koordination übertragen, so auch für Berlin.

²³ für die keine Miete gezahlt wird

²⁴ Allerdings blieb der Bestand an Wohnungen nahezu konstant.

Abb. 8 Revisionsbedingte Differenz der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister in Berlin 1991 bis 2004



Für den gesamten Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ in Deutschland ergaben sich im Jahr 2000 in Höhe von –31,19 Milliarden EUR datenbedingte Abweichungen. Konzeptbedingt ist der Wert nach Revision um 20,10 Milliarden EUR niedriger als zuvor.

Die revisionsbedingten Änderungen in diesem Wirtschaftszweig zeigen für Berlin einen ähnlichen Verlauf wie auf nationaler Ebene. Dies lässt ähnliche Ursachen vermuten (Abbildung 8).

Im Detail liegt die Bruttowertschöpfung im Kredit- und Versicherungsgewerbe zwischen 1 007,10 Millionen EUR und 727,27 Millionen EUR neben den alten Werten. Für (K) liegt die Spanne zwischen 336,62 Millionen EUR und –2 383,18 Millionen EUR.

Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaftsstruktur wird gemessen am Anteil der Bruttowertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftszweiges an der gesamten Wertschöpfung des Wirtschaftsgebietes (Abbildung 9).

Für Deutschland als auch für Berlin zeigt sich ein Rückgang im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“. Dieser ist insbesondere auf die Korrektur im Bereich „Wohnungswesen“ zurückzuführen. Infolgedessen steigen die relativen Anteile der restlichen Wirtschaftszweige an der gesamten Wertschöpfung (Abbildung 10).

Ergebnisse in Vorjahrespreisen

Auf einen Ausweis der Niveaus des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes soll hier verzichtet werden. Es wird ausschließlich ein Vergleich der Veränderungsraten vorgenommen. Für die Rate nach Revision wird die des Kettenindex verwendet. Grund dafür ist die Nichtveröffentlichung absoluter Werte des bereinigten Bruttoinlandsproduktes in Vorjahrespreisen.

Wie aus Abbildung 11 erkennbar, zeigt sich für die konjunkturelle Entwicklung des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes in Deutschland ein ähnliches Bild wie vor der Revision 2005. Die Wachstumsraten liegen nun im Rahmen von –0,07 Prozentpunkten bis zu 0,41 Prozentpunkten neben denen von vor der Revision.

Auch in Berlin sind die Auswirkungen der Revision 2005 auf den Nachweis des konjunkturellen Verlaufs eher geringfügig.

Zusammenfassung

Die Revision 2005 führte nur zu einer geringen Veränderung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Auch wenn in einigen Wirtschaftsbereichen die Unterschiede etwas größer sind, zeigt sich aggregiert eine nur geringe Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes. Die wichtigere Größe des Wirtschaftswachstums blieb nominal als auch real nahezu identisch zu vorher. Aus der Sicht

Abb. 9 Wirtschaftsstruktur von Deutschland vor und nach der Revision im Jahr 2000 nach Wirtschaftsbereichen

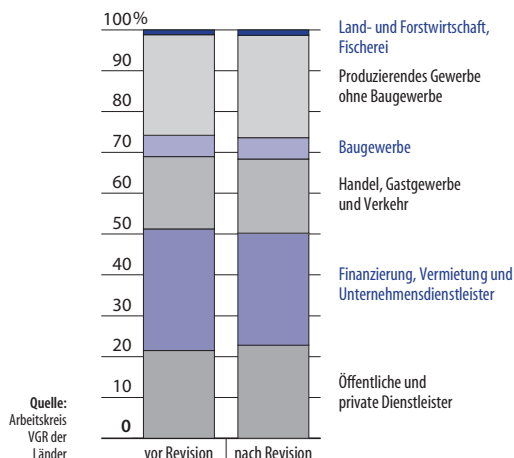


Abb. 10 Wirtschaftsstruktur von Berlin vor und nach der Revision im Jahr 2000 nach Wirtschaftsbereichen

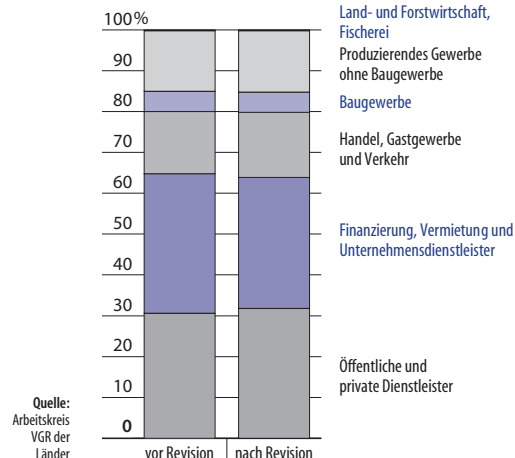
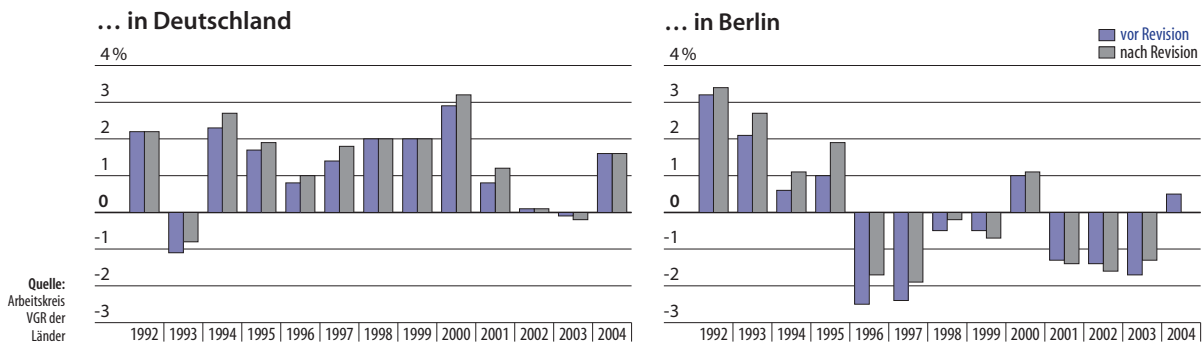


Abb. 11 **Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem Vorjahr vor und nach der Revision 1992 bis 2004 ...**



der Ergebnisse kann daher von einer eher kleineren Revision gesprochen werden. Möglicherweise liegt gerade auch hier der Grund für die fehlende Diskussion in der Öffentlichkeit. Aus methodischer Sicht ist dagegen doch etwas Gewichtigeres passiert, als die Zahlen den Anschein geben. Nicht nur das Konzept und der Berechnungsansatz realer Größen wurden grundlegend reformiert, auch die Behandlung der Entgelte für Bankdienstleistungen ist verbessert worden. Ob sich die Umstellung auf Vorjahrespreise als Basis der Deflationierung nachhaltig durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Es mehren sich die Stimmen, welche einen Rückgang zur Festpreisbasis fordern. Es bleibt weiterhin spannend.

Diplom-Betriebsvolkswirt (FH) Sven Hollenberg absolvierte im Rahmen seiner Ausbildung im Jahr 2006 ein Praktikum im Statistischen Landesamt Berlin – im Bereich Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Literaturverzeichnis

- | | | |
|--|---|--|
| <p>[1] Braakmann/ Hartmann/ Räh/ Strohm (2005): Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004; in: Wirtschaft und Statistik 5/2005.</p> <p>[2] Deutsche Bundesbank (2003): Zur Erfassung des Reiseverkehrs in der Zahlungsbilanzstatistik ab Januar 2001; in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2003.</p> <p>[3] Eichmann (2005): Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM), in: Wirtschaft und Statistik 7/2005.</p> <p>[4] Fachausschuss Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (2003): Sitzung des Fachausschusses Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen am 26. November 2003, Top 2.1.3 „Berechnung und Aufteilung von FISIM“.</p> | <p>[5] Fischer/ Thalheimer: Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder; in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2006.</p> <p>[6] Hinze (2005): Konjunkturschlaglicht „Große“ Revision der VGR; in: Wirtschaftsdienst 7/2005.</p> <p>[7] Kohlhuber (2006): Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Länderebene; in: Bayern in Zahlen 2/2006.</p> <p>[8] Nierhaus (2005): Vorjahrespreisbasis und Chain-Linking in der VGR: Das Wichtigste der neuen Volumenrechnung; in: ifo Schnelldienst 15/2005.</p> <p>[9] Speich (2006a): Deflationierung auf Vorjahrespreisbasis in der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR); in: 10. Konferenz „Messen der Teuerung“.</p> | <p>[10] Speich (2006b): Revision 2005 in den regionalen Gesamtrechnungen; in: ifo Dresden berichtet 2/2006.</p> <p>[11] Statistisches Bundesamt (2005): Qualitätsbericht Jährliche Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich.</p> <p>[12] Statistisches Bundesamt (2006): Qualitätsbericht Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR).</p> |
|--|---|--|

Heike Zimmermann

Arbeitskosten in Berlin im Zeitraum 1992 bis 2004



Vorbemerkung

Die Arbeitskostenerhebung in Deutschland wurde für das Jahr 2004 komplett neu gestaltet. Da sie sich in einigen Punkten von früheren Erhebungen unterscheidet, sind die vorhandenen Daten der Erhebungen von 1992 bis 2000 zur Erhöhung der Aussagekraft und besseren Vergleichbarkeit nach dem veränderten Konzept neu aufbereitet worden. Im Beitrag werden die konzeptionellen Veränderungen der Erhebung ab dem Jahr 2004 und die Ergebnisse für vergleichbare Wirtschaftsbereiche in Berlin für die Jahre 1992 bis 2004 dargelegt.

Bereits für das Jahr 1957 ermittelte die amtliche Statistik in Deutschland im Rahmen der Verdiensterhebungen auch Angaben zu den Arbeitskosten [1]. Seit 1959 fanden entsprechende Erhebungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Staatengemeinschaft nach weitgehend vergleichbaren Konzepten in regelmäßigem Abstand statt [2]. Die vorwiegend auf Verordnungen der Europäischen Union basierende Erhebung wird seit 1984 alle vier Jahre durchgeführt [3, 4]. Seit der Erhebung 1992 sind auch die Daten der neuen Bundesländer und des Ostteils von Berlin enthalten. Für das Jahr 2004 wurde die Arbeitskostenerhebung für Deutschland komplett neu gestaltet und die vorhandenen Daten der Erhebungen 1992 bis 2000 nach dem veränderten Konzept neu aufbereitet. Der vorliegende Beitrag stützt sich auf Daten der Erhebungen der Jahre 1992 bis 2004 für Berlin.

Erhebung erstmals für nahezu alle Wirtschaftsbereiche

Während sich die erste Befragung zu den Aufwendungen für Arbeitnehmer im Jahr 1957 nur an Unternehmen ausgewählter Industriezweige richtete, erfasste die Arbeitskostenerhebung später das gesamte Produzierende Gewerbe und schrittweise den Handel sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Im Jahr 1992 wurde zusätzlich und einmalig der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (Unternehmensnahe Dienstleistungen) in die Erhebung einbezogen und seit 1996 das Gastgewerbe. Für das Jahr 2004 liegen erstmals Ergebnisse für alle Wirtschaftsbereiche vor, mit Ausnahme der Bereiche Landwirtschaft und Private Haushalte (Tabelle 1). Bezogen auf Vollzeit-arbeitsplätze kamen von den in dieser Erhebung repräsentierten Arbeitnehmern in Berlin nur 33 Prozent aus Bereichen, die auch die vorherige Erhebung für das Jahr 2000 abgedeckt hatte.

Grundsätzlich wurden die Arbeitskosten für das Jahr 2004 wie in den vorangegangenen Erhebungsjahren im Rahmen einer Stichprobenerhebung er-

mittelt. Für die Abschnitte Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie Erziehung und Unterricht basieren die Ergebnisse jedoch auf bereits vorhandenen Datenquellen, deren wichtigste die Personalstandsstatistik war [5]. Die modellbasierten Schätzungen in diesen Bereichen wurden für alle Bundesländer nach einheitlicher Methodik im Statistischen Bundesamt durchgeführt.

Zur Grundgesamtheit für die Stichprobenziehung gehörten alle Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern der Bereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Unternehmensnahe Dienstleistungen, sonstige Öffentliche und Persönliche Dienstleister sowie mit Einschränkung des Bereichs Gesundheits- und Sozialwesen [5]. Von den schließlich für die Erhebung ausgewählten Unternehmen wurden detaillierte Angaben zu Arbeitskosten, Arbeitnehmern und Arbeitszeit für das gesamte Unternehmen erfragt und zusätzliche Angaben zu den wichtigsten Merkmalen für ihre örtlichen Einheiten.

Mit der Einbeziehung aller Wirtschaftsbereiche stieg die Zahl der zur Auswahl stehenden Unternehmen in Deutschland gegenüber der Erhebung für das Jahr 2000 um 34 Prozent. In Berlin hat sich die Anzahl der Unternehmen in der Grundgesamtheit mehr als verdoppelt. Das Ziel, die Erweiterung des Erhebungsbereichs ohne zusätzliche Belastungen für die Unternehmen insgesamt zu realisieren, konnte nur auf Kosten verlässlicher Länderergebnisse für alle Merkmale erreicht werden. Die neu festgelegte Obergrenze von maximal 30 000 in Deutschland zu befragenden Unternehmen lag noch unter der im Lohnstatistikgesetz für den alten Erhebungsbereich festgeschriebenen Obergrenze von 34 000 Unternehmen. Der durchschnittliche Auswahlatz sank in Berlin von 26,4 Prozent auf 14,8 Prozent mit der Folge, dass Daten für Merkmale, die großen Streuungen unterliegen, wegen zu hoher Standardfehler nicht mehr für alle Wirtschaftsbereiche und Größenklassen veröffentlicht werden können.

Neben der Erweiterung des Erhebungsbereichs und der Ermittlung eines Teils der Ergebnisse auf der Grundlage modellbasierter Schätzungen, gab es auch hinsichtlich der Ergebnisdarstellung Veränderungen gegenüber früheren Erhebungen:

Für Berlin wurden erstmals keine getrennten Ergebnisse für den Ost- und Westteil mehr ermittelt. Beim Ergebnisausweis nach Gebietsständen werden die Berliner Daten jetzt vollständig dem früheren Bundesgebiet zugeordnet.

Auf Länderebene konnten die Ergebnisse bisher entweder nach dem Betriebskonzept oder nach dem Unternehmenskonzept dargestellt werden. In der Darstellung nach dem Betriebskonzept erfolgt die Zuordnung der örtlichen Einheit entsprechend ihrem Wirtschaftszweig und Bundesland. Diese Form der Veröffentlichung wurde für die Daten der Arbeitskostenerhebung 2004 erstmals einheitlich für Deutschland und alle Bundesländer gewählt.

Zudem verzichtet die neu konzipierte Erhebung auf die bislang übliche Trennung der Angaben nach Arbeitern und Angestellten.

Annäherung der Gliederung an international übliche Darstellungen

Unter Arbeitskosten versteht man alle Aufwendungen des Arbeitgebers für die Beschäftigung von Arbeitskräften. Dazu zählen das Arbeitnehmerentgelt einschließlich der Sachleistungen und der Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie sonstige Aufwendungen und Steuern zu Lasten des Arbeitgebers im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitnehmern.

Bisher wurden die Arbeitskosten in Deutschland als Summe der Hauptbestandteile Entgelt für die geleistete Arbeitszeit und Personalnebenkosten dargestellt. Diese den Arbeitgeberinteressen folgende Gliederung ordnete den Personalnebenkosten alle Aufwendungen zu, die nicht unmittelbare Zahlungen für geleistete Arbeitsstunden darstellten, z.B. auch sämtliche Sonderzahlungen, anteilmäßig dem Urlaub und gesetzlichen Feiertagen zugeordnete Vergütungen, Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall, Vergütungen und Sozialbeiträge für Auszubildende.

Die neue Gliederung der Arbeitskosten orientiert sich an international üblichen Darstellungen des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) und der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation – ILO) [5].

Weiterhin Unterschiede zur Europäischen Gliederung der Arbeitskosten

Demnach ist nunmehr auch in Deutschland das Arbeitnehmerentgelt, bestehend aus den Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer und der Auszubildenden sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, Hauptbestandteil der Arbeitskosten. Bezüglich der Ermittlung der durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer und je geleistete Stunde bestehen aber weiterhin Unterschiede zur Praxis von Eurostat. So werden in Deutschland auch die Vergütungen und Sozialbeiträge der Auszubildenden einbezogen, obwohl die für die Ermittlung dieser Durchschnittswerte verwendeten Arbeitnehmerzahlen bzw. Arbeitszeiten die Auszubildenden ausschließen. Dagegen weist Eurostat die Kosten für Auszubildende für die meisten Länder lediglich separat als Durchschnittswerte je Auszubildenden sowie als prozentualen Anteil bei der Darstellung der Struktur der Arbeitskosten aus [6].

Weiter unterscheiden sich die Darstellungen dadurch, dass die Arbeitskosten in Deutschland inklusive Erstattungen von Lohn- und Gehaltszahlungen aus öffentlichen Mitteln zu Gunsten der Arbeitgeber veröffentlicht werden, während Eurostat die Arbeitskosten vermindert um staatliche Zuschüsse darstellt.

Schließlich sind in den für 2004 ermittelten Sachleistungen nicht alle im Merkmalskatalog von Eurostat geforderten Einzelpositionen enthalten. Bezüglich dieses Merkmals weicht die Ermittlung der Arbeits-

Tab. 1 **Arbeitskosten und Wochenarbeitszeit im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich¹ in Deutschland und in Berlin im Jahr 2004**

Wirtschaftsabschnitt	Arbeitskosten je			durchschnittliche	
	geleistete Stunde ²		Vollzeit- beschäftigten Arbeitnehmer ²	Wochenarbeitszeit der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer	Vollzeiteinheiten ²
	in Deutschland	in Berlin			
	EUR		Stunden		
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	28,18	28,33	47 144	38,37	755 904
Produzierendes Gewerbe.....	30,37	32,72	53 002	37,75	119 852
Verarbeitendes Gewerbe.....	31,15	34,37	55 814	37,41	87 944
Baugewerbe.....	22,89	21,94	36 559	39,02	20 665
Dienstleistungsbereich	27,06	27,53	46 040	38,51	636 052
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.....	23,88	22,24	37 428	38,38	71 566
Gastgewerbe.....	15,34	(16,56)	(29 676)	(38,65)	28 464
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	25,73	27,84	47 292	38,52	59 109
Kredit- und Versicherungsgewerbe	39,29	41,32	69 208	38,37	29 939
Unternehmensnahe Dienstleistungen	25,97	24,45	43 115	38,93	113 882
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung.....	28,65	29,42	47 849	38,43	139 170
Erziehung und Unterricht.....	34,12	33,26	53 548	37,60	59 350
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	24,98	27,38	44 035	38,74	86 497
Erbringung von sonstigen Öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	26,42	29,26	48 608	38,71	48 074

¹ in Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern

² Auszubildende werden bei den Arbeitskosten, nicht aber bei den geleisteten Stunden und den Arbeitnehmern mitgezählt; Teilzeitbeschäftigte wurden entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitbeschäftigte umgerechnet.

kosten in Deutschland teilweise auch von früheren Erhebungen ab.

Eine methodische Änderung innerhalb des betrachteten Zeitraums betrifft die Abgrenzung der in die Erhebung einbezogenen Arbeitnehmer. Während die Daten der geringfügig Beschäftigten von früheren Erhebungen ausgeschlossen blieben, gingen sie seit der Erhebung für das Jahr 2000 in die Ergebnisse ein. Die Auswirkung dieser Änderung auf Höhe und Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitskosten wird durch die im Rahmen dieser Erhebung übliche Umrechnung auf Angaben für Vollzeitbeschäftigte jedoch abgeschwächt.

Die Umstellung auf die neue Gliederung beschränkte sich nicht auf die aktuelle Erhebung. Für die Jahre 1992 bis 2000 wurden die Daten der Arbeitskostenerhebung neu aufbereitet. Damit stehen die Ergebnisse für Deutschland und alle Bundesländer entsprechend den neuen Konzepten zur Verfügung [7]. Die Ergebnisse der schon früher einbezogenen

Wirtschaftsabschnitte können erstmals über einen längeren Zeitraum dargestellt werden. Die mit der Verringerung des Auswahlssatzes der Erhebung 2004 verbundenen Qualitätseinbußen erschweren jedoch detaillierte Auswertungen für viele Merkmale und Wirtschaftsbereiche.

Arbeitskosten in Berlin knapp über Bundesdurchschnitt

Die Berliner Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung des Jahres 2004 beruhen auf Daten von 755 904 vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern (Vollzeitarbeitsplätzen). Davon waren 15,9 Prozent im Produzierenden Gewerbe und 84,1 Prozent in den Dienstleistungsbereichen beschäftigt (Tabelle 1). Im Bundesdurchschnitt betrug der Anteil der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe 34,4 Prozent. Betrachtet nach Wirtschaftsabschnitten kamen die meisten der in der Erhebung dargestellten Berliner Arbeitnehmer, nämlich 18,4 Prozent, aus dem Be-

Tab. 2 Niveau und Entwicklung der Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich¹ in Berlin im Zeitraum 1992 bis 2004

Wirtschaftsbereich	Arbeitskosten je geleistete Stunde im Jahr				durchschnittliche jährliche Entwicklung 1992 bis 2004
	1992	1996	2000	2004	
	EUR				%
Produzierendes Gewerbe	20,91	26,08	30,38	32,72	+ 3,8
Verarbeitendes Gewerbe	21,35	27,65	31,06	34,37	+ 4,0
Ernährungsgewerbe	16,32	18,93	21,44	23,04	+ 2,9
Tabakverarbeitung	28,85	36,12	34,59	•	–
Bekleidungsgewerbe	13,66	20,56	20,26	20,60	+ 3,5
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	16,25	18,84	•	20,93	+ 2,1
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	21,08	30,30	34,04	31,86	+ 3,5
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	26,02	36,64	40,84	44,82	+ 4,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	19,13	23,53	21,80	26,89	+ 2,9
Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	19,17	25,81	28,25	29,60	+ 3,7
Metallerzeugung und -bearbeitung	19,30	25,34	25,40	26,74	+ 2,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	18,66	22,27	26,0	28,44	+ 3,6
Maschinenbau	22,33	28,39	31,29	31,85	+ 3,0
Herstellung von Büromaschinen, DV- Geräten und -einrichtungen	33,68	27,71	27,18	25,85	– 2,2
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä. ...	23,05	31,14	37,84	43,23	+ 5,4
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	21,34	27,66	31,61	33,50	+ 3,8
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren	18,47	23,39	24,92	27,67	+ 3,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	28,11	30,71	36,21	43,19	+ 3,6
Sonstiger Fahrzeugbau	20,79	35,36	35,48	42,77	+ 6,2
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	15,96	20,21	21,74	22,02	+ 2,7
Baugewerbe	19,34	22,72	22,41	21,94	+ 1,1
Dienstleistungsbereich					
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	15,49	19,57	20,73	22,24	+ 3,1
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	17,59	20,55	24,13	27,55	+ 3,8
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen), Reparatur von Gebrauchsgütern	14,53	18,96	18,81	19,65	+ 2,5
Gastgewerbe	–	(14,33)	(14,21)	(16,56)	–
Kredit- und Versicherungsgewerbe	21,19	32,25	37,83	41,32	+ 5,7
Kreditgewerbe	26,42	32,55	38,33	43,79	+ 4,3
Versicherungsgewerbe	14,27	31,27	36,86	37,47	+ 8,4
Unternehmensnahe Dienstleistungen	18,21	–	–	24,45	+ 2,5
Datenverarbeitung und Datenbanken	32,16	–	–	37,85	+ 1,4
Forschung und Entwicklung	24,21	–	–	30,72	+ 2,0
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	16,39	–	–	20,80	+ 2,0

¹ in Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern

reich der Öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung. Bundesweit lag deren Anteil bei 11,1 Prozent.

Für eine geleistete Arbeitsstunde wurden im Jahr 2004 in den Berliner Betrieben durchschnittlich 28,33 EUR aufgewendet und im gesamten Bundesgebiet 28,18 EUR. Dieser geringe Abstand resultiert aus der Gewichtung der einzelnen Branchen. Für die meisten Wirtschaftsabschnitte wurden in Berlin deutlich höhere Arbeitskosten ermittelt. So kostete eine Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe bundesweit durchschnittlich 31,15 EUR, in Berlin jedoch 34,37 EUR. Mit einem Anteil von 11,6 Prozent an den dargestellten Arbeitnehmern fiel dieser Bereich mit relativ hohem Durchschnittswert in Berlin weniger ins Gewicht als im Gesamtergebnis für Deutschland mit einem Anteil von 28,3 Prozent. Geringer waren die Arbeitskosten in Berlin in Bereichen mit einem niedrigeren Verdienst- bzw. Arbeitskostenniveau wie im Baugewerbe, im Handel und im Bereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen (Tabelle 1).

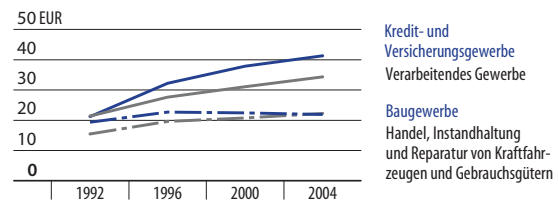
Von den dargestellten Wirtschaftszweigen wiesen die Betriebe der Chemischen Industrie und das Kreditgewerbe mit 44,82 EUR bzw. 43,79 EUR die höchsten durchschnittlichen Arbeitskosten aus. Dagegen betrugen sie in denen des Ledergewerbes nur 12,26 EUR. Damit kostete eine Stunde in den Betrieben der Chemischen Industrie 3,7mal soviel wie im Ledergewerbe.

Die Grundlage für die Berechnung der Arbeitskosten je geleistete Stunde bilden die effektiv geleisteten Arbeitsstunden der Arbeitnehmer, die keine bezahlten arbeitsfreien Zeiten enthalten, wie Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage. Damit sind die so ermittelten Kosten höher, als bei Verwendung der bezahlten Stunden.

Schere bei der Höhe der Arbeitskosten weiter geöffnet

Die Entwicklung der Arbeitskosten seit 1992 war in den vergleichbaren Bereichen unterschiedlich. Dabei hat die Differenzierung zwischen den Bereichen weiter zugenommen, nicht nur wegen des weiter gefassten Erhebungsbereichs. Wirtschaftsbereiche, für die im Jahr 1992 schon die höchsten Arbeitskosten ermittelt wurden, wiesen im Zeitraum bis 2004 auch höhere Entwicklungsraten auf (Tabelle 2). So stiegen die Arbeitskosten je Stunde im Kredit- und Versicherungsgewerbe durchschnittlich jährlich um 5,7 Pro-

Abb. 1 **Arbeitskosten je geleistete Stunde in Berlin im Zeitraum 1992 bis 2004**

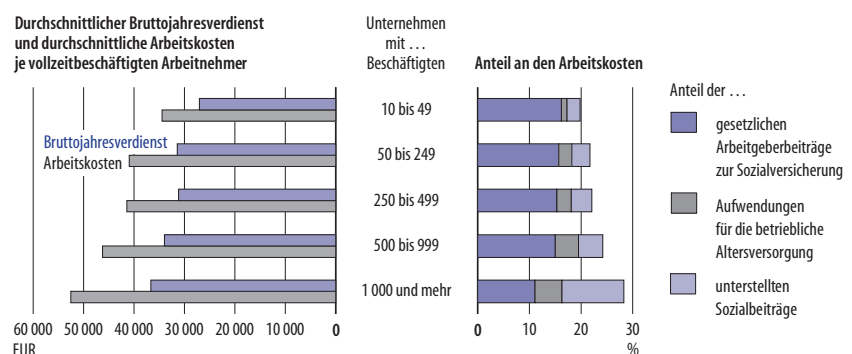


zent und im Verarbeitenden Gewerbe um 4,0 Prozent. Im Baugewerbe betrug die durchschnittliche jährliche Erhöhung der Arbeitskosten je Stunde dagegen nur 1,1 Prozent. Gegenüber den Jahren 1996 und 2000 waren die Kosten in 2004 hier sogar rückläufig. Eine deutlich abgeschwächte Entwicklung der Kosten für eine Arbeitsstunde war in den Jahren 2000 bis 2004, nach einem durch Anpassungsprozesse im Ostteil der Stadt bedingten deutlichen Anstieg noch in den 90er Jahren, auch im Verarbeitenden Gewerbe mit jährlich 2,6 Prozent und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (2,2 Prozent) festzustellen. Im Bereich der Unternehmensnahen Dienstleistungen betrug die durchschnittliche jährliche Entwicklungsrate im gesamten Zeitraum 2,5 Prozent ausgehend von 18,21 EUR je geleistete Stunde im Jahr 1992. Unter den vergleichbaren Wirtschaftsabschnitten wies das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 1992 mit 21,35 EUR die höchsten Arbeitskosten je geleistete Stunde auf und überstieg den damals niedrigsten Wert im Handel von 15,49 EUR je Stunde um 37,8 Prozent. Im Jahr 2004 lagen die im Kredit- und Versicherungsgewerbe ermittelten Arbeitskosten mit 41,32 EUR bereits um 88,3 Prozent über dem für das Baugewerbe ermittelten niedrigsten Wert von 21,94 EUR unter den in Abbildung 1 dargestellten Bereichen.

Anteil der Löhne und Gehälter mit steigenden Arbeitskosten sinkend

Nach der Systematik der Arbeitskostenerhebung sind mehr als 99 Prozent der Kosten dem Arbeitnehmerentgelt zugeordnet (Tabelle 3). Lediglich Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung mit einem Anteil an den Arbeitskosten von 0,6 Prozent und die sonstigen Aufwendungen mit 0,2 Prozent, zu denen die Anwerbungskosten und vom Arbeitgeber gestellte Berufsbekleidung gehören, sind zusätzliche Bestandteile der Arbeitskosten.

Abb. 2 **Arbeitskosten, Bruttojahresverdienst sowie Anteil ausgewählter Sozialbeiträge an den Arbeitskosten in Berlin im Jahr 2004**



Tab. 3 **Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich¹ in Deutschland und in Berlin im Jahr 2004 nach Kostenarten**

Kostenart	Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer			
	Deutschland		Berlin	
	EUR	%	EUR	%
Arbeitskosten insgesamt	47 129	100	47 144	100
Arbeitskosten abzüglich dem Arbeitgeber erstattete Lohn- und Gehaltszahlungen	47 018	99,8	47 032	99,8
Dem Arbeitgeber erstattete Lohn- und Gehaltszahlungen	111	0,2	/	/
Arbeitnehmerentgelt	46 829	99,4	46 810	99,3
Bruttolöhne und -gehälter	35 247	74,8	34 467	73,1
Bruttolöhne und -gehälter (ohne Auszubildende)	34 758	73,8	34 003	72,1
Entgelt für die geleistete Arbeitszeit	26 742	56,7	26 572	56,4
Sonderzahlungen insgesamt	3 000	6,4	2 715	5,8
Fest vereinbarte Sonderzahlungen	2 144	4,5	1 821	3,9
Leistungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer	156	0,3	115	0,2
Vergütung für nicht gearbeitete Tage	4 489	9,5	4 274	9,1
Urlaubsvergütung	3 524	7,5	3 508	7,4
Vergütung gesetzlicher Feiertage	818	1,7	611	1,3
Vergütung sonstiger betrieblicher oder tariflicher arbeitsfreier Tage	147	0,3	155	0,3
Sachleistungen	371	0,8	328	0,7
Steuerlicher Wert der privaten Nutzung von Firmen-/Dienstwagen	171	0,4	122	0,3
Bruttolöhne und -gehälter der Auszubildenden	489	1,0	(464)	1,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	11 582	24,6	12 343	26,2
Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber (ohne Auszubildende)	8 345	17,7	7 973	16,9
Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	6 464	13,7	5 981	12,7
Rentenversicherungsbeiträge	2 921	6,2	2 739	5,8
Aufstockungsbeiträge zur Rentenversicherung für Personen in Altersteilzeit	52	0,1	47	0,1
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	951	2,0	891	1,9
Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	2 117	4,5	1 991	4,2
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	374	0,8	282	0,6
Umlage für das Insolvenzgeld	67	0,1	56	0,1
Sonstige gesetzliche Aufwendungen	34	0,1	/	/
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung	1 881	4,0	1 992	4,2
Aufwendungen für betriebliche Ruheldgelsusage	982	2,1	949	2,0
Zuwendungen an Pensionskassen	416	0,9	544	1,2
Zuwendungen an Unterstützungskassen	219	0,5	223	0,5
Beiträge zur Direktversicherung	121	0,3	(100)	0,2
Beiträge an Pensionsfonds	23	0,0	/	/
Sonstige Aufwendungen für die Alterssicherung	120	0,3	(164)	0,3
unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber (ohne Auszubildende)	3 099	6,6	4 227	9,0
Lohn- und Gehaltsfortzahlung	1 158	2,5	1 310	2,8
Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	1 128	2,4	1 274	2,7
Arbeitgeberzuschüsse zum Mutterschaftsgeld	30	0,1	36	0,1
unterstellte Sozialbeiträge zur Alters- und Gesundheitsvorsorge von Beamten	1 109	2,4	1 667	3,5
Zahlungen an aus dem Unternehmen ausscheidende Arbeitnehmer	505	1,1	715	1,5
Entlassungsentschädigungen	332	0,7	536	1,1
Aufstockungsbeiträge zu Lohn und Gehalt im Rahmen der Altersteilzeit	173	0,4	179	0,4
sonstige freiwillige Sozialleistungen der Arbeitgeber	327	0,7	535	1,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende	137	0,3	(143)	0,3
Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung	219	0,5	263	0,6
sonstige Aufwendungen	82	0,2	71	0,2

¹ in Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern

72,1 Prozent der Arbeitskosten waren in Berlin im Jahr 2004 Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer (ohne Auszubildendenvergütungen). Tendenziell verringert sich deren Anteil mit steigendem Arbeitskostenniveau. Das verdeutlicht auch die Darstellung nach Beschäftigtengrößenklassen der Unternehmen: In der Größenklasse ab 1 000 Arbeitnehmer waren die Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer um 52,6 Prozent höher als in Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern. Die Bruttolöhne und -gehälter lagen in der höchsten Größenklasse nur um 35,6 Prozent über dem Wert der Unternehmen in der

untersten Größenklasse. Ihr Anteil betrug 78,6 Prozent in der untersten und 69,8 Prozent in der höchsten Größenklasse (Abbildung 2). Während auch der Anteil der gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung geringer wurde, stiegen mit der Größenklasse und der Höhe der Arbeitskosten sowohl die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und die unterstellten Sozialbeiträge als auch die Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Hinsichtlich der Struktur der Arbeitskosten unterscheiden sich die für Berlin ermittelten Daten vom Bundesergebnis. Während die pro Arbeitnehmer

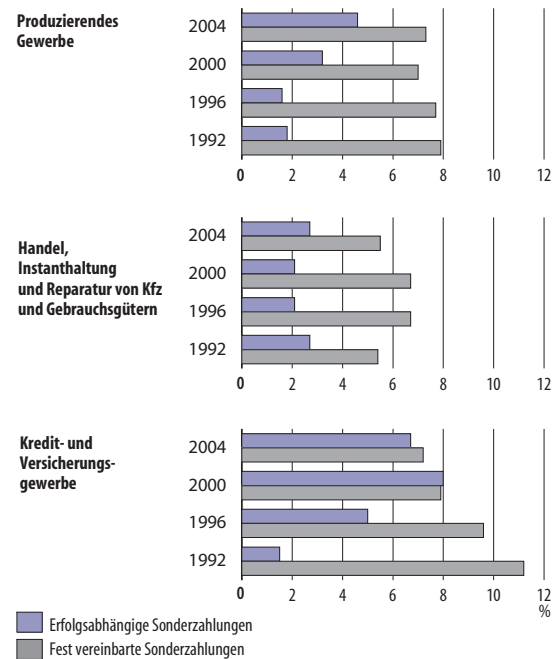
ermittelten Arbeitskosten wie die Arbeitskosten je Stunde kaum abwichen bzw. in Berlin geringfügig über dem Bundesergebnis lagen, waren die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer in Berlin um 2,2 Prozent niedriger. Ihr Anteil an den Arbeitskosten betrug bundesweit 73,8 Prozent und war um 1,7 Prozentpunkte höher als in Berlin. Neben geringfügig höheren Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung wurden in Berlin auch höhere unterstellte Sozialbeiträge ermittelt. Diese sind auf den größeren Beschäftigtenanteil im Bereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und dadurch bedingte höhere Aufwendungen für die Alters- und Gesundheitsvorsorge der Beamten zurückzuführen (Tabelle 3).

Fest vereinbarte Sonderzahlungen an Bedeutung verloren

Neben den regelmäßigen monatlichen Zahlungen sind in der Summe der Löhne und Gehälter die Sonderzahlungen enthalten, die fest vereinbart oder leistungs- und gewinnabhängig sein können. Im Jahr 2004 entsprachen diese Zahlungen in Berlin einem Anteil an den Löhnen und Gehältern von 8,0 Prozent. Die Sonderzahlungen sind neben den Aufwendungen zur betrieblichen Altersversorgung das Merkmal, das die höchste wirtschaftszweigspezifische Differenzierung, sowohl bezogen auf den absoluten Betrag als auch anteilmäßig, aufweist. Weit überdurchschnittlich waren die Sonderzahlungen im Jahr 2004 in den Wirtschaftszweigen Sonstiger Fahrzeugbau mit einem Anteil von 19,4 Prozent an den Bruttolöhnen und -gehältern beteiligt, in der Chemischen Industrie mit 18,7 Prozent und in der Energieversorgung mit 16,1 Prozent. Dagegen betrug dieser Anteil im Bereich Abwasser- und Abfallentsorgung nur 3,7 Prozent und im Bereich Erziehung und Unterricht 3,9 Prozent. In der Tendenz sind in Bereichen mit höherem Verdienst- und Arbeitskostenniveau die Sonderzahlungen absolut und anteilmäßig höher.

Die Entwicklung der Sonderzahlungen war in den letzten Jahren gekennzeichnet durch das Bestreben, die Vergütung der Arbeitnehmer leistungsabhängiger zu gestalten, indem flexiblere Bestandteile definiert wurden. Gleichzeitig stand die Kürzung oder der Wegfall von Weihnachts- oder Urlaubsgeld häufiger auf der Tagesordnung. Zuweilen wurden in Tarifverhandlungen Einmalzahlungen vereinbart. Daher gestaltete sich die Entwicklung in den einzelnen Bereichen recht unterschiedlich. Im Produzierenden Gewerbe stiegen die Sonderzahlungen je Arbeitnehmer seit 1992 durchschnittlich jährlich um 5,3 Prozent, ihr Anteil an den Löhnen und Gehältern von 9,8 Prozent auf 11,9 Prozent. Weil die fest vereinbarten Sonderzahlungen nur um 2,8 Prozent pro Jahr zunahmen, ihr Anteil bis zum Jahr 2000 sogar zurückging, fand eine Verlagerung zugunsten der leistungs- und gewinnabhängigen Bestandteile statt. Im Jahr 1992 waren 81,3 Prozent der Sonderzahlungen in diesem Bereich fest vereinbarte Zuwendungen. Bis zum Jahr 2004 sank dieser Anteil auf 61,5 Prozent. Die stärkere Gewichtung der erfolgsabhängigen Sonderzahlungen als noch in den 90er Jahren, betrifft bis auf wenige Ausnahmen alle vergleichbaren Wirtschafts-

Abb. 3 Anteil der Sonderzahlungen an den Löhnen und Gehältern in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Berlin im Zeitraum 1992 bis 2004



bereiche. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe war der Anteil der fest vereinbarten Sonderzahlungen an den Löhnen und Gehältern bereits seit 1992 rückläufig, während die erfolgsabhängigen Bestandteile noch bis zum Jahr 2000 deutlich gestiegen sind.

Höhere Sozialausgaben in großen Unternehmen

Auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber insgesamt entfielen in Berlin 26,2 Prozent der Arbeitskosten. Sie stiegen mit der Beschäftigtengrößenklasse der Unternehmen überproportional zu den Arbeitskosten und den Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer, absolut und auch anteilmäßig. Mit durchschnittlich 14 965 EUR je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer waren die Sozialbeiträge der Arbeitgeber in den Betrieben der Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten mehr als doppelt so hoch wie in denen der Unternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern.

Zu den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zählen die tatsächlichen und die unterstellten Sozialbeiträge sowie in der nationalen Gliederung auch die Sozialbeiträge für Auszubildende. Als **tatsächliche Sozialbeiträge** der Arbeitgeber sind die Zahlungen an Versicherungsträger definiert, die dann die Leistungen gegenüber dem Arbeitnehmer erbringen, sowie die Aufwendungen für Sozialleistungen, für die das Unternehmen Rückstellungen bildet. Die wichtigsten davon sind die gesetzlichen Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung und die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Neben den Beiträgen zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung zählen auch die Beiträge zur Unfallversicherung, die im Schadensfall den Arbeitgeber vor finanziellen Konsequenzen schützen, und die Umlage für das Insolvenzgeld dazu. Bemerkenswert

Tab. 4 **Anteil der gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung an den Arbeitskosten in Berlin 1992 und 2004**

Jahr	Unternehmen mit ... Arbeitnehmern					
	10 bis 49	50 bis 99	100 bis 249	250 bis 499	500 bis 999	1 000 und mehr
	in Prozent					
Produzierendes Gewerbe						
1992	15,9	16,0	15,5	15,0	14,7	13,0
2004	17,9	16,0	16,3	14,4	15,3	13,7
Handel, Instandhaltung von Kfz und Gebrauchsgütern						
1992	14,5	14,0	14,1	15,1	15,4	15,7
2004	16,4	16,0	15,9	15,8	15,3	15,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe						
1992	–	12,2	11,2	12,3	11,8	13,6
2004	13,6	13,4	13,6	12,6	14,3	12,5

und sicher dem allgemeinen Sprachgebrauch widersprechend, werden die beiden letztgenannten als Sozialbeiträge zum Arbeitnehmerentgelt bzw. Einkommen des Arbeitnehmers gezählt. Doch letztlich sichert auch die Insolvenzgeldumlage die Zahlung des Verdienstes der Arbeitnehmer für einen ohnehin erworbenen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber.

Die gesetzlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber als wichtigste Unterposition der tatsächlichen Sozialbeiträge betrugen im Jahr 2004 pro vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer 5 981 EUR. Das entsprach einem Anteil an den Arbeitskosten von 12,7 Prozent. Anders als bei den Sozialbeiträgen insgesamt zeigt die Darstellung nach Unternehmensgrößenklassen zwar einen Anstieg der pro Arbeitnehmer aufgewendeten Beträge bis zur zweithöchsten Größenklasse, in der höchsten aber (1 000 und mehr Beschäftigte) lagen sie nur um 4,1 Prozent über den Aufwendungen der Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten, waren zugleich aber niedriger als in allen anderen Größenklassen. Ihr Anteil sank mit den steigenden Arbeitskosten und betrug 16,2 Prozent der gesamten Arbeitskosten in der untersten, aber nur 11,1 Prozent in der höchsten Größenklasse (Abbildung 2). Beim Anstieg des allgemeinen durchschnittlichen Arbeitskosten- bzw. Verdienstniveaus über den betrachteten Zeitraum hinweg wirkt die regelmäßige Anpassung der Beitragsbemessungsgrenzen einem Absinken des Anteils der Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung entgegen. Zum Beispiel lag deren Anteil im Produzierenden Gewerbe bei 14,4 Prozent im Jahr 1992 und bei 14,9 Prozent im Jahr 2004. Dennoch ist er im Kredit- und Versicherungsgewerbe in den Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten zurückgegangen, dagegen in kleineren Unternehmen mit 10 bis 49 Mitarbeitern überdurchschnittlich gestiegen (Tabelle 4).

Aufwendungen für betriebliche Altersversorgung gestiegen

Die Aufwendungen zur betrieblichen Altersversorgung werden im Unterschied zur nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wo der aus der Entgeltumwandlung der Arbeitnehmer für Pensi-

onskassen und Pensionsfonds stammende Anteil bei den Bruttolöhnen und -gehältern verbleibt, komplett den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zugeordnet.

Von den Durchführungsformen der betrieblichen Altersversorgung ist bei größeren Unternehmen ein höherer Anteil der Aufwendungen für betriebliche Ruhegeldzusagen, also für Rentenzahlungen an ehemalige Arbeitnehmer und für die Bildung von Rückstellungen für zukünftige Zahlungen von Betriebsrenten, zu finden, sowie für Pensionskassen, die meist auf branchenspezifischen Tarifverträgen beruhen. Dabei ist die betriebliche Ruhegeldzusage die einzige Durchführungsform der betrieblichen Altersversorgung, die neben den Aufwendungen für zukünftige Rentenzahlungen auch Aufwendungen für bereits im Erhebungszeitraum realisierte Rentenzahlungen enthält und die vom Unternehmen selbst durchgeführt wird. Kosten für Rentenzahlungen werden also für diese Unternehmen als Sozialbeiträge der Arbeitnehmer ausgewiesen, soweit sie aus laufenden Einnahmen und nicht aus früher gebildeten Rückstellungen getätigt werden. Im Falle aller anderen Durchführungsformen der betrieblichen Altersversorgung überträgt das Unternehmen die Abwicklung der betrieblichen Altersversorgung an externe Institutionen.

Zahlungen an Direktversicherungen sind eher bei kleineren Unternehmen zu finden. Die relativ neuen Pensionsfonds waren in der Erhebung kaum nachweisbar.

Je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer wurden in Berlin im Jahr 2004 durchschnittlich 1 992 EUR (4,2 Prozent der Arbeitskosten) für die betriebliche Altersversorgung aufgewendet. Davon entfielen 47,6 Prozent auf Aufwendungen für die betriebliche Ruhegeldzusage, 27,3 Prozent auf Zuwendungen an Pensionskassen und 11,2 Prozent auf Zuwendungen an Unterstützungskassen.

Seit 1992 sind die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung in allen schon früher befragten Wirtschaftsabschnitten gestiegen, absolut und anteilmäßig. So wuchs ihr Anteil an den Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe von 3,0 Prozent im Jahr 1992 auf 6,0 Prozent im Jahr 2004, im Handel von 0,7 Prozent auf 2,3 Prozent und im Kredit- und Versicherungsgewerbe von 5,7 Prozent auf 9,0 Prozent. Die Ausweitung tariflicher Regelungen der betrieblichen Altersversorgung auf Betriebe im Ostteil Berlins hat zu dieser Entwicklung ebenso beigetragen wie die seit 2002 bestehende Möglichkeit der Entgeltumwandlung und der Riesterförderung für die betriebliche Altersvorsorge.

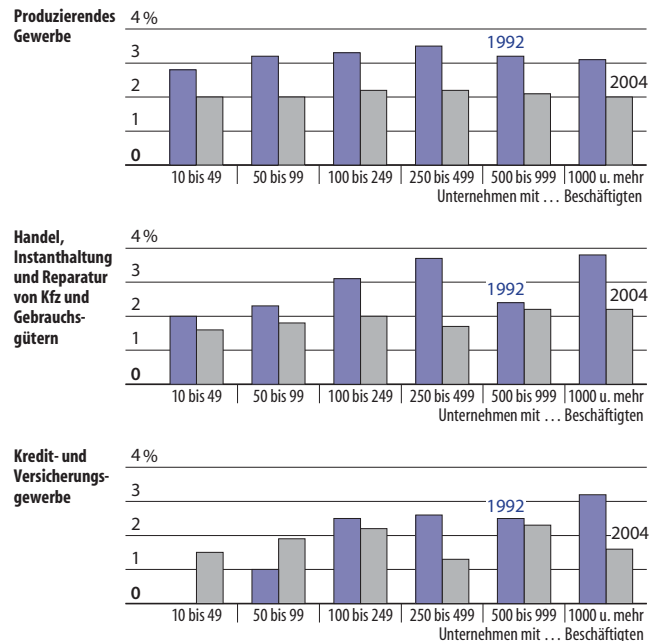
Besonders hohe Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung wurden in den Bereichen Nachrichtenübermittlung mit einem Anteil an den Arbeitskosten von 15,9 Prozent, Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung mit 11,7 Prozent sowie in der Chemischen Industrie mit 11,6 Prozent ermittelt.

Insgesamt 9 Prozent der Arbeitskosten bzw. durchschnittlich 4 227 EUR pro Arbeitnehmer wurden durch **unterstellte Sozialbeiträge** für die Arbeitnehmer gebunden. Von den tatsächlichen Sozialbeiträgen der Arbeitgeber unterscheiden sich diese Sozialleistungen dadurch, dass sie den Arbeitnehmern

direkt zugute kommen, ohne dass zuvor Beiträge an einen Versicherungsträger gezahlt oder Rückstellungen gebildet wurden. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören in der Gliederung der Arbeitskostenerhebung die Zahlungen an Arbeitnehmer, die aus dem Unternehmen ausscheiden, sowie die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen. Daneben entfällt ein großer Anteil an dieser Position auf unterstellte Sozialbeiträge zur Alters- und Gesundheitsvorsorge für Beamte. Während die gesetzliche Rentenversicherung und die betriebliche Altersversorgung über eine Institution wie die Sozialversicherung, Versicherungsunternehmen oder eine Pensionskasse abgewickelt werden oder das Unternehmen im Falle der betrieblichen Ruhesatzung zumindest Rückstellungen bildet, werden die Rentensysteme der Beamten in Deutschland ohne spezielle Deckungsmittel finanziert. Dafür sind entsprechend den Richtlinien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) fiktive Sozialbeiträge zu unterstellen [8]. Auf die unterstellten Sozialbeiträge zur Alters- und Gesundheitsvorsorge der Beamten, die auch die Beihilfeleistungen der Arbeitgeber enthalten, entfielen 3,5 Prozent der ermittelten Arbeitskosten (1 667 EUR pro Arbeitnehmer). Da die meisten der dargestellten Bereiche keine Beamten beschäftigen, erscheint dieser Wert zunächst hoch. Im Ergebnisausweis unterscheidet die Arbeitskostenerhebung auch nicht zwischen Arbeitnehmern und Beamten, so dass diese unterstellten Aufwendungen nicht mit den entsprechenden für einen Arbeiter oder Angestellten getätigten Aufwendungen verglichen werden können. In den Bereichen, die den größten Teil der Beamten beschäftigen – in der Öffentlichen Verwaltung und im Bereich Erziehung und Unterricht – lag der Anteil dieser Position bei 12,6 Prozent und 13,0 Prozent. Deutlich niedrigere Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (7,2 Prozent in der Öffentlichen Verwaltung und 7,4 Prozent im Bereich Erziehung und Unterricht) und auch geringere Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung als im Berliner Durchschnitt relativieren diesen Eindruck.

Die in der Position Lohn- und Gehaltsfortzahlungen zusammengefassten Sozialleistungen beinhalten die Lohn- und Gehaltsfortzahlung bei Krankheit des Arbeitnehmers, Mutterschaftsurlaub oder Berufsunfall. Im Unterschied zur bisherigen Gliederung werden diese Sozialleistungen, die in Berlin einem Anteil von 2,8 Prozent an den Arbeitskosten entsprachen, nicht mehr als Bestandteil der Löhne und Gehälter ausgewiesen. Auch hier bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den für die Wirtschaftszweige ermittelten Werten, die von einem Anteil von 1,4 Prozent in den Unternehmen des Bereichs Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und

Abb. 4 Anteil der Aufwendungen für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall an den Arbeitskosten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Berlin in den Jahren 1992 bis 2004



-einrichtungen bis zu 4,7 Prozent im Bereich Abwasser- und Abfallbeseitigung und Entsorgung reichen. Insgesamt fällt auf, dass für kleinere Unternehmen geringere Aufwendungen für die Lohn- und Gehaltsfortzahlung ermittelt wurden. In der Gruppe der Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten waren es 635 EUR je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer und 1,8 Prozent der Arbeitskosten, in den Unternehmen mit 50 und mehr Mitarbeitern 1 413 EUR bzw. 2,9 Prozent. Gegenüber 1992 ist der Anteil der Lohn- und Gehaltsfortzahlung in allen damals befragten Wirtschaftsbereichen zurückgegangen.

Auf die Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, deren Entwicklung in ausgewählten Bereichen Abbildung 4 zeigt, entfällt der überwiegende Teil dieser Aufwendungen.

An Arbeitnehmer, die aus dem Unternehmen ausscheiden, wurden in Form von Entlassungsentschädigungen und Aufstockungsbeiträgen zu Lohn und Gehalt im Rahmen der Altersteilzeit 1,5 Prozent der Arbeitskosten, durchschnittlich 715 EUR je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer gezahlt. Davon entfielen drei Viertel auf die Entlassungsentschädigungen (1,1 Prozent der Arbeitskosten). Relativ hoch war der Anteil der Entlassungsentschädigungen an den Arbeitskosten in den Bereichen Landverkehr (6,6 Prozent), Nachrichtenübermittlung (4,0 Prozent) und Abwasser- und Abfallbeseitigung (3,8 Prozent), aber auch im Kreditgewerbe mit 3,0 Prozent. Für diesen Bereich wurden in den vorangegangenen Erhebungszeiträumen jeweils nur Werte um 1 Prozent ermittelt. Rückläufig waren die Aufwendungen für Entlassungsentschädigungen dagegen seit 1996 im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe. Im Rahmen der nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind Entlassungsentschädigungen Bestandteile der Löhne und Gehälter.

Tab. 5 **Durchschnittliche Arbeitskosten, Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialleistungen in Berlin im Jahr 2004 nach Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig	Arbeitskosten insgesamt	darunter											
		Bruttolöhne und -gehälter ohne Auszubildende		darunter		gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung		betriebliche Altersversorgung		Lohn- und Gehaltsfortzahlung		Personalabbau	
				Sonderzahlungen									
		EUR	%¹	EUR	%¹	EUR	%¹	EUR	%¹	EUR	%¹	EUR	%¹
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	47 144	34 003	72,1	2 715	5,8	5 981	12,7	1 992	4,2	1 310	2,8	715	1,5
Produzierendes Gewerbe	53 002	39 039	73,7	4 634	8,7	7 900	14,9	3 167	6,0	1 114	2,1	817	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	55 814	41 076	73,6	5 283	9,5	7 954	14,3	3 821	6,8	1 136	2,0	867	1,6
Ernährungsgewerbe	38 818	28 992	74,7	2 580	6,6	5 947	15,3	/	/	892	2,3	777	2,0
Bekleidungsgewerbe	34 166	26 594	77,8	1 645	4,8	5 870	17,2	177	0,5	756	2,2	461	1,3
Ledergewerbe	22 397	17 727	79,1	2 351	10,5	2 914	13,0	35	0,2	460	2,1	–	
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) ..	36 783	28 003	76,1	(2 396)	(6,5)	6 677	18,2	/	/	(1 043)	(2,8)	/	/
Papiergewerbe	48 431	37 013	76,4	3 166	6,5	7 466	15,4	1 392	2,9	1 139	2,4	412	0,9
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	54 450	42 777	78,6	5 399	9,9	7 610	14,0	(1 843)	3,4	895	1,6	(815)	1,5
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	70 269	48 866	69,5	9 157	13,0	8 854	12,6	8 140	11,6	1 412	2,0	1 099	1,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren ..	44 550	34 446	77,3	3 050	6,8	6 967	15,6	(1 222)	(2,7)	1 018	2,3	/	(0,8)
Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	49 591	36 299	73,2	(4 480)	9,0	7 539	15,2	(2 868)	(5,8)	990	2,0	(585)	1,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	44 036	33 869	76,9	3 310	7,5	6 865	15,6	1 413	3,2	1 177	2,7	486	1,1
Herstellung von Metallerzeugnissen	46 548	34 638	74,4	3 518	(7,6)	7 445	16,0	1 891	4,1	1 219	2,6	(540)	/
Maschinenbau	52 417	39 594	75,5	4 338	8,3	8 645	16,5	1 716	3,3	1 030	2,0	650	1,2
Herstellung von Büromaschinen, DV- Geräten und -einrichtungen	44 977	35 989	80,0	(2 794)	6,2	7 022	15,6	/	/	(646)	1,4	/	/
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	68 393	47 814	69,9	5 872	8,6	8 942	13,1	8 005	11,7	1 288	1,9	1 155	1,7
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	55 090	42 380	76,9	5 378	9,8	7 825	14,2	1 514	2,7	964	1,7	1 804	3,3
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren	47 330	36 703	77,5	(3 430)	(7,2)	7 028	14,8	1 451	3,1	950	2,0	616	(1,3)
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	63 384	46 312	73,1	7 375	11,6	9 237	14,6	4 749	7,5	1 309	2,1	670	1,1
Sonstiger Fahrzeugbau	64 008	48 003	75,0	9 310	14,5	8 917	13,9	4 294	6,7	1 625	2,5	574	0,9
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	36 783	28 617	77,8	/	/	6 494	17,7	/	(0,8)	(794)	2,2	/	/
Recycling	35 656	27 447	77,0	1 936	5,4	6 284	17,6	(355)	(1,0)	665	1,9	(694)	(1,9)
Energie- und Wasserversorgung	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Energieversorgung	65 648	47 862	72,9	7 718	11,8	9 887	15,1	3 510	5,3	1 583	2,4	1 525	2,3
Wasserversorgung	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Baugewerbe	36 559	27 485	75,2	/	/	6 842	18,7	/	/	/	/	/	/
Dienstleistungsbereich	46 040	33 054	71,8	2 353	5,1	5 619	12,2	1 771	3,8	1 347	2,9	696	1,5
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	37 428	28 466	76,1	2 353	6,3	5 960	15,9	858	2,3	790	2,1	556	1,5
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	46 642	35 640	76,4	(3 320)	7,1	7 005	15,0	(1 584)	3,4	947	2,0	(846)	(1,8)
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen), Reparatur von Gebrauchsgütern	32 859	25 001	76,1	1 826	5,6	5 382	16,4	511	1,6	710	2,2	505	1,5
Gastgewerbe	(29 676)	21 797	73,4	/	3,5	(4 956)	16,7	(270)	/	(675)	2,3	/	/
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	47 292	31 910	67,5	2 644	5,6	6 712	14,2	3 934	8,3	1 283	2,7	2 373	5,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	69 208	49 743	71,9	6 954	10,0	8 769	12,7	6 214	9,0	1 228	1,8	1 919	2,8
Kreditgewerbe	73 402	52 313	71,3	7 160	9,8	8 978	12,2	7 111	9,7	1 236	1,7	2 379	3,2
Versicherungsgewerbe	61 684	45 219	73,3	6 821	11,1	8 371	13,6	4 623	7,5	1 215	2,0	863	1,4
Unternehmensnahe Dienstleistungen	43 115	33 173	76,9	(2 430)	(5,6)	6 309	14,6	/	/	(871)	2,0	(569)	(1,3)
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	47 849	31 989	66,9	1 605	3,4	3 460	7,2	1 122	2,3	/	/	262	0,5
Erziehung und Unterricht	53 548	37 085	69,3	1 430	2,7	3 981	7,4	1 211	2,3	/	/	254	0,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	44 035	32 702	74,3	2 312	5,3	6 762	15,4	(1 194)	(2,7)	1 576	3,6	/	/
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	48 608	36 018	74,1	3 112	6,4	6 785	14,0	/	/	1 175	2,4	/	/

1 Anteil an den Arbeitskosten insgesamt

Ausblick

Die Neukonzeption der Arbeitskostenerhebung für das Berichtsjahr 2004 war ein längst überfälliger Schritt hin zu mehr Aussagekraft ihrer Daten und besserer Vergleichbarkeit mit internationalen Veröffentlichungen und nationalen Berechnungen. Eine deutliche Verbesserung stellt sowohl die Befragung nahezu aller Wirtschaftsbereiche dar als auch die veränderte Gliederung der Arbeitskosten. Mit der für den Stichprobenplan festgelegten Obergrenze von 30 000 zu befragenden Unternehmen waren Qualitätseinbußen verbunden. Bei der Planung zukünftiger Erhebungen ist die Balance zu finden zwischen der Notwendigkeit, qualitativ hochwertige Ergebnisse zu erstellen und der Forderung, die Belastung der Wirtschaft so gering wie möglich zu halten.

Die derzeit noch vorhandenen Unterschiede zu Veröffentlichungen von Eurostat werden im Rahmen der bereits laufenden Vorbereitung der Arbeitskostenerhebung für das Berichtsjahr 2008 überprüft. Damit ist auch eine weitere Annäherung der nationalen Konzepte an die von Eurostat zu erwarten.

Quellennachweis

- [1] Baltes, H.: Die Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten 1962; Wirtschaft und Statistik 1964, Heft 6, S. 333ff.
- [2] Kaukewitsch, P., Heppt, E.: Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen 1996; Wirtschaft und Statistik 1999, Heft 2, S. 116ff.
- [3] Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten (Abl. EG Nr. L 63 S. 6), geändert durch Anhang III Nr. 86 der Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 (ABl. EU Nr. L 284 S. 1).
- [4] Verordnung (EG) Nr. 1726/1999 der Kommission vom 27. Juli 1999 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 in Bezug auf Definition und Übermittlung von Informationen über Arbeitskosten (Abl. EG Nr. L 203 S. 28).
- [5] Günther, R., Wagner, I.: Neukonzeption der Arbeitskostenerhebung; Wirtschaft und Statistik 2006, Heft 10, S. 1068ff.
- [6] <http://ec.europa.eu/eurostat/> : Internetseite des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften
- [7] <http://www.destatis.de/> : Internetseite des Statistischen Bundesamtes, Datenbank Genesis-Online
- [8] Statistisches Bundesamt: Was kostet Arbeit in Deutschland? – Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2004; Wiesbaden 2006.

Marion Kresse, Jürgen Keiser

Binnenschifffahrt im Land Brandenburg im Jahr 2006

☐ Güterumschlag

Im Jahr 2006 wurden in den Häfen und Umschlagstellen des Landes Brandenburg insgesamt 4,0 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen, das war ein Rückgang gegenüber dem Jahr 2005 um 8,3 Prozent. Der Güterumschlag war von 1993 bis zum Vorjahr

Die Binnenschifffahrt im Land Brandenburg als kostengünstigen, umweltverträglichen, im Energieverbrauch sparsamen sowie sicheren Verkehrsträger zu nutzen, ist seit Jahren ein vorrangiges Anliegen der Verkehrspolitik des Landes, um den auf den Straßen rasant wachsenden Güterverkehr auf andere Verkehrsträger zu verlagern. Die geografischen Voraussetzungen dazu sind gegeben, denn mit 33 Tausend Kilometern Länge ist Brandenburg einer der an Wasserstraßen reichsten Bundesländer in Deutschland, wovon der Binnenschifffahrt 1 795 Kilometer schiffbare Wasserstraßen mit den Flüssen Havel, Spree, Oder und Elbe sowie der mit ihnen verbundenen Kanäle zur Verfügung stehen. Die Erfassung der in den brandenburgischen Häfen und an sonstigen Lade- und Löschplätzen ankommenden und abgehenden Schiffe sowie die von ihnen ein- und/ oder ausgeladenen Güter ist Aufgabe der amtlichen Binnenschifffahrtsstatistik, die ab dem Berichtsjahr 1993 dazu verwertbare Daten liefert.

– bedingt durch Witterungseinflüsse sowie notwendigen Ausbau- und Baumaßnahmen an den Wasserstraßen und in den Häfen – erheblichen Schwankungen unterworfen. 1998 erlebte die Binnenschifffahrt in Brandenburg einen Einbruch, von dem sie sich bisher nicht erholt hat. Im Jahr 2003 fand der geringste Güterumschlag innerhalb der letzten 14 Jahre statt. Er betrug 3,7 Millionen Tonnen und damit nur noch 69 Prozent des Güterumschlages des Jahres 1993. Seitdem erfolgt eine leichte Steigerung auf niedrigem Niveau, so dass der Güterumschlag des Jahres 2006 bei knapp 76 Prozent des Jahres 1993 lag. Die größten Güterumschläge mit je fast sechs Millionen Tonnen wurden in den Jahren 1995 und 1997 realisiert (Tabelle 1).

Mit 514,6 Tausend Tonnen erreichte im Jahr 2006 die beförderte Gütermenge im Monat November ihr höchstes Monatsergebnis. Der vom Eisgang und zugefrorener Flüsse und Kanäle geprägte Monat Februar wies mit einer Gütermenge von 166,1 Tausend Tonnen einen so niedrigen Wert auf wie in keinem anderen Monat des Jahres (Abbildungen 1 und 2).

Ein Fünftel bis ein Viertel des gesamten Güterumschlages resultierte in den letzten Jahren aus dem grenzüberschreitenden Verkehr. 2006 wurden 832,8 Tausend

Tonnen Güter aus dem Ausland nach Brandenburg bzw. von Brandenburg ins Ausland transportiert. Das waren 23,3 Prozent weniger als im Vorjahr.

Von den umgeschlagenen Gütern im grenzüberschreitenden Verkehr entfielen allein 489,6 Tausend Tonnen (58,8 Prozent) auf den Güterverkehr mit Po-

len und 276,2 Tausend Tonnen (33,2 Prozent) auf den Güterverkehr mit den Niederlanden.

Von den 3,2 Millionen Tonnen umgeschlagener Güter innerhalb Deutschlands 2006 wurden 17,6 Prozent (563,4 Tausend Tonnen) der Gütermenge zwischen den Häfen und Umschlagstellen innerhalb Brandenburgs befördert.

Die anderen 2,6 Millionen Tonnen bewegten die Binnenschiffer 2006 zwischen Brandenburg und den anderen Bundesländern. Der Güterverkehr mit Berlin hatte auch 2006 die größte Bedeutung für die brandenburgische Schifffahrt, allein 1,6 Millionen Tonnen Güter wurden von und nach Berlin transportiert. Das war ein Anteil am gesamten Güterumschlag innerhalb Deutschlands von 49,9 Prozent. Die Schiffswege dienten außerdem dem Güterverkehr mit den Bundesländern Niedersachsen (8,5 Prozent), Sachsen-Anhalt (8,2 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (6,5 Prozent). Der Rest verteilt sich auf die übrigen Bundesländer.

Abb. 1 Gütereingang in den Binnenhäfen Brandenburgs 2005 und 2006 nach Monaten

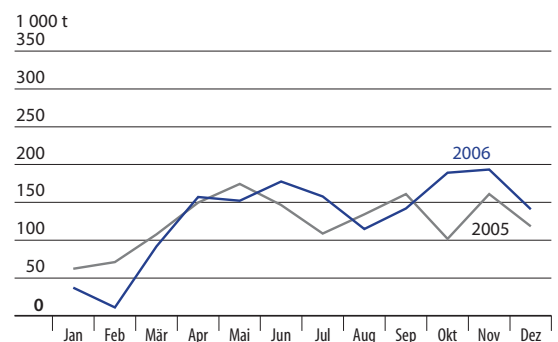
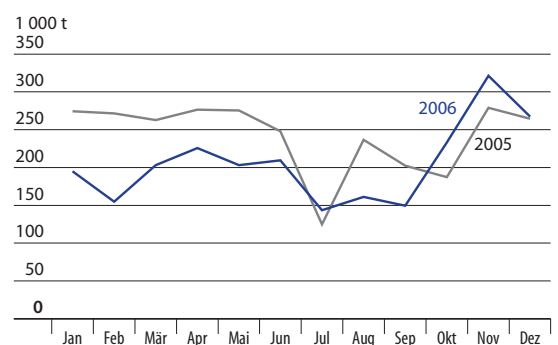


Abb. 2 Güterversand in den Binnenhäfen Brandenburgs 2005 und 2006 nach Monaten



Schiffsankünfte und -abgänge

Von den 7085 gezählten Schiffsankünften bzw. -abgängen waren 73,4 Prozent Schiffe mit deutscher Flagge unterwegs, unter polnischer Flagge fuhren 24,7 Prozent der Schiffe und 1,9 Prozent unter einer anderen Flagge.

Der Gütertransport erfolgte 2006 auf den brandenburgischen Wasserstraßen zu 72,0 Prozent durch Güterschubleichter und zu 27,9 Prozent durch Gütermotorschiffe.

Transportierte Güter

75,7 Prozent des gesamten Güterumschlags konzentrierte sich 2006 hauptsächlich auf die drei Güterabteilungen feste mineralische Brennstoffe (34,5 Prozent), Erze und Metallabfälle (24,1 Prozent) und Steine und Erden (17,1 Prozent). Der restliche Güterumschlag verteilt sich auf alle übrigen Güterabteilungen.

Der Güterumschlag der festen mineralischen Brennstoffe betrug 2006 insgesamt 1,39 Millionen Tonnen. An den zwei Vorjahren gemessen ging er jährlich zurück. Gegenüber 2005 sank er um 7,0 Prozent und gegenüber dem Jahr 2004 sogar um 16,7 Prozent. Überwiegend wurden Braunkohle, Braunkohlebricketts und Torf aus brandenburgischen Häfen zu anderen deutschen Häfen versandt.

Der Umschlag von Erzen und Metallabfällen unterlag in den vergangenen Jahren Schwankungen. Während er 2006 um 7,2 Prozent stieg, sank er 2005 um 4,1 Prozent. Diese Entwicklung wurde hauptsächlich bestimmt durch den Empfang und den Versand von Eisen- und Stahlabfällen sowie -schrott.

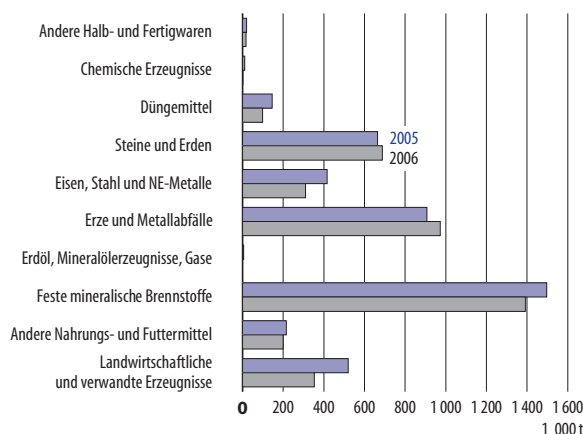
Steine und Erden wurden 2006 zu 3,6 Prozent mehr auf dem Schiffsweg befördert als im Vorjahr. Im Jahr 2005 wurden sogar 24,4 Prozent mehr dieser Gutart befördert als im Jahr 2004. Beim Empfang lag der Hauptanteil beim Transport von Sand, Kies, Bims, Ton und Schlacken und beim Versand bei Zement und Kalk (Abbildung 3).

Der Hafen Königs Wusterhausen ist seit Jahren mit seinem hohen Umschlagsvolumen der bedeutendste Hafen des Landes. Sein Anteil am gesamten Güterumschlag 2006 betrug 38,9 Prozent. Die Gutarten feste mineralische Brennstoffe beim Versand und Steine und Erden beim Empfang und Versand werden am häufigsten über die Kaikante umgeschlagen.

Tab. 1 Güterumschlag in den Binnenhäfen Brandenburgs 1993 bis 2006

Jahr	Güterumschlag				Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	innerhalb Deutschlands	im grenzüberschreitenden Verkehr	Insgesamt	darunter	
				Lokalverkehr Brandenburg	
1 000 t					%
1993...	4 647	671	5 318	654	
1994...	4 153	844	4 997	722	– 6,0
1995...	4 901	954	5 855	632	+ 17,2
1996...	4 327	1 134	5 461	363	– 6,7
1997...	4 751	1 094	5 844	551	+ 7,0
1998...	3 746	1 191	4 937	586	– 15,5
1999...	3 743	989	4 732	935	– 4,2
2000...	3 954	1 068	5 021	1 345	+ 6,1
2001...	4 154	741	4 895	1 516	– 2,5
2002...	3 639	784	4 423	855	– 9,6
2003...	2 759	910	3 669	430	– 17,0
2004...	3 011	1 041	4 052	434	+ 10,4
2005...	3 314	1 086	4 400	475	+ 8,6
2006...	3 200	833	4 033	563	– 8,3

Abb. 3 Güterumschlag in den Binnenhäfen Brandenburgs 2005 und 2006 nach Güterabteilungen



Jürgen Hübner

Historisches**Berufs- und Betriebszählung
am 12. Juni 1907**

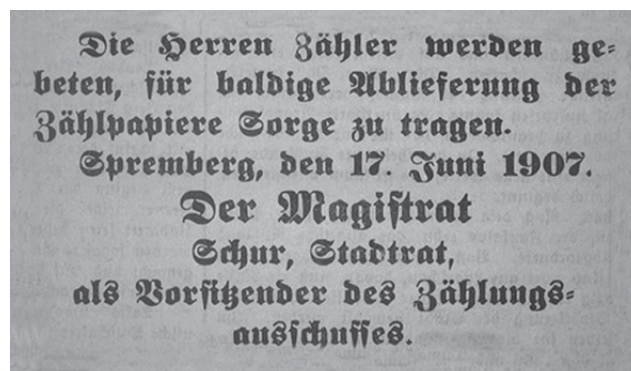
Eine Berufs- und Betriebszählung – gelegentlich auch Berufs- und Gewerbebeziehung genannt – war vor 100 Jahren ein statistisches Großereignis, es rangierte noch vor einer Volkszählung. Sie fand deshalb auch nicht allzu häufig statt. Die vorliegenden Zeitungsausschnitte zeigen, wie es mittlerweile bei historischen Vergleichen üblich ist, einiges nicht mehr Gebräuchliches, aber auch vieles heute noch Bekanntes.

Die Bevölkerung wurde vor 100 Jahren in den Tageszeitungen durch zahlreiche Beiträge unterschiedlichsten Inhaltes sehr langfristig auf diese Zählung vorbereitet. Das reichte von einem internationalen Vergleich bis zu einer ausführlichen Begründung für den Datenumfang und den Zeitpunkt der Zählung. Damals war am Stichtag, das war der 12. Juni 1907, schulfrei. Alle Lehrer wurden als Erhebungsbeauftragte eingesetzt. Der heutige Mikrozensus bedient sich ebenfalls gern dieser Berufsgruppe als Interviewer. Deren Anzahl war jedoch nicht ausreichend. Für eine Kleinstadt mit etwa 11 000 Einwohnern wurden 90 Zähler benötigt, in Berlin 25 000. Alle Zähler führten ein freiwillig übernommenes Ehrenamt aus. Für die Durchführung der Erhebung waren die Gemeinden verantwortlich. Sie erhielten eine Vergütung von 6 ½ Pfennige (entsprechend etwa 60 Cent) pro Einwohner. Wie heute fehlte der Hinweis auf die ausschließlich statistische Verwertung der Daten nicht: „Fiskalische Nebenabsichten im Interesse einer Steuerveranlagung liegen der Berufszählung ja absolut fern.“ Sogar ein „Musterpreuße Karl Meier“ wurde geschaffen. Er scheint dem heutigen Herrn Mustermann methodisch nicht unähnlich. Schon damals gab es bei der

Bevölkerung erhebliche Verständnisprobleme beim Ausfüllen der Fragebögen. Auch mehr oder weniger witzige Seitenhiebe auf die Bürokratie waren damals, wie heute auch, recht beliebt: „Der Unterschied zwischen Formular und Bogen will schon recht gekünstelt erscheinen und bei dem ersten Blick in die drei Listen will einem schier der Verstand stehen bleiben.“ Oder, wie eine Berliner Zeitung bemerkt haben soll: „Unsere Bureaucratie schreibt und schreibt das ganze Jahr; wenn sie aber einmal sagen soll, was nun eigentlich in den Akten steht, dann geht das Schreiben und Zählen wieder von vorn an und das nennt man dann Berufszählung.“

Deutlich werden am Beispiel des Musterpreußen die Unterschiede – besonders bei der damals angenommenen Familienstruktur und der Erwerbstätigkeit. Im öffentlichen Leben sollten zur Zeit der Zählung Veranstaltungen, welche den Bestand der ortsanwesenden Bevölkerung vorübergehend wesentlich ändern, nicht stattfinden. Das waren insbesondere Truppenaufmärsche und -manöver, Jahrmärkte, Volksfeste und ähnliche mehrtägige Veranstaltungen. Die Genauigkeit der Zählung sollte so gesteigert werden.

Heute sind Berufs- und Betriebszählung kaum noch anzutreffen. Neuere registrierte Verfahren der Datenerhebung liefern die erforderlichen Informationen, sie haben diese umfangreichen Erhebungen überflüssig gemacht. 1970 fand in den Alten Ländern die letzte Berufs- und Betriebszählung im Zusammenhang mit der Volkszählung statt. In den Neuen Ländern war das im Jahr 1981.



Quelle: Archiv des Niederlausitzer
Heidemuseums in Spremberg

Bekanntmachung.

**Auf Grund des Reichsge-
setzes vom 25. März 1907
soll im Deutschen Reich
am 12. Juni 1907 eine Berufs-
und Gewerbezählung
vorgenommen werden.**

Das Zählgeschäft wird durch Zähler vermittelt zu verteilen- der Zählpapiere, deren Ausfüllung am Zähltag den Haushaltungsvorständen obliegt, erfolgen.

Indem wir dies zur Kennt-
nis bringen, richten wir an
die Einwohner, an welche wir
uns zu diesem Behufe in der
Ueberzeugung von ihrem stets
bewährten Gemeinfinn nach
besonders wenden werden, die
bringende Bitte, uns bei Er-
ledigung dieser wichtigen Ar-
beit die erbetene Mitwirkung
durch Uebernahme des Amtes
eines Zählere zu gewähren.

Wir bemerken, daß etwa 90
Bähler gebraucht werden.

Mitbürger, welche sich uns ohne Vorherige Aufforderung zur Verfügung stellen wollen, bitten wir um Meldung im Zimmer 5 im Rathause.

Spremberg, d. 15. Mai 1907.

Der Magistrat.

Birth.

— Die Berufs- und Betriebszählung findet an diesem Mittwoch statt. Es ist die dritte ihrer Art; die beiden ersten haben 1882 und 1895 stattgefunden, während sich die Volkszählungen in regelmäßigen Zeitabschnitten von fünf zu fünf Jahren wiederholen. Drei Altken sind für das jetzige Zählgeschäft ausgegeben worden. Eine Haushaltensliste, ein Gewerbeformular und ein Gewerbebogen, letzterer für Gewerbebetriebe mit mehr als 3 Personen und mit Motoren. Der Unterschied zwischen Formular und Bogen wird schon recht gekünstelt scheinen und bei dem ersten Blick in die drei Altken will einem schier der Verstand stehen bleiben. Da ist ruhiges Studium vonnöthen, um sich hindurchzufinden und richtige Eintragungen machen zu können. Die Haupt Sorge für die gewissenhafte Ausführung des Zählgeschäfts in seinem Haushalt verbleibt dem Haushaltungsvorstande. Er ist gewissermaßen der Träger des gesamten Zählungsunternehmens und ihm ist die Verantwortlichkeit für die Einträge in die Zählpapiere zugeteilt. So wie der Zähler sich mit seinen Obliegenheiten und dem Inhalt der Zählpapiere vertraut zu machen hat, muß dies auch der Haushaltungsvorstand tun. Wo sich in einzelnen Fällen Schwierigkeiten ergeben, wird der Zähler selbst eintreten und nach den Angaben des Haushaltungsvorstandes die Ausfüllung der Zählpapiere besorgen müssen. Die richtige, genaue und rechtzeitige Ausfüllung der Zählpapiere entspricht dem allgemeinen Interesse des Volkes. Jeder einzelne Bürger muß es deshalb als Ehrenpflicht ansehen, an seinem Teile mit dafür zu sorgen, daß zuverlässiges und vollständiges Material gewonnen wird. Mit Steuergewenden hat die Zählung nichts zu tun. Für die Zukunft muß aber doch gewünscht werden, daß die Fragen deutlicher gestellt und daß bessere, zulänglichere Musterbeispiele gegeben werden. Verschiedene Fragen hätten vielleicht auch weggfallen können, wenn man auf die Ergebnisse der letzten Volkszählung zurückgegriffen hätte. Drahtsch sagt ein Berliner Blatt: „Unsere Bureaukratie schreibt und schreibt das ganze Jahr; wenn sie aber mal sagen soll, was nun eigentlich in den Altken steht, dann geht das Schreiben und Zählen wieder von vorn an und das nennt man dann Berufszählung.“



**Machen Sie mit!
Privathaushalte zur Teilnahme
an der Einkommens- und
Verbrauchsstichprobe (EVS)
2008 gesucht**

Seit 1963 wird in Deutschland alle fünf Jahre eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (kurz EVS) durchgeführt – 2008 ist es wieder soweit. Gesucht werden Haushalte in Berlin und Brandenburg, die auf freiwilliger Basis Auskunft über ihre Einnahmen und Ausgaben, über ihre Wohnverhältnisse und über den Besitz bestimmter Güter wie Pkw, Mobiltelefon und Computer geben.

Wozu dient die EVS 2008? Mit Ihrer Teilnahme an der EVS helfen Sie mit, ein realistisches Bild der Lebensverhältnisse in Berlin und Brandenburg zu zeichnen. Die Ergebnisse der EVS bilden eine wichtige Grundlage für Analysen und künftige Entscheidungen in Politik und Wirtschaft, so u. a. bei der Planung öffentlicher Förderungsmaßnahmen, wie z. B. Sozialhilfe, Kindergeld und Wohngeld. Auch für die Wissenschaft und Forschung, Presse und alle Bürger stehen die Ergebnisse bereit.

Was haben Sie zu tun? Im Januar 2008 sind die ersten Fragen – die Allgemeinen Angaben zum Haushalt – zu beantworten, entweder per Fragebogen oder auch via Internet. Dabei geht es um die Zusammensetzung des Haushaltes, die Wohnsituation und

Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern. Zusätzlich erhalten die Haushalte einen kleinen Fragebogen zu den Vermögensverhältnissen. Danach sind für die Dauer von drei aufeinander folgenden Monaten detailliert die Einnahmen und Ausgaben aller Haushaltsmitglieder in ein zur Verfügung gestelltes Haushaltsbuch zu notieren. Ausgewählte Haushalte führen zusätzlich einen Monat lang ein Feinaufzeichnungsheft zu ihren Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren.

Wo bleibt der Datenschutz? Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt und völlig anonym für statistische Zwecke verwendet, so dass Ihre Einzelangaben nicht erkennbar sind. Datenschutz und statistische Geheimhaltung sind umfassend gewährt.

Welchen Nutzen haben Sie? Am Ende gibt Ihnen Ihr Haushaltsbuch einen genauen Überblick über die finanzielle Situation. Sie sehen Schwarz auf Weiß, wie hoch Ihr verfügbares Einkommen ist und, wo dieses Geld bleibt. Außerdem erhalten Sie nach Abschluss der Erhebung eine finanzielle Anerkennung von mindestens 80 Euro.

Interessierte Haushalte wenden sich bitte an das

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Telefon: 0355 4868-229/-234,

Fax: 0355 4868-144

E-Mail: EVS2008@statistik-bbb.de

Internet: www.evs2008.de oder
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Aus der amtlichen Statistik

Methodische und gesetzliche Änderungen in der amtlichen Statistik

Neuer Berichtskreis für die Monatsstatistiken im Verarbeitenden Gewerbe ab 2007

Am 1. Januar 2007 trat Artikel 10 des Ersten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970) in Kraft, durch den das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe geändert wird. In diesem Zusammenhang wird insbesondere die Abschnidegrenze beim Berichtskreis für die kurzfristigen Statistiken im Verarbeitenden Gewerbe heraufgesetzt.

Wurden in der Vergangenheit beim Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe alle Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen befragt, so sind ab dem Berichtsmonat Januar 2007 nur noch Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen einbezogen. Entsprechendes gilt für die Monatliche Produktionserhebung. Mit dieser Maßnahme wird eine deutliche Entlastung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen von statistischen Auskunftspflichten erreicht.

Die bisherigen Merkmale des Monatsberichts im Verarbeitenden Gewerbe und der Monatlichen Produktionserhebung werden bei dem neuen Berichtskreis der Betriebe mit

50 und mehr tätigen Personen weiter unverändert erhoben. Neu ist, dass der Berichtskreis für die Monatliche Produktionserhebung mit dem des Monatsberichts im Verarbeitenden Gewerbe übereinstimmt. Damit werden die Ergebnisse für die wichtigsten Konjunkturindikatoren konsistenter.

Die unterhalb der neuen Abschnidegrenze liegenden Betriebe werden ab dem Berichtsjahr 2007 nur noch in der Vierteljährlichen Produktionserhebung nach ihrer Produktion und im neu eingeführten Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe nach den tätigen Personen, den Lohn- und Gehaltsummen sowie dem Umsatz befragt. Dieser Bericht stellt sicher, dass die für regionale Strukturuntersuchungen notwendigen Informationen im bisherigen Umfang und in bisheriger Qualität zumindest jährlich zur Verfügung stehen.

Die aus den oben genannten monatlichen Statistiken stammenden Berechnungsgrundlagen der Indizes zum Auftragseingang und zur Produktion im Produzierenden Gewerbe wurden an den neuen Berichtskreis angepasst. Damit ist sichergestellt, dass sich die zur Konjunkturdiagnose erforderlichen Daten ab 2007 ohne wesentliche Strukturbrüche an den bisher verfügbaren Zeitraum ab 1991 anschließen.

Weitere Auskünfte erteilt Telefon 06 11/75-21 92.

Neue Rechtsgrundlage zur Erweiterung der Krankenhausstatistik

Am 1. April 2007 ist das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG) vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378) in Kraft getreten. Artikel 18 Nr. 9 des Gesetzes ändert den die statistische Auswertung anordnenden § 28 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG).

Bereits in § 21 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 des Krankenhausentgeltgesetzes vom 23. April 2002 war geregelt, dass die Leistungsdaten der Krankenhäuser von der DRG-Datenstelle für Zwecke der amtlichen Krankenhausstatistik an das Statistische Bundesamt übermittelt werden; dieses kann jeweils landesbezogene Daten an die Statistischen Ämter der Länder übermitteln.

Mit der Änderung des § 28 KHG wurde nun die erforderliche Rechtsgrundlage geschaffen, damit das Statistische Bundesamt aus den gelieferten Daten auch die bislang über die amtliche Krankenhausstatistik hinausgehenden Erhebungsmerkmale statistisch auswerten und veröffentlichen kann.

Neuer Erzeugerpreisindex „Schienengüterverkehr“

Nach der im Dezember 2006 gestarteten Vorbefragung zur Ableitung der Gewichte für den neuen Preisindex läuft seit Anfang April 2007 die Feldarbeit zur Erhebung von Preisen für Leistungen des Schienengüterverkehrs nach § 5 Abs. 2 des Preisstatistikgesetzes. Im Rahmen dieser Erhebung werden etwa 70 Eisenbahnverkehrsunternehmen und Bahnspeeditionen befragt.

Im Bereich des Güterverkehrs ist die Preisentwicklung bisher weitgehend intransparent. Im Zuge der Umsetzung der EU-Konjunkturstatistikverordnung [Verordnung (EG) Nr. 1158/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EU Nr. L 191, S. 1)] werden daher derzeit Erzeugerpreisindizes für Luftfrachtverkehr, Güterkraftverkehr, Frachtumschlag und Lagerei auf Basis 2006 \triangleq 100 entwickelt. Aus ordnungs- und wettbewerbspolitischen Gründen sollen jedoch alle Verkehrsträger einbezogen werden. Deswegen werden Erzeugerpreisindizes für den Schienen-

güterverkehr auf Basis 2006 \triangleq 100 aufgebaut. Diese sind – ebenso wie die anderen Preisindizes des Güterverkehrssektors – vierteljährlich zu berechnen. Sie sollen prozentuale Preisveränderungen im Zeitablauf darstellen, jedoch keine Preisniveauvergleiche für einzelne Leistungen zwischen einzelnen Unternehmen vornehmen. Mit dem Erzeugerpreisindex Schienengüterverkehr wird eine größere Lücke in der Preisstatistik für den Logistikmarkt geschlossen.

Der Aufbau des neuen Preisindex muss den speziellen Rahmenbedingungen des Marktes Rechnung tragen. So hat sich im Rahmen der Recherchen herausgestellt, dass sich – wie auch beim Preisindex für den Güterkraftverkehr – die in der Verkehrsstatistik verwendete Klassifikation „Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik“ nicht ohne Weiteres auf den Preisindex Schienengüterverkehr anwenden lässt. Es musste daher eine neue Systematik erarbeitet werden, die sich am Produktionssystem im Schienengüterverkehr orientiert.

Weitere Auskünfte erteilt
Telefon 06 11/75-43 14.

Quelle: (c) Statistisches Bundesamt,
Geschäftsstelle des Statistischen
Beirats, Wiesbaden.
Auszug aus: Informationen aus
der amtlichen Statistik 2/2007.

Veröffentlichungen

■ Berlin, August und September 2007

Melderechtlich registrierte Ausländer in Berlin

am 30. Juni 2007 hj 1/07
A I 4 7,00 EUR

Wanderungen Berlin

Jahr 2006 j 06
A III 1 7,00 EUR

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Berlin

30. 09. 2006 vj 3/06
A VI 5 7,00 EUR

Berufliche Schulen in Berlin

Schuljahr
2006/2007 Teil 1 hj 06
B II 1 8,00 EUR

Prüfungen an Hochschulen im Land Berlin

Prüfungsjahr
2006 j 06
B III 3 10,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)

Juni 2007 m 06/07
E I 1 7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin, Auftragseingangsindeks, Produktionsindex

Juni 2007 m 06/07
E I 3 6,00 EUR

Baugewerbe in Berlin

Mai 2007 m 05/07
E II 1/E III 1 7,00 EUR

Handwerk in Berlin

1. Halbjahr 2007 hj 1/07
E V 1 6,00 EUR

Baugenehmigungen in Berlin

Juni 2007 m 06/07
F II 1 6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe in Berlin

Mai 2007 m 05/07
Juni 2007 m 06/07
G I 1/G IV 3 7,00 EUR

Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität in Berlin

Mai 2007 m 05/07
G IV 1/G IV 2 6,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle in Berlin

Mai 2007 m 05/07
Juni 2007 m 06/07
H I 1 7,00 EUR

Berliner Binnenschifffahrt

April, Mai,
Juni 2007 vj 2/07
Juli, August,
Sept. 2007 vj 3/07
H II 1 7,00 EUR

Dienstleistungen in Berlin

Jahr 2005 j 05
J I 2 7,00 EUR

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434
030 9021 - 3899
Fax: 030 9021 - 3655



Brandenburg, August und September 2007

Bevölkerungsstand

30. 04. 2007 m 04/07
A I 1 6,00 EUR

Bevölkerung, Privathaushalte und Lebensformen, Ergebnisse des Mikrozensus

Jahr 2006 j 06
A I 5/7 10,00 EUR

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene

April 2007 m 04/07
A II 1 6,00 EUR

Wanderungen

April 2007 m 04/07
A III 1 6,00 EUR

Krankenhäuser

2006 Teil I Grunddaten j 06
A IV 2 7,00 EUR

Arbeitsmarkt

August 2007 m 08/07
A VI 7 6,00 EUR

Personal und Personalstellen an Hochschulen

2006 j 06
B III 4 8,00 EUR

Hochschulfinanzen

2005 j 05
B III 7 7,00 EUR

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland

Juli 2007 m 07/07
C II 1 6,00 EUR

Ernteberichterstattung über Obst im Marktoftbau

August 2007 m 08/07
C II 3 6,00 EUR

Legehennenhaltung, Eierzeugung und Schlachtungen von Geflügel

01. 01. bis 31. 06. 2007 vj 2/07
C III 6; 7 6,00 EUR

Gewerbeanzeigen

Juni 2007 m 06/07
D I 2 7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Juli 2007 m 07/07
E I 1 7,00 EUR

Vorbereitende Baustellenarbeiten

Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)
Juli 2007 m 07/07
E II 1 7,00 EUR

Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe

2. Quartal 2007 vj 2/07
E III 1 6,00 EUR

Handwerk

1. Halbjahr 2007 hj 1/07
E V 1 6,00 EUR

Baugenehmigungen

Juli 2007 m 07/07
F II 1 6,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel sowie Kraftfahrzeughandel (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis

Juli 2007 m 07/07
G I 1 6,00 EUR

Aus- und Einfuhr, Vorläufiges Ergebnis

Juli 2007 m 07/07
G III 1 7,00 EUR

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr

Juni 2007 m 06/07
G IV 1 7,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis

Juli 2007 m 07/07
G IV 3 6,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle, Endgültiges Ergebnis

Juni 2007 m 06/07
H I 1 7,00 EUR

Vorläufiges Ergebnis

Juli 2007 m 07/07
H I 1 6,00 EUR

Binnenschifffahrt

Juli 2007 m 07/07
H II 1 7,00 EUR

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen

2. Quartal 2007 vj 2/07
H I 4 6,00 EUR

2006 j 06
H I 6 6,00 EUR

Dienstleistungen

2005 j 05
J I 2 10,00 EUR

Sozialhilfe Ausgaben und Einnahmen

2006 j 06
K I 1 6,00 EUR

Jugendhilfe

Junge Menschen mit begonnener, beendeter und bestehender Hilfe, Bestandsfortschreibung
2006 j 06
K V 1/1 6,00 EUR

Adoptionen, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis sowie Sorgerecht

2006 j 06
K V 3 6,00 EUR

Vorläufige Schutzmaßnahmen

2006 j 06
K V 4 6,00 EUR

Leistungen an Asylbewerber

Teil 1: Ausgaben und Einnahmen
2006 j 06
K VI 1 6,00 EUR

Empfänger von Regelleistungen

2006 j 06
K VI 2 7,00 EUR

Wohngeld und Wohngeldhaushalte

2006 j 06
K VII 1 6,00 EUR

Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

2006 j 06
K IX 1 6,00 EUR

Förderung beruflicher Aufstiegsfortbildung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz

2006 j 06
K IX 2 6,00 EUR

Realsteuerhebesätze der Städte und Gemeinden

2. Quartal 2007 vj 2/07
L II 6 7,00 EUR

Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände Ergebnisse nach Aufgabenbereichen

30. 06. 2006 j 06
L III 3 10,00 EUR

Umsätze und ihre Besteuerung

2005 j 05
L IV 1 10,00 EUR

Verbraucherpreisindex

September 2007 m 09/07
M I 2 7,00 EUR

Preisindizes für Bauwerke

August 2007 m 08/07
M I 4 6,00 EUR

VGR Verfügbares Einkommen und Primäreinkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen

1996, 2000 bis 2005 j 05
P I 6 7,00 EUR

Die Veröffentlichungen sind auch als CD-ROM erhältlich.
Kostenloser Download unter www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

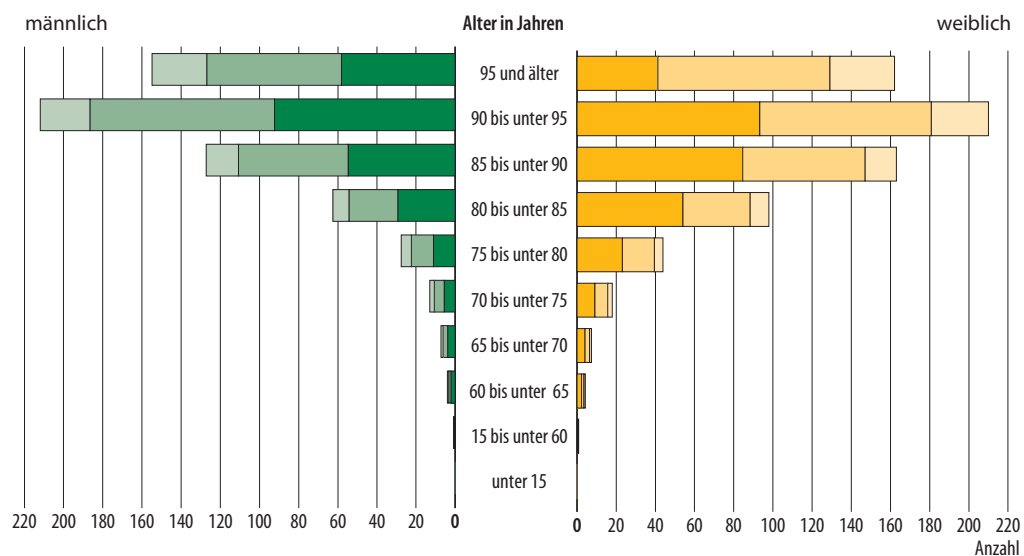
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg – Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

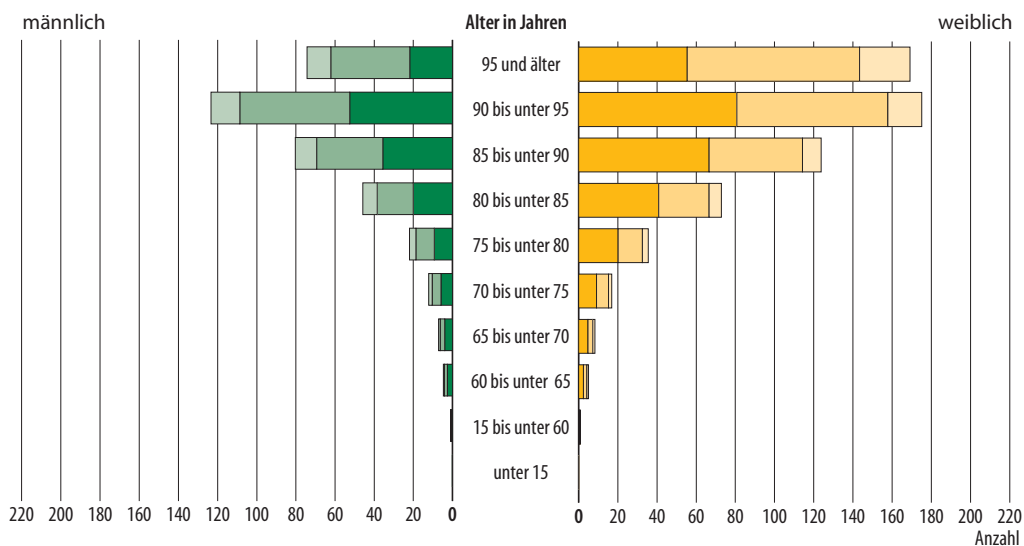
Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418



Pflegebedürftige je 1000 der Bevölkerung¹ in ambulanter Pflege im Land Brandenburg am 15. 12. 2005 nach Geschlecht, Altersgruppen und Pflegestufen



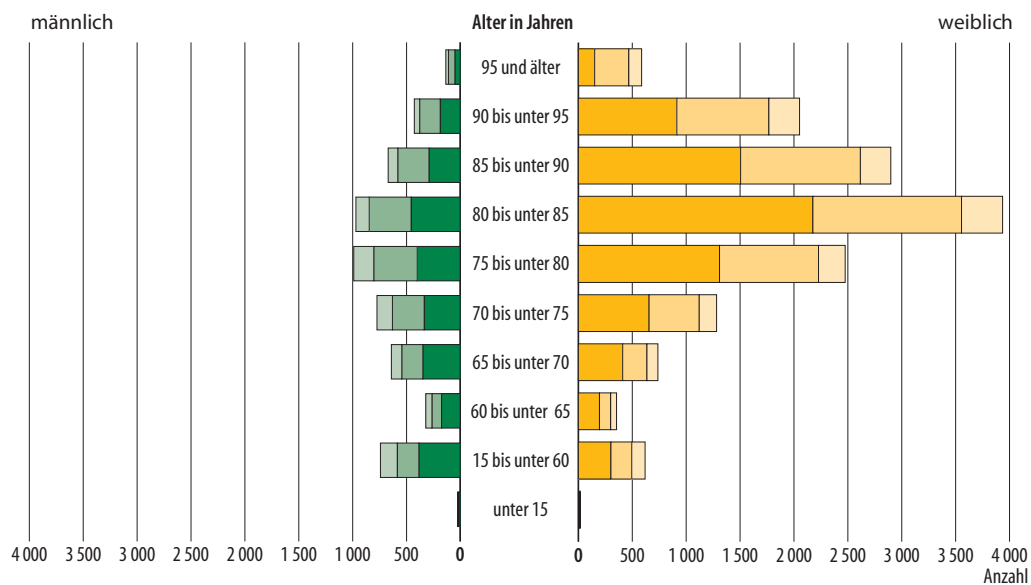
Pflegebedürftige je 1000 der Bevölkerung¹ in ambulanter Pflege in Berlin am 15. 12. 2005 nach Geschlecht, Altersgruppen und Pflegestufen



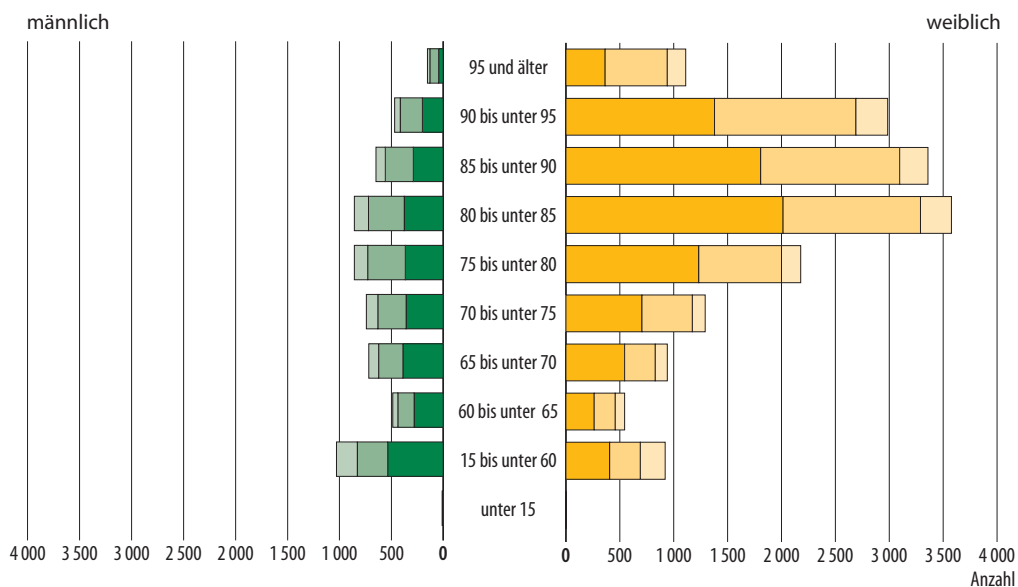
¹ Bevölkerung am 31.12.2005

■ Pflegestufe I
 ■ Pflegestufe II
 ■ Pflegestufe III
■ Pflegestufe I
 ■ Pflegestufe II
 ■ Pflegestufe III

Altersstruktur der Pflegebedürftigen in ambulanten Pflegediensten im Land Brandenburg am 15. 12. 2005 nach Geschlecht und Pflegestufen



Altersstruktur der Pflegebedürftigen in ambulanten Pflegediensten in Berlin am 15. 12. 2005 nach Geschlecht und Pflegestufen



■ Pflegestufe I
 ■ Pflegestufe II
 ■ Pflegestufe III
■ Pflegestufe I
 ■ Pflegestufe II
 ■ Pflegestufe III